97-84198-14

Allmann, Ludwig

Die Wahlbewegung zum I. Deutschen Zollparlament...

[S.l.]

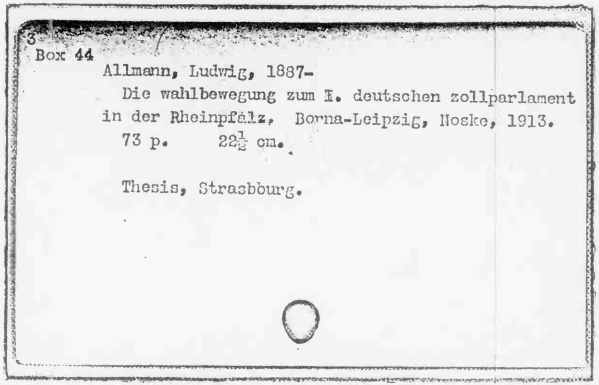
1913

97-84198-14
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD



Box 44

Allmann, Ludwig, 1887-
Die wahlbewegung zum I. deutschen zollparlament in der Rheinpfalz, Borna-Leipzig, Noske, 1913.
73 p. 22½ cm.

Thesis, Strasbourg.

RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 11:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 9-24-97 INITIALS: PB

TRACKING # : 28050

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

Univ. Exchange

Box 44

Die Wahlbewegung zum I. Deutschen Zollparlament in der Rheinpfalz

---

Inaugural-Dissertation

eingereicht bei der Philosophischen Fakultät
der Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg

von

Ludwig Allmann
Kandidat d. höh. Lehramts

Borna-Leipzig
Buchdruckerei Robert Noske
1913.

Von der Fakultät genehmigt am 25. Januar 1913.
Referent: Prof. Dr. Spahn.

Meinen lieben Eltern
in Dankbarkeit gewidmet!

Inhaltsverzeichnis.

Seite

I. Eröffnung der Wahlkampagne durch die Nationalliberalen 4
1. Komiteebildung und Kandidatenaufstellung 4
2. Presse 14
II. Einigung der Nationalliberalen und Demokraten 26
III. Tätigkeit der Konservativen 37
IV. Wilde Kandidaturen 51
V. Wahlkampf und Wahlergebnis 53
1. Kaiserslautern-Kirchheimbolanden 53
2. Kusel-Homburg 55
3. Landau-Neustadt 55
4. Speyer-Frankental 57
5. Germersheim-Bergzabern 59
6. Zweibrücken-Pirmasens 61
Wahlstatistik. 70

Quellenangabe.

I. Zeitungen (Jahrgang 1867/68).

1. Kgl. Bayer. Kreisamtsblatt der Pfalz.
2. Pfälzischer Kurier, Ludwigshafen.
3. Ludwigshafener Anzeiger.
4. Zweibrücker Wochenblatt.
5. Pirmasenser Wochenblatt.
6. Landauer Anzeiger.
7. Pfälzische Volkszeitung.
8. Kaiserslauterer Bote für Stadt und Land.
9. Pfälzer Zeitung, Speyer.
10. Der Christliche Pilger, Katholisches Sonntagsblatt, Speyer.
11. Speyerer Anzeiger.

Mit Ausnahme des Landauer Anzeigers und des Speyerer Anzeigers sowie des Christlichen Pilgers sind alle diese Zeitungen in der Kgl. Bayer. Hof- und Staatsbibliothek in München aufbewahrt.

II. Literatur.

1. **Heinrich v. Sybel,** Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Bd. 6 u. 7. (1889—1894.)
2. Gedanken und Erinnerungen von Fürst Otto v. Bismarck. Herausgegeben von Horst Kohl. Stuttgart 1901.
3. **Ludwig Hahn,** Fürst Bismarck. Berlin 1871.
4. Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst. Herausgegeben von Curtius. Stuttgart u. Leipzig 1907.
5. **Bluntschli,** Denkwürdiges aus meinem Leben. Bd. 3. 1884.
6. **Delbrück,** Lebenserinnerungen. Bd. 2. Leipzig 1905.
7. **Alexander v. Müller,** Bayern im Jahre 1866 und die Berufung des Fürsten Hohenlohe. 1909.
8. Bayern und der Zollverein. Aus den Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten v. 21., 22. und 23. 10. 1867, Stenographische Berichte.
10. **Kolb,** Erinnerungen aus meinem Leben. Abgedruckt in der Deutschen Revue 1904 (über das Frankfurter Parlament).

Die übrigen Angaben über Kolb verdanke ich dessen Sohne Herrn Dr. med. Kolb in München, diejenigen über Dr. Jäger seinem Sohne, Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Eugen Jäger in Speyer.

Der Krieg von 1866 hatte, wie alle anderen Verträge zwischen den deutschen Staaten, so auch den Zollvereinsvertrag gelöst, der eben noch durch den 1862 zwischen Preußen und Frankreich vereinbarten Handelsvertrag eine gefährliche Belastungsprobe überstanden hatte. Nach Beendigung des Krieges war der Norddeutsche Bund sofort zum verfassungsmäßig einheitlichen Zollgebiet geworden, in das nur die mecklenburgischen Großherzogtümer und die drei freien Reichsstädte zunächst noch nicht einbegriffen wurden. Im Art. 4 des Prager Friedens hatte Österreich im voraus der neuen Gestaltung Deutschlands zugestimmt, nur der unmittelbare staatliche Anschluß der Staaten südlich des Mains an Preußen war ausgeschlossen worden. Es war an ihn auch vorerst bei der Stimmung der Mehrheit des süddeutschen Volkes und seiner Regierungen nicht zu denken. Der Art. 4 hatte einen Bund der süddeutschen Staaten unter sich vorgesehen, aber dieser Südbund hatte von vornherein ebenfalls wenig Aussichten auf Verwirklichung und kam nicht zustande. Er scheiterte an der Eifersucht der beteiligten Staaten, namentlich Württembergs gegenüber Bayern, dem die Führung in diesem Bunde hätte zufallen müssen. Dagegen war es der Bismarckschen Staatskunst schon im Verlaufe der Prager Friedensverhandlungen geglückt, die süddeutschen Staaten durch Schutz- und Trutzbündnisse, und zwar jeden einzeln, mit Preußen für den Fall eines Krieges zu verbinden. Ebenso vereinbarte er mit ihnen die Wiederaufrichtung des Deutschen Zollvereins, dem er von vornherein eine festere Organisation als vor 1866 zu geben gewillt war. Die volkswirtschaftlichen Kreise im deutschen Volke sehnten einen raschen Abschluß der diplomatischen Verhandlungen über die Wiederaufrichtung des Zollvereins herbei. Auf einer Versammlung des Deutschen Handelstages, des Kongresses deutscher Volkswirte und des Nationalvereins zu Braunschweig am 4. August 1866 stellte der Wiesbadener Rechtsanwalt Karl Braun den Antrag, die Verwaltung des Zollvereins solle der Zentralgewalt des Bundesstaates und die Gesetzgebung hierüber dem Bundesparlament überwiesen und letzterem zu dem Behufe süddeutsche Abgeordnete hinzugewählt werden. Diese

Forderung eines Zollparlamentes berührte sich eng mit einem Gedanken, den Bismarck schon im Jahre 1858 geäußert hatte, daß nämlich der Zollverein durch eine Art Zollparlament, wie es schon in den Unionsbestrebungen von 1849 geplant gewesen sei, sich vervollkommnen müsse. Sobald die nötigen Arbeiten, die die Ausgestaltung des Norddeutschen Bundes mit sich brachte, einigermaßen erledigt waren, griff Bismarck den Gedanken wieder auf und führte ihn unter den vollständig geänderten politischen Verhältnissen rasch seiner Verwirklichung entgegen. Die süddeutschen Staaten kamen dem Wunsche Preußens auf nunmehrige baldige Regelung der Zollverhältnisse bereitwillig entgegen. In verhältnismäßig kurzer Zeit wurde, obwohl noch große Schwierigkeiten zu überwinden waren,[1]) der Zollvertrag zwischen dem Norddeutschen Bund, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen abgeschlossen. Er datiert vom 8. Juli 1872.[2]) Vorangegangen war ihm ein Präliminarvertrag vom 4. Juni des gleichen Jahres: „Übereinkunft wegen Fortdauer des Zoll- und Handelsvertrages mit den süddeutschen Staaten". Der Vertrag wurde zunächst auf 12 Jahre geschlossen, er sollte aber ewig dauern, wenn er nicht vor Ablauf des 10. Jahres seines Bestehens gekündigt würde. Der ausübende Faktor war der Norddeutsche Bundesrat, verstärkt durch Vertreter der süddeutschen Regierungen, der gesetzgebende der Norddeutsche Reichstag, der zu dem Zwecke durch süddeutsche Abgeordnete erweitert wurde, die nach demselben Verfahren wie die norddeutschen Reichstagsabgeordneten gewählt werden sollten.

Der Vertrag fand die Billigung der süddeutschen Volksvertretungen, wenn auch die Verhandlungen in den einzelnen Kammern immerhin einiges Schwanken hervorriefen und Widerspruch dartaten. Am bereitwilligsten akzeptierten die Volksvertretung Hessens und namentlich Badens den neuen Vertrag. In Württemberg dagegen agitierte Moritz Mohl in seiner lebhaften, leidenschaftlichen und zuweilen ziemlich derben Art dagegen.

In Bayern wollte zunächst der Reichsrat von einer Ratifizierung des Vertrages nichts wissen, aber dem nachhaltigen Einflusse der Regierung eines Fürsten Hohenlohe und der Macht der öffentlichen Meinung gelang es, einen solchen Beschluß hintanzuhalten, und bei der Abstimmung der Bayerischen Kammer

[1]) vgl. hierüber Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst Bd. 1 S. 235 ff.

[2]) Über seine Bestimmungen vgl. L. Hahn, „Fürst Bismarck" S. 689.

der Abgeordneten fielen nur 17 Stimmen gegen, 117 Stimmen aber für den Vertrag.[1])

Es zeigte sich so, daß man in Deutschland im großen und ganzen mit der Entwicklung der Zollverhältnisse zufrieden war. Man war doch immerhin auf einem gewissen Höhepunkte der deutschen Einheitsbestrebungen angelangt und konnte mit einem zuversichtlichen Blick in die Zukunft deren Verwirklichung abwarten. Die Bedeutung des Erreichten kennzeichnen wohl am besten die Worte des Herrn v. Liebe in dem Bericht der Bundesratsausschüsse[2]): „Der Verein hat Organe bekommen, die den Charakter der Dauer haben müssen und deren Tätigkeit den Verein so tief mit dem wirtschaftlichen und politischen Leben des deutschen Volkes verknüpfen wird, daß sich an eine Auflösung des Vereins schwerlich denken läßt. Gerade hierin liegt die hohe Bedeutung des Vertrages, der eine neue, in ganz anderer Weise lebenskräftige Zukunft des Vereines begründet. Der Zollverein hat fortan eine wirkliche Verfassung, und wenn diese Verfassung dem Süden gegenüber auch auf kündbarem Vertrage beruht, so hängt doch die Dauer einer Verfassung nicht von der Möglichkeit ihrer Aufkündigung, sondern von ihrer Notwendigkeit und der Stärke der Wurzeln ab, die sie im wirklichen Leben gewinnt".

[1]) vgl. Bayern und der Zollverein. aus den Verhandl. der Kammer der Abg. v. 21., 22. und 23. Oktober 1867.

[2]) Zit. nach Delbrück, Lebenserinnerungen Bd. 2 S. 398.

I. Eröffnung der Wahlkampagne durch die Nationalliberalen.

1. Komiteebildung und Kandidatenaufstellung.

Die nächste Aufgabe nach der Billigung der Verträge durch die Kammern war nun die Wahl der süddeutschen Abgeordneten für das Zollparlament, dessen erste Berufung vor Mitte März 1868 nicht zu erwarten war. Die Tagung sollte im Anschluß an die 2. Session des Norddeutschen Reichstages stattfinden. Auch mußte ihr noch der Zusammentritt des Zollbundesrates vorangehen. Die Einladung an die Vereinsregierungen zur Ernennung von Kommissaren hierzu erfolgte erst am 4. Dezember 1867. Am 27. Dezember ging die Nachricht durch die Tageszeitungen, daß in Bayern die Zollparlamentswahlen am 10. Februar statthaben würden. Am selben Tage ergingen die Ausführungsbestimmungen für die Wahl, München, 27. Dezember 1867: „Bis zum 10. Januar müssen doppelte Wählerlisten aufgestellt sein; dieselben sind mindestens 8 Tage der allgemeinen Einsicht zugänglich. In der Regel bildet jede Gemeinde einen Wahlbezirk. Kleinere Gemeinden werden vereinigt oder einer größeren Gemeinde zugewiesen. Städte bilden mehrere Bezirke. Kein Wahlbezirk darf mehr als 3500 Seelen enthalten. Die Wahl beginnt vormittags 10 Uhr und endigt nachmittags 6 Uhr". Die Pfalz wurde durch die Ausführungsbestimmungen in 6 Wahlkreise eingeteilt, von denen jeder zwei Bezirksämter umfaßte:

	Seelenzahl	
1. Speyer-Frankental	55 357 45 281	100 638
2. Landau-Neustadt	65 776 66 378	132 154
3. Germersheim-Bergzabern	57 054 40 241	97 295
4. Zweibrücken-Pirmasens	57 621 41 800	99 421
5. Homburg-Kusel	47 664 40 488	88 152
6. Kaiserslautern-Kirchheimbolanden	56 420 51 077	107 497.

Nach dem Gesetze vom 16. November 1867 entfiel auf je 100 000 Seelen — Zivil- und Militärbevölkerung — 1 Abgeordneter. Die Gesamteinwohnerzahl der Pfalz betrug 625 157. Dem Gesetze entsprach somit die vorgesehene Gesamtzahl von 6 Abgeordneten. Laut „Kaiserslauterer Bote für Stadt und Land" v. 4. Januar wurden als Wahlkommissare die Bezirksamtmänner der in den Wahlbezirken an erster Stelle genannten Bezirksämter und als Stellvertreter ihre Assessoren ernannt.

Bis zu diesem Tage war von einer Agitation für die Zollparlamentswahlen infolge anderer die Öffentlichkeit beschäftigender wichtiger Fragen — namentlich der Militärkonferenzen — nichts zu spüren. Jetzt um die Jahreswende begann sie einzusetzen. Es war das erste Mal, daß Süddeutschland seine Vertreter durch allgemeine direkte Wahlen küren sollte. Dieser Wahlmodus war daher der Bevölkerung noch ungewohnt, und zunächst fürchteten die Parteien natürlich, sie könnten an diesem Wahlrechte scheitern. Eben darum brach sich aber auch die Überzeugung Bahn, daß eine direkte Wahl „direkte und tüchtige" Arbeit erfordere. Namentlich die Nationalliberalen waren sich der Notwendigkeit dieser Taktik sofort bewußt.

Die nationalliberale Partei hatte bald nach ihrer Gründung auch auf den Süden übergegriffen, und wenn man hier auch noch nicht direkt und unmittelbar zur Bildung von Schwesterfraktionen der im Norddeutschen Reichstage rasch wachsenden Partei schritt, so fühlte man sich ihr doch eng verbrüdert. Hessen war schnellstens zur Domäne der neuen Partei geworden, Metz, Kugler und andere ihre begeisterten Anhänger und Agitatoren. In Baden fand sie in dem Heidelberger Professor der Staatswissenschaften Bluntschli[1]) einen nimmermüden Vorkämpfer. Der nördliche Teil Badens mit seiner überwiegend evangelischen Bevölkerung fiel ihr alsbald zu. In Württemberg konnte sie zunächst nur auf ein kleines Häuflein Streiter zählen, das aber um so leidenschaftlicher ihre Ideen propagierte und durch rege Tätigkeit ersetzte, was ihr an Zahl mangelte. In Bayern griff die sogen. Fortschrittspartei, selbst noch eine junge Fraktion, die Bestrebungen der Nationalliberalen auf und machte sich deren Ziele zu eigen.[2]) In der Pfalz legten sich die Fortschrittler vielfach sogar schon offen den Namen Nationalliberale bei, wiewohl offiziell zunächst noch die Bezeichnung „Bayerische Fortschrittspartei" in Gebrauch blieb. Im folgenden ist die neue Bezeichnung ebenfalls angewendet worden.

---

[1]) vgl. Bluntschli, Denkwürdiges aus meinem Leben Bd. 3 1884.
[2]) Müller, Bayern im Jahre 1866 und die Berufung des Fürsten Hohenlohe.

Die Wahlagitation begann, wie schon erwähnt, in den letzten Dezembertagen des Jahres 1867. Angeregt wurde sie von den Organisationen der Handel, Gewerbe und Industrie treibenden Bevölkerung, die auch ohne weiteres ihre Leitung in die Hand nahmen. Handel, Gewerbe und Industrie waren naturgemäß bei Zollfragen am meisten interessiert, weil ihr Wohlergehen von deren Gestaltung abhing. Die Vertretung dieser Erwerbszweige lag in Bayern den Handelskammern ob. Auf jeden der 8 Kreise entfiel eine solche Handelskammer. Diese Handelskammern bestanden aus zwei Abteilungen, den eigentlichen Handelskammern für Handel und Industrie und den Gewerbekammern für die übrigen Gewerbe. Unterabteilungen von ihnen waren die Handelsbezirksgremien für die einzelnen Bezirksämter. Diese selbst setzten sich wieder zusammen aus den Handels-, Gewerbe- und Fabrikräten, Korporationen, die in den einzelnen größeren Orten ihren Sitz hatten. In den Handelskammern und ihren Unterabteilungen überwog anscheinend das Interesse und der Einfluß des Handels und der Industrie, das Gewerbe scheint oft etwas stiefmütterlich behandelt worden zu sein. Deshalb hatten in der Pfalz, wie auch in den benachbarten Ländern, namentlich Baden, die seit 1840 zunächst am Oberrhein aufgetauchten Gewerbevereine, die die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden zu ihren Mitgliedern zählten, Verbreitung gefunden.

Ihre Direktiven erhielten die genannten Korporationen zu Beginn der Parlamentswahlen von der Fortschrittspartei. Die „Wochenschrift der Fortschrittspartei“ [1]) hatte den Vorschlag gemacht, die Kandidaten sollten in den einzelnen Bezirken selbst zum Vorschlag gebracht werden, und zwar durch Verständigung der Handels- und Gewerbegremien mit den Wahlmännern für die Landtagswahlen als den berufenen Vertrauensmännern der Urwähler. Die definitive Aufstellung der Kandidaten sollte aber in Urwählerversammlungen erfolgen, wobei auf das persönliche Erscheinen der Kandidaten nur da zu verzichten sei, wo nicht zu bewältigende Hindernisse entgegenstünden. Demzufolge gaben die genannten Korporationen die Anregung zu einer vorläufigen Kandidatennennung, die am 31. Dezember 1867 im Frankfurter Journal erfolgte. (vgl. Ludwigshafener Anzeiger Nr. 1, 2. Januar.) Es waren zunächst 2 Abgeordnete des bayerischen Landtages für ihre Wahlbezirke, Kolb und Zolloberinspektor v. Soyer, dann Vertreter der Industrie, des Handels und besonders auch Weinproduzenten, Weingutsbesitzer Jordan und Dr. Buhl in Deidesheim, Fabrikant Schwinn in Zweibrücken und Bankier Levy

[1]) vgl. Pfälz. Kurier Nr. 3, 4. Januar 1868.

in Landau. Mit zwei Ausnahmen, Dr. Buhl und Levy, wurden die Genannten später auch wirklich endgültig aufgestellt. Die Handels- und Gewerberäte in den einzelnen Betrieben zeigten so als erste großes Interesse an den Wahlen, und sie führten, wie wir sehen werden, ihre Agitation mit Geschick und Nachdruck. Die große Masse des Volkes, die mit dem allgemeinen direkten Wahlrecht nichts anzufangen wußte, blieb einstweilen noch teilnahmlos und ließ die erwähnten Korporationen ruhig schalten und walten. Deren Ansehen war zudem sehr groß bei dem schlichten Bürger, der ihnen ein eingehenderes Verständnis der schwebenden Tagesfragen, namentlich der in Betracht kommenden Zollangelegenheiten, zubilligen mußte.

Noch vor Jahresschluß sprachen sich die pfälzischen Handelsgremien auch für Erweiterung der Kompetenzen des Zollparlamentes aus, wie sie vom bleibenden Ausschuß des Deutschen Handelstages beantragt worden war. Diese Erweiterung der Zollparlamentskompetenzen hatte nach der hier herrschenden Ansicht für den Süden weit größere Bedeutung und größeren Wert als für den Norden, solange die Trennung zwischen beiden Teilen aufrechterhalten blieb. Denn wie das Zweibrücker Wochenblatt hervorhob,[1]) mußte das Gedeihen und die Entwicklung des deutschen Handels und Verkehrs gerade dem Süden ein weites Erwerbsfeld öffnen. Mußte man sich auch einstweilen mit dem Zollparlament begnügen, so wollte man ihm die denkbar größte Kompetenz zu erringen suchen. Der Landwirtschaft stellten die Handels-, Fabrik- und Gewerberäte und dann auch besonders die Gewerbevereine in einem längeren Artikel des eben genannten Blattes[2]) vor, daß auch sie in ihrem Wohlergehen auf den engsten und freiesten Verkehr mit Norddeutschland und über Norddeutschland hinaus mit dem großen Weltmarkte angewiesen seien.

Die vorbereitenden Besprechungen in den einzelnen Wahlkreisen eröffnete Kaiserslautern am 31. Dezember 1867. Eine von dem Fabrik-, Handels- und Gewerberat dieser Stadt einberufene und hauptsächlich aus Mitgliedern dieser Korporationen sich zusammensetzende Versammlung stellte den derzeitigen Landtagsabgeordneten des Wahlbezirks Kolb einstimmig als Kandidaten auf, konstituierte ein provisorisches Wahlkomitee aus Mitgliedern der drei Korporationen und berief sofort eine Urwählerversammlung auf den 5. Januar. Das Komitee publizierte als Zweck dieser Versammlung [3]): „1. den Kandidaten des hiesigen

[1]) Nr. 4, 5. Januar.
[2]) Nr. 5, 4. Januar.
[3]) Kaiserslauterer Bote für Stadt und Land Nr. 1, 2. Januar.

Wahlbezirkes aufzustellen; 2. ein definitives Komitee zur Durchführung der Wahl dieses Kandidaten für den ganzen Wahlbezirk zu benennen; 3. Gründung eines allgemeinen Diätenfonds für die ganze Pfalz anzubahnen". Es fügte einen Aufruf an die Bürgerschaft bei, der vor Mißverständnissen wegen der Einberufung warnte und zu regem Besuche ermunterte; denn, so lautete der Schluß: „Ein politisch mündiges Volk hilft seine Geschicke selbst leiten — zeigen wir, daß wir dazu reif sind!"

Der Einladung leisteten mehrere hundert Kaiserslauterer Bürger Folge. Von Winnweiler, Kirchheimbolanden und dem Alsenztale waren zustimmende Schreiben eingelaufen, ebenso ein zusagendes Telegramm von Kolb. Eröffnet wurde die Versammlung durch den Kaiserslauterer Bürgermeister Gelbert. C. Hohle begründete die Kandidatur Kolb. Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung Preußens hob er hervor, daß Österreich stets der Hemmschuh in der politischen und freiheitlichen Entwicklung Deutschlands gewesen sei, daß es als Vasall Roms jederzeit gegen das protestantische Preußen Front gemacht habe. Um Preußen, um Deutschland von dem noch nachwirkenden Geiste Metternichs freizumachen, hätte die Schlacht von Sadowa und Königgrätz geschlagen werden müssen, so sehr auch dieser Bruderkrieg zu bedauern sei. Jetzt habe sich Österreich von diesen Einflüssen freigemacht und gehe einer kräftigenden Verjüngung entgegen. Preußen aber habe Deutschland materiell geeinigt im Zollparlament. Der alte Zollverein, so führte er weiter aus, sei mehr freihändlerischer Natur gewesen, die neue Zolleinigung greife mehr zu „Schutz- und Finanzzöllen". An eine Änderung oder Herabsetzung der Zölle sei nicht zu denken wegen des hohen Militärbudgets, das im Norddeutschen Bunde allein schon 66 1/2 Millionen erfordere. Wenn der Redner diese hohen Ausgaben um des militärischen Schutzes willen als notwendig betrachtete, so tadelte er dagegen die Diätenlosigkeit der Abgeordneten. Man benutze den Unbemittelten, den Arbeiter und Handwerker nur zum Gange an die Wahlurne, ohne ihm die Mittel an die Hand zu geben, auch selbst Vertreter seiner Genossen zu werden. Diese so an den Tag getretenen demokratischen Kundgebungen leiteten dazu über, Kolb als geeigneten Vertreter der Interessen des Volkes zu zeichnen und zu empfehlen. Seine Kandidatur wurde denn auch einstimmig akzeptiert. Das definitive Wahlkomitee wurde gebildet aus dem schon bestehenden provisorischen, das auf 15 Mitglieder verstärkt wurde.[1]) In Kaiserslautern dominierte unbedingt der Kolbsche Einfluß, ob-

[1]) Kaiserslauterer Bote Nr. 1, 2. Januar.

wohl Kolb absolut kein Anhänger der Nationalliberalen war; er war aber, was am schwersten wog, der Mann des Volkes. Drum konnten die Nationalliberalen, so unangenehm sie das auch empfanden — gelegentliche Äußerungen von nationalliberaler Seite, besonders im Pfälzischen Kurier, zeigten bereits die Unzufriedenheit mit der Kandidatur des großdeutschen Demokraten —, zunächst gegen ihn ihre Stimme nicht erheben; sie mußten sich einstweilen mit dem Plan begnügen, ihn bei gegebener Gelegenheit auf bestimmte Programmpunkte festzulegen. Im Anschluß an die Kaiserslauterer Versammlung nahm der Kaiserslauterer Bote[1]) Gelegenheit, das deutsche Zollparlament zu preisen als die wirtschaftliche Einigung der deutschen Nation im Verhältnis zum Ausland.

Die deutsche Industrie, der deutsche Handel seien und blieben eine nationale Einheit. Das deutsche Zollparlament werde in Befolgung von Art. 4 des Norddeutschen Bundes dazu dienen, die Wege zu suchen, auf denen teils die Ausbildung, teils die erforderliche Erweiterung der Kompetenzen der Zollunion am ersten zu erreichen seien, insbesondere mit Bezug auf Freizügigkeit, Heimats- und Niederlassungsverhältnisse, Paßwesen, Kolonisation, Auswanderung, Gesetze über Handels- und Wechselrecht, ein gemeinsames Münz-, Maß- und Gewichtssystem, Erfindungspatente, Schiffahrt, Konsularwesen, Eisenbahnverbindungen, Post, Telegraphie und dergleichen gemeinsame Interessen des wirtschaftlichen und bürgerlichen Verkehrs. Die Regierungen, so wurde ferner hervorgehoben, müßten einsehen und an dem Ausfall der Wahl erkennen, daß das Volk das bisher Errungene festzuhalten wisse. Der Pfälzische Kurier[2]) hatte am Tage der Versammlung eine Anregung aus der Erklärung badischer Kammermitglieder abgedruckt, die ähnliche Gedanken wiedergab: „In dem früheren Zollverein gab es keine einheitlichen Organe der Leitung. Damals traten nur gelegentlich Abgesandte der verbündeten Regierungen zu Konferenzen zusammen und suchten sich vertragsmäßig über gemeinsame Maßregeln zu vereinen. Jeder einzelne Staat konnte durch seinen Widerspruch alle Gesamtbeschlüsse verhindern. Wenn es aber glückte, zu einer gemeinsamen Entschließung zu kommen, was fast nur in den Zeiten drängender Not geschah, wenn die Vertragsdauer des Zollvereins selbst zu Ende ging und seine Erneuerung gefährdet war, dann mußte der Beschluß noch der Beratung und Zustimmung von fast doppelt so viel Kammern ausgesetzt werden, als es verbündete Zollstaaten gab".

[1]) Nr. 3, 5. Januar. Die Ausführungen stammen anscheinend von einem Komiteemitgliede.
[2]) Nr. 4, 5. Januar.

Die in dem Artikel des Kaiserslauterer Boten ausgesprochenen Erwartungen entsprachen dem Empfinden des Volkes. Als Grenzland hatte die Pfalz ein unbedingtes Lebensinteresse an der Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens, wie sie in dem genannten Artikel erhofft und in Aussicht gestellt wurde, denn in der Pfalz berührten sich alle Zoll- und Verkehrsverhältnisse, Post, Eisenbahn, Münz- und Bankwesen in unmittelbarer und besonderer Intensität mit denjenigen des Nachbarlandes Frankreich.

Das Beispiel der Kaiserslauterer fand in den anderen Wahlbezirken mit Ausnahme von St. Ingbert Nachahmung.

Am 6. Januar fand im Mittelpunkt des Weinbaugebietes in Neustadt eine Versammlung statt. Sie setzte sich aus Gewerbetreibenden und Weinproduzenten, etwa 50 an der Zahl, zusammen, wobei letztere das numerische Übergewicht hatten. Eine schon früher öfters geäußerte Argumentation: „Mit Preußen müssen wir gehen, denn das bezieht den meisten Wein aus der Pfalz" gab für diese Besprechung den Grundton ab. Nach längerer Debatte einigte man sich nach dem Vorbilde der Kaiserslauterer auf folgende Punkte:

„1. Es wird sofort, aber ohne Ostentation die Gründung eines Diätenfonds für den Bezirk Landau-Neustadt in Angriff genommen.

2. Der gewählte Abgeordnete muß Diäten annehmen".

Zur Führung der Wahlbewegung wurde auf Antrag Dr. Buhls in Neustadt ein Hauptkomitee aus 8 Mitgliedern aufgestellt, dem die sofortige Bildung von Nebenkomitees für die Kantone Edenkoben, Dürkheim und Landau obliegen sollte. Das Komitee setzte sich zusammen aus Sauerbeck und Zumstein in Dürkheim, Maucher und Dr. Knecht in Neustadt, Kuby und Feldbausch in Landau.[1]) Die Aufstellung des Kandidaten behielt man einer Urwählerversammlung vor. In der Versammlung selbst befaßte man sich aber bereits mit der Kandidatenfrage. Vorgesehen wurden L. A. Jordan, Weingutsbesitzer in Deidesheim, und Assessor Petersen in Frankental. Ersterer hatte von vornherein die besseren Aussichten, einmal als Angehöriger des Wahlkreises selbst und dann besonders als Vertreter der weinbauenden Bevölkerung. Im übrigen sprach man auch von den Kandidaten für die anderen Wahlkreise: Kolb, v. Soyer, Schwinn und Levy. Gegen einzelne erhoben sich nach Angabe der konservativen

[1]) Dr Buhl wird nicht genannt, erscheint aber später (17. Januar) bei der Delegiertenversammlung in Kaiserslautern als einer der Vertreter des Wahlkreises Neustadt.

Pfälzer Zeitung Stimmen des Widerspruchs.[1]) Der eine wurde als zu wenig entschieden, ein anderer als zu jung oder zu wenig durchgebildet und mit der Geschäftswelt zu wenig vertraut befunden.

Am 8. Januar folgte Zweibrücken-Pirmasens mit einer vorbereitenden Versammlung im Stadthaussaale in Zweibrücken, die über zwei Stunden dauerte und von rund 50 Notabeln des Wahlkreises, meistens Industriellen, besucht war. Die Vertreter von 3 Kantonen — 3 Kantone waren nicht vertreten — äußerten in bezug auf den Kandidaten ihre eigenen lokalen Wünsche. Die Pirmasenser waren für David König, die St. Ingberter für Krämer und die Zweibrücker für Schwinn. Bei diesem Auseinandergehen der Ansichten nahm man von einer Kandidatenaufstellung Abstand und begnügte sich, für jeden der 6 Kantone des Bezirks 3 Vertrauensmänner aufzustellen und ihnen die Wahlagitation in die Hand zu legen. (Es waren für den Kanton Zweibrücken: Keller, Wolff und Lang; für den Kanton Pirmasens: Gustav Diehl, David König und August Schneider; für den Kanton Waldfischbach: Fenzer, Holzhändler in Waldfischbach, Bürgermeister Bender in Walhalben und Bürgermeister Jacob in Schopp; für den Kanton Dahn: Bürgermeister Dauenhauer in Dahn, Michael Schack in Hinterweidenthal, Daniel Thunis in Busenberg; für den Kanton Blieskastel: Michael Lauer und Gustav Krämer in St. Ingbert, Ludwig Weiß in Blieskastel; für den Kanton Hornbach: Bürgermeister Dr. Haunitz in Hornbach, Friedrich Schmidt in Walsheim und Bürgermeister Peter Weber in Meudelsheim.) Den Vorsitz führten die Vertreter des Kantons Zweibrücken. Beschlossen wurde ferner die Bildung von Lokalkomitees, die ihre Spitze in dem Bezirkskomitee, wie es sich aus den Vertretern der 8 Kantone zusammensetzte, haben sollten. Diesem Bezirkskomitee lag eine dreifache Aufgabe ob[2]): „1. Auswahl eines geeigneten Kandidaten; 2. Hinwirken auf Errichtung eines Zentralkomitees für die Pfalz; 3. Beschaffung von Diäten, die durch freiwillige Beiträge gedeckt werden sollten". Es war auch die Rede von einer Urwählerversammlung des ganzen Wahlbezirks, deren Zustandekommen aber jedenfalls wegen der ungünstigen Verkehrsverhältnisse noch sehr zweifelhaft blieb.

Drei Tage später, am 11. Januar, trafen sich die liberalfortschrittlichen Spitzen des Wahlkreises Speyer-Frankental im Wittelsbacher Hof zu Speyer. Die Einladung zu der Zusammenkunft war von dem Handelsrat in Ludwigshafen ausgegangen.

[1]) Pfälzer Zeitung Nr. 6. 8. Januar.
[2]) Zweibrücker Wochenblatt Nr. 9.

Ihr gaben etwa 20 Vertreter der Handels- und Gewerberäte der größeren Orte des Bezirks, Speyer, Ludwigshafen, Frankental und Grünstadt, Folge. Die Tagung begann 11 Uhr vormittags unter dem Vorsitz von F. Walz aus Speyer. (Als Schriftführer waltete S. Lederle aus Ludwigshafen.) v. Soyer, der als Kandidat in Aussicht genommen war, lehnte in längerem Schreiben ab — er war wie auch Kolb Mitglied des Sozialgesetzgebungsausschusses der bayerischen Kammer, der während der Session des Zollparlaments einberufen werden konnte — und schlug Ernst Röchling, Kaufmann und Mitchef der Firma Schmidtborn & Cie. in Ludwigshafen, als Kandidaten vor.[1]) Dieser wurde dann auch aufgestellt. Den Diätenfonds, der bei der Bevölkerung wenig Anklang fand, wollte man einstweilen auf sich beruhen lassen.

Ein Bezirkskomitee wurde gebildet aus Vertretern der größeren Orte des Wahlkreises. (Es bestand aus: Fr. Walz, Zimmermann und A. Haffner in Speyer, Hamm in Frankental, Lederle-Ludwigshafen, Ph. L. Mann-Grünstadt und Herff in Oggersheim.)

Am 13. Januar fand eine zweite beratende Versammlung für den Bezirk Zweibrücken-Pirmasens in Zweibrücken statt. Hier war man, wie wir oben gesehen haben, bei der ersten Zusammenkunft zu keinem Ergebnis gelangt. Es trafen sich jetzt nur die 18 Mitglieder des Komitees,[2]) „durch eigenmächtige Kooptation anderer verstärkt". Das Ergebnis der Besprechung war die Nominierung des Fabrikanten Adolf Schwinn in Zweibrücken und die Anberaumung einer Urwählerversammlung auf den 23. Januar in Zweibrücken. Zur Bildung des Zentralkomitees in Kaiserslautern, die, wie mittlerweile festgesetzt worden war, am 17. Januar stattfinden sollte, wurde aus jedem Kantone je ein Mitglied bezeichnet.

Am 16. Januar sind noch zwei Versammlungen im Wahlkreise Landau-Neustadt zu verzeichnen. In Landau kamen 17 Bürgermeister des Kantons Landau zusammen, mit der Absicht, endgültig einen Kandidaten in Vorschlag zu bringen. Die Wahl fiel einstimmig auf Weingutsbesitzer Jordan in Deidesheim. (Nach Kaiserslautern wurden L. Meyer und E. Trapp abgeordnet.) In Dürkheim fand auf dem Rathause gleichzeitig eine Versammlung von ungefähr 60 Personen statt, in der zuerst Jordan

[1]) Später (vgl. S. 57) führte der Pfälzische Kurier an, in Speyer sei ursprünglich L. Heydenreich als Kandidat in Aussicht genommen gewesen. In den andern Blättern findet sich keine Erwähnung dieser Kandidatur.

[2]) Zweibrücker Wochenblatt Nr. 12.

und bei dessen Ablehnung — er war damals Abgeordneter im bayerischen Landtage — Assessor Petersen in Frankental als Kandidat aufgestellt und für die Betreibung der Wahl ein Lokalkomitee eingesetzt wurde. (Zu der allgemeinen Versammlung in Kaiserslautern deputierte man L. Fitz und G. Zumstein.) In Germersheim-Bergzabern war inzwischen ebenfalls eine Versammlung in Aussicht genommen, aber noch nicht abgehalten worden. Die in Kaiserslautern erschienenen Vertreter des Wahlkreises waren anscheinend von den dortigen Handels- und Gewerberäten abgeordnet.

Von Anfang an hatten die Korporationen, die sich bemühten, die Wahlbewegung in nationalliberales Fahrwasser zu leiten, sich als Ziel gesteckt, nachdem die Bezirkskomitees gegründet und in Tätigkeit getreten seien, ein Zentralkomitee zu bestellen. Ihm sollte die Aufgabe zufallen, die Wahlbewegung in einheitlichem Sinne zu leiten, den Bezirkskomitees die nötigen Direktiven zu erteilen und im Notfalle bei Zwistigkeiten oder dergleichen mit seiner ganzen Autorität einzuschreiten. Offen gefordert wurde das Zentralkomitee auf der Neustädter Versammlung vom 6. Januar. Dort wurden ihm als Hauptaufgaben vorgezeichnet: definitive Aufstellung der Kandidaten und Regelung der Diätenfrage. Um auch weniger bemittelten Leuten — es wurde betont, daß vielfach gerade die Intelligenz nicht an einem Überfluß von Glücksgütern leide — die Möglichkeit zu verschaffen, sich wählen zu lassen, wollte man einen allgemeinen pfälzischen Diätenfonds begründen, der den Abgeordneten ihr kostspieliges Amt erleichtern sollte. Der Diätenfonds sollte als Demonstration wirken, die „reaktionäre" Absicht des Wahlgesetzes vereiteln und so die Wahl wirklich freimachen. Man rechnete mit einer Beteiligung von 10 000—12 000 liberalen Wählern mit einem gleichmäßigen Beitrag von 30 Kreuzern. Das Zollparlament dauerte voraussichtlich ungefähr 100 Tage. Kam der Fonds in der geplanten Weise zustande, so konnte man jedem Abgeordneten täglich 4 Taler und eine entsprechende Reisevergütung zuweisen. Die Anregung zur Gründung eines Diätenfonds tauchte zuerst auf in dem erwähnten Artikel der Fortschrittlichen Wochenschrift und kehrte in fast allen Versammlungen, die bis jetzt abgehalten worden waren, als Punkt auf der Tagesordnung wieder. Mit Ausnahme der Speyerer, die ihn wegen des geringen Anklanges bei der Bevölkerung auf sich beruhen ließen, sprachen sich alle zustimmend aus. Für ihn war namentlich im Pfälz. Kurier Propaganda gemacht worden. Der Erfolg war aber auch nach der Meinung des Pfälz. Kuriers so gering, daß er offen eingestand, es sei das beste, ihn fallen zu lassen. Vorzüglich war gegen

len Fonds geltend gemacht worden, er sei nach Art. 21 der Bestimmungen für das Zollparlament unzulässig. In diesem Artikel wurde eigens hervorgehoben: „Die Mitglieder des Zollparlaments dürfen als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen".

2. Presse.

Als Presse standen den Nationalliberalen einige kleinere Zeitungen: Landauer Anzeiger, Zweibrücker Wochenblatt, Pirmasenser Tageblatt, Neustädter Zeitung und Ludwigshafener Anzeiger offen, dann aber besonders der in Ludwigshafen bei Bauer erscheinende und von R. Lokay redigierte Pfälzische Kurier. Er war ihr entschiedenster Vertreter, ihr Sprachrohr. Die genannten kleineren Blätter vertraten alle mehr oder minder nur lokale Interessen; darüber ging ihre Bedeutung nicht hinaus, und überdies stellten sie sich auch nicht so ausgesprochen auf den Parteistandpunkt wie der Pfälzische Kurier. Für die Beurteilung der liberalen Gesamtbewegung in der Pfalz kommt er fast ausschließlich in Betracht. Die Besprechung der Zollparlamentswahlen als solcher begann er am 4. Januar[1]) mit einem begründenden Hinweis auf seine nunmehr anhebende Tätigkeit: „Eine Zeitung ist nicht in der Lage, Vorschläge von sich aus zu machen, aber die Prinzipien muß sie zur Geltung bringen, und damit beginnen wir heute". Es folgen dann in einzelnen Abständen Abhandlungen, meist Leitartikel prinzipieller Art. Zunächst in Nr. 3 „Die Zollparlamentswahlen". „Die Wahlen für das erste deutsche Zollparlament, das die Bürgschaft der Lebensfähigkeit und einer gesunden Entwicklung in sich trägt, sind nunmehr auf die Tagesordnung der öffentlichen Diskussion gesetzt und können ihrer Wichtigkeit und Bedeutung nach nicht ausführlich und eindringlich genug besprochen werden. Denn sie haben nicht bloß wie unsere gewöhnlichen Landtagswahlen den Zweck, taugliche Vertreter bestimmter materieller Interessen zutage zu fördern, sondern sie sollen zugleich eine politische Demonstration nach drei verschiedenen Richtungen hin in sich schließen. Wir stehen nämlich leider noch nicht vor einem Parlamente, welches wie das in der Reichsverfassung von 1849 vorgesehene die sämtlichen Gebiete des staatlichen Lebens in den Bereich seiner gesetzgeberischen Kompetenz zu ziehen berechtigt ist, sondern vor einem Parlamente, dessen Kompetenz auf gewisse wirtschaftliche Gegenstände beschränkt ist, mit

[1]) Nr. 3.

einem Worte vor einem bloßen Zollparlamente. Ein solches kann aber nur als eine Abschlagszahlung auf die nationale Einheitsforderung betrachtet werden, die im Laufe dieses Jahres mit so konzentrierter Kraft aufgetreten ist, daß sie selbst in der bekannten Programmrede des Fürsten von Hohenlohe vom 8. Oktober einen wenn auch konfusen Ausdruck gefunden hat." Die bevorstehenden Wahlen, ein unmittelbarer Ausdruck des Volkswillens, müßten darum klar aussprechen, „daß das deutsche Zollparlament nur als die Brücke zum deutschen Vollparlament zu betrachten sei. Sie müssen mit Konsequenz und Energie vor allem diejenigen Männer von der Teilnahme am Zollparlament ausschließen, welche sich gegen die neue Gestaltung der Dinge in Deutschland aus irgendeinem Grunde in Opposition befinden, sodann aber auch diejenigen, welche der naturgemäßen Entwicklung dieser Gestaltung mit oder ohne Hilfe des Auslandes ein Halt zurufen und die provisorische Trennung unseres großen Vaterlandes durch zwei voneinander politisch unabhängige, auf völkerrechtlichem Fuße miteinander verkehrende, in Krieg und Frieden ihre eigenen Wege gehende Bünde, der eine nördlich, der andere südlich vom Main, verewigen möchten". Darum müsse man zu politischer Demonstration schreiten. „Aus den Wahlen zum Zollparlament müssen die süddeutschen Regierungen unzweifelhaft erkennen, daß sie nur den Willen ihrer Völker erfüllen würden, wenn sie in eine vollständige staatsrechtliche Verbindung mit dem Norddeutschen Bruderbunde treten und damit das in den Garantieverträgen vom August 1866 und in den Zollvereinsverträgen vom Juli 1867 begonnene Werk krönen würden; sie müssen sich überzeugen, daß für eine Reaktion gegen das bisher Errungene und dessen Konsequenzen in der großen Mehrheit der Völker keine Rede mehr ist." Weiterhin solle der Ausfall der Wahlen eine Demonstration sein zugunsten der Freiheit. Bismarck habe, sei es aus Herzensneigung, sei es aus Rücksicht auf die großen konservativen Parteien des Nordens, das allgemeine Stimmrecht durch die Diätenlosigkeit eingedämmt und zu einer Illusion zu machen gesucht. Der Artikel geht sodann über zu den Gegnern, die die Nationalliberalen in der Pfalz zu bekämpfen haben würden, den Feinden[1]) „aus dem ultramontanen, dem reaktionären und dem afterdemokratischen Lager", welche unter dem Schein der Loyalität gegen die Wittelsbachische Hausmacht die Zersplitterung Deutschlands mit all ihren politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Lasten aufrechterhalten wollen.

[1]) Pfälz. Kurier Nr. 3, 4. Januar.

Zum Schlusse wird die Bedeutung der Wahlen für die Pfalz, als unmittelbaren Nachbar von Frankreich hervorgehoben. „Die Pfalz insbesondere, die als abgetrennte Grenzprovinz eines kleinen Staates ein doppeltes und dreifaches Interesse daran hat, einer den Frieden verbürgenden großen Gemeinschaft anzugehören, hat daher auch die doppelte und dreifache Pflicht, Wahlen zu vollziehen, die von unseren französischen Nachbarn nicht als Ermunterung zum Krieg, sondern nur als eine Mahnung zum Frieden betrachtet werden können."

Ein weiterer größerer Artikel vom 15. Januar beschäftigt sich mit dem „Zollparlament und seiner rechtlichen Grundlage". Nach einer einleitenden Ausführung über die Behandlung des Zoll- und Handelswesens im Norddeutschen Bunde gibt er einen Überblick über den Abschluß der Zollvereinsverträge und charakterisiert ihre Bedeutung: „Von nun an ist es nicht mehr möglich, wie so häufig auf den früheren Generalkonferenzen, daß der Widerspruch irgendeines kleinen Staates die Fassung eines die Organisation abändernden Beschlusses hindert, sondern es entscheidet jetzt die Majorität der Stimmen, diese verteilt nach der Bevölkerungszahl eines jeden Staates. Es ist ferner nicht mehr möglich, daß über Zölle und Steuern noch weiterhin, wie seither ganz heimlich, von sogen. Technikern entschieden wird. Es herrscht von nun an für Zölle und gewisse Steuerangelegenheiten im Zollvereinsgebiet die Majorität ebenso im Organ der Regierungen, dem Zollbundesrate, wie in dem Organe des Volkes, dem Zollparlament. Denn es sagt Art. 7 des Vertrages vom 8. Juli ausdrücklich: „Die Gesetzgebung über Zölle und gewisse Steuern wird ausgeübt durch den Bundesrat des Zollvereins, als gemeinschaftliches Organ der Regierung und durch das Zollparlament, als gemeinschaftlichen Vertreter der Bevölkerung. Die Übereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse beider Körperschaften ist zu einem Vereinsgesetze erforderlich und ausreichend". Es wird sodann das Stimmenverhältnis im Zollbundesrate erörtert: Preußen 17, Bayern 6, Württemberg 5, die Großherzogtümer Baden und Hessen je 3; Vorsitz bei der Krone Preußen, die berechtigt ist, Schiffahrts- und Handelsverträge mit fremden Staaten einzugehen. „Zu dem Abschluß dieser Verträge ist aber wieder die Zustimmung des Bundesrates und zu ihrer Gültigkeit die Genehmigung des Zollparlaments erforderlich. Die Erträge der in diese größere Gemeinschaft fallenden Abgaben fließen vorerst in keine Bundeskasse, sondern werden nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl unter Wegfall jeder Präzipuen, wie sie Hannover, Oldenburg usw. seither hatten, verteilt." Der Artikel stellte sodann die Frage, welche Steuern in die neue

Gemeinschaft fallen, und antwortet: „1. alle Eingangs- und Abgangsabgaben, 2. die durch die neue im ganzen Umfange des Zollvereins gültige Besteuerung des Salzes von 2 Talern per Zollzentner gültige Summe, 3. die aus inländischem Rübenzucker eingehenden beträchtlichen Steuern, 4. die Beträge, welche sich aus einer künftigen, übereinstimmenden Besteuerung des Tabaks ergeben, der vertragsmäßig einer Besteuerung unterworfen werden soll. — Bezüglich der Gegenstände der Zoll- und Steuerverwaltung, welche nicht in Gemeinschaft mit den süddeutschen Staaten fallen, namentlich also der Steuern von Bier, Branntwein, Wein und geschrotenem Malz, soll sich nach Art. 5 des Vertrags vom 8. Juli 1867 das Bestreben der Kontrahenten darauf richten, eine Übereinstimmung der Gesetzgebung über die Besteuerung der teils bei der Hervorbringung oder Zubereitung, teils unmittelbar bei dem Verbrauche mit einer inneren Besteuerung belegten Erzeugnisse im Wege des Vertrages herbeiführen". Nach der Aufzählung der Bestimmungen gehen die Ausführungen über zu der praktischen politischen Bedeutung der Verträge. Sie geben zu, daß es auf den ersten Blick den Anschein habe, als stelle das Zollparlament nur eine vergrößerte Generalkonferenz dar. Neben den politischen Motiven, die nach Vereinigung Deutschlands drängen, „strebt der Julivertrag selbst nach einer weiteren als der obengenannten Gemeinsamkeit der Zölle und gewisser indirekten Steuern, indem er in seinem Art. 21 die Kontrahenten besonders verpflichtet, keinerlei Erfindungspatente und Privilegien in ihren Staaten zu erteilen, welche die hierfür geltende Freiheit des Verkehrs im Innern des Vereins beschränken könnten. Ferner geben noch Art. 26 u. 27 des Vertrages den Kontrahenten auf, gemeinschaftlich dahin zu wirken, daß 1. durch Annahme gleichförmiger Grundsätze die Gewerbsamkeit gefördert und der Befugnis der Angehörigen des einen Staates, in dem anderen Arbeit und Erwerb zu suchen, möglichst freier Spielraum gegeben werde (also Zug- und Gewerbefreiheit für das ganze Zollvereinsgebiet), 2. man für das Maßsystem und, soweit nötig, für das Gewichtsystem auf die zur Förderung des gegenseitigen Verkehrs wünschenswerte Übereinstimmung bedacht sei. Auch sollen jetzt endlich nach Art. 28 die in fremden See- und anderen Handelsplätzen angestellten Konsuln eines jeden der Kontrahenten veranlaßt werden, sich der Angehörigen der übrigen Vereinsstaaten möglichst mit Rat und Tat anzunehmen". In all diesen Bestimmungen findet der Artikel genug „vollberechtigte Verknüpfungspunkte, auf eine Erweiterung der Kompetenzen hinzuwirken", und fordert auf, in dem Sinne, d. h. nationalliberal zu wählen.

Ganz klar und unverhüllt spricht ein „Eingesandtes, Vom oberen Gebirg“ die Ziele der Nationalliberalen aus[1]): „Was will die Pfalz in ihrer großen Mehrheit? Ein großes, einiges Deutschland. Darin stimmen alle Parteien überein, nur die Wege dazu gehen auseinander“. Die große Mehrheit verfolge den Weg, den der 3. Juli 1866 mächtig gebrochen habe. „Preußen, der Norddeutsche Bund ist der Kern, um den sich das alte Deutschland naturnotwendig kristallisiert. Der Anschluß aller Länder vom Main bis zu den Alpen ist der nächste Schritt zu dem Ideal, das allen Deutschen vorschwebt“. Auch Österreich wird jeder Pfälzer gerne die Hand entgegenstrecken, wenn sich nur dazu Gelegenheit geben sollte. „Das nächste Ziel ist darum die politische Vereinigung Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bund, wobei danach zu streben ist, das im Süden errungene Maß von politischer Freiheit zu bewahren. Vielleicht müssen wir vorübergehend als Preis für die vielfachen Güter der Vereinigung manches dafür hingeben; wenn aber einmal das Haus fertig ist, dann geht es an die innere Einrichtung.“ Eine andere Zuschrift aus derselben Quelle sagte[2]): „Erstes Erfordernis für die Kandidaten ist: freudige Anerkennung der Neugestaltung Deutschlands, in zweiter Linie sollen dann die verschiedenen wirtschaftlichen Interessen berücksichtigt werden“.

Über die Kandidatenaufstellung und Versammlungen in den einzelnen Wahlkreisen berichtete der Pfälzische Kurier fortlaufend. Im großen und ganzen klang sein Ton sehr zuversichtlich, wenn er von den Aussichten seiner Partei sprach. In die siegesgewisse Stimmung mischte sich aber ein Wermuttropfen bei Betrachtung der Möglichkeiten und Überraschungen, die das allgemeine direkte Wahlrecht bringen konnte. Es waren doch ungewohnte Verhältnisse, in die man so plötzlich hineingestellt wurde, und unwillkürlich mußte man den ganzen Apparat der Vorbereitungen: provisorische Komitees, Vorbesprechungen und Versammlungen, die Mühe, die die Vereinigung der einzelnen Berufszweige mit ihren oft konträren Tendenzen und Zielen kostete, mit der Art und Weise vergleichen, in der die Landtagswahlen vor sich gingen. Hier ein einflußreicher Wahlmann, einige Dutzend Briefe, und der Abgeordnete war gemacht, bei den direkten Wahlen mußte mit allerlei Zufälligkeiten gerechnet werden. Bei deren Betrachtung fiel dem Pfälz. Kurier das Wort eines schweizerischen Staatsmannes über die direkten Wahlen ein: „Le scrutin est malin“. Bei solchen Bedenken war die Mahnung

[1]) Pfälz. Kurier, 7. Januar.
[2]) Pfälz. Kurier Nr. 8, 10. Januar: „Vom Gebirge 8. Jan.“.

sehr verständlich,[1]) die er dem zu bildenden Zentralkomitee zur Beherzigung zurief, es solle den einzelnen Bezirkskomitees nichts aufdrängen, sondern, wenn die Kandidaten einmal aufgestellt seien, dann solle es für sie wirken.

Dieser Rat war anscheinend an eine Gruppe der pfälzischen Nationalliberalen gerichtet, der der Pfälz. Kurier im übrigen recht nahestand und der er bereitwillig seine Spalten offenhielt. Das waren die Männer „vom oberen Gebirg“, die Neustädter Nationalliberalen, namentlich Dr. Buhl und Dr. Knecht. Sie vor allem drängten darauf, daß das politische Ziel der Wahlen, die volle Einheit Deutschlands unter preußischer Führung, von den Nationalliberalen rückhaltlos betont werde. Sie widerstrebten auch dem Opportunismus, der das Kaiserslauterer Komitee bestimmt hatte, Kolb als Kandidat der nationalliberalen Partei anzunehmen. Von allen pfälzischen Kandidaturen war diejenige Kolbs als erste genannt worden, was sich nur aus der Bedeutung dieses alten erfahrenen Parlamentariers erklären läßt. Kolb war entschieden der bedeutendste und einflußreichste der bisher genannten Kandidaten. Aber er war kein Anhänger der „Nationalen“ mit ihrer unbedingten Anschlußtendenz an den Norddeutschen Bund.

Georg Friedrich Kolb[2]) war geboren am 14. September 1808 in Speyer. Infolge des Todes seines Vaters mußte er 1827 als 19-Jähriger die Leitung der väterlichen Buchdruckerei, einer kleinen Buchhandlung und die selbständige Redaktion der „Neuen Speyerer Zeitung“ übernehmen. In dieser Stellung kam er frühzeitig mit freisinnigen Männern, besonders freisinnigen Abgeordneten in Berührung und wurde namentlich in der Zeit der Reaktion nach 1832 in fortgesetzte Kämpfe mit der Zensurbehörde verwickelt. Schon im Jahre 1838 wurde er in den Speyerer Stadtrat gewählt, dem er bis 1853 angehörte. In die Jahre 1838/39 fällt seine lebhafte Beteiligung an den Bemühungen zur Erlangung einer Eisenbahn in der Pfalz, besonders als Sekretär des prov. Komitees. Dadurch wurde er bei der pfälzischen Bevölkerung bekannt und beliebt und im Jahre 1842 zweimal zum Kandidaten des Landrates der Pfalz gewählt, ohne indes von der Regierung angenommen zu werden. Im Jahre 1845 unternahm er eine Reise nach Paris mit dem Ziele, eine Eisenbahnverbindung der Pfalz mit dem Elsaß zu erlangen. 1848 wurde er zum Bürgermeister der Stadt Speyer gewählt und nahm als

[1]) Nr. 10. 12. Januar.
[2]) Das Folgende stützt sich auf Angaben von Herrn Dr. med. Kolb in München, dem Sohne des Genannten.

solcher am Vorparlament teil, wo er in den 50er Ausschuß gewählt wurde. Es erfolgte dann kurz hintereinander seine Doppelwahl ins Frankfurter Parlament und in die bayerische Abgeordnetenkammer. 1849 beteiligte er sich nun lebhaft an den Verhandlungen der bayerischen Kammer und wurde bekannt durch das Hervorziehen des „griechischen Anlehens". Er bewirkte die Rückzahlung von $1^1/_2$ Millionen Gulden, die der König Ludwig I. als Anlehen des Königreichs Griechenland der Staatskasse entnommen hatte, aus dem Privatvermögen des Königs. Eine Erwählung in die „Prov. Regierung der Pfalz" lehnte er damals ab. Dem Frankfurter Parlament folgte er nach Stuttgart und harrte dort bis zur Sprengung des Rumpfparlaments aus. Infolge der nunmehr einsetzenden Reaktion legte er sein Amt als Bürgermeister nieder und eröffnete in seinem Blatte einen erbitterten Kampf gegen sie. Am 22. Juli 1849 erfolgte die zeitweilige Unterdrückung der Speyerer Zeitung, am folgenden Tage die Verhaftung Kolbs und seine Abführung in das Gefängnis in Zweibrücken, wo er bis zum 3. Januar 1850 festgehalten wurde. Gleichwohl war er am 24. Juli 1849 abermals in den Bayerischen Landtag gewählt worden und nahm im Jahre 1850 an diesem teil. Ins selbe Jahre fiel ein Preßprozeß und seine Verurteilung zu einem Monat Gefängnis.

Am 31. März 1853 gab er seine Zeitung auf, da die Preßprozesse und Konfiskationen kein Ende nahmen. Im Mai begann ein neuer Preßprozeß, endigend am 17. August mit Verurteilung „in contumaciam" zu 6 Monaten Gefängnis; Kolb hatte nämlich am 14. August Deutschland verlassen und war nach der Schweiz gegangen. Hier verweilte er bis 1860. Rege schriftstellerische Tätigkeit füllte diese 7 Jahre aus. Er publizierte mehreres über Schweizer Verhältnisse und gab im Jahre 1857 die erste Auflage seines Handbuches der Statistik heraus. Im Jahre 1860 war er Delegierter der Schweizer Eidgenossenschaft beim Internationalen statistischen Kongreß in London, obwohl er sein bayerisches Bürgerrecht nie aufgegeben hatte. Im gleichen Jahre kehrte er nach Deutschland zurück und trat in die Redaktion der „Frankfurter Zeitung" ein, deren Hauptredakteur für den politischen Teil er 1864 wurde. Im Jahre 1863 wurde er wieder in den Bayerischen Landtag gewählt im Wahlkreise Kaiserslautern und im Landtage selbst in den 35er Ausschuß und das geschäftsführende Komitee in der Schleswig-Holsteinschen Angelegenheit. Vor dem Einzug der Preußen in Frankfurt 1866 siedelte er mit der Frankfurter Zeitung nach Stuttgart über, wo dieses Blatt als „Deutsche Zeitung" herausgegeben wurde, bis es Ende des Jahres wieder in Frankfurt erscheinen konnte.

Eine weitere Mitbeteiligung an der Redaktion lehnte Kolb aber nunmehr ab. 1867 siedelte er nach München über, wo er in der Kammer hauptsächlich die auf demokratischer Grundlage beruhende spezielle Gemeindeverfassung für die Pfalz zur Annahme brachte. Im Dezember erfolgte sodann seine Ernennung zum Verwaltungsrat der pfälzischen Eisenbahnen. Die Ideen, für die Kolb im Frankfurter Parlament als Mitglied der demokratischen Linken gestritten und später im Exil in der Schweiz gelitten hatte, waren lebendig in ihm geblieben, wenn sie auch in 20 langen Jahren eine Milderung erfahren hatten. Nach dem Feldzuge 1866 hatte er noch gegen die Verträge mit dem Norddeutschen Bunde gesprochen und gestimmt.

Von diesem Manne war kaum zu erwarten, daß er jetzt sofort in dem nationalliberalen Strome mitschwimmen werde. Seine Kandidatur, die noch dazu als erste in der Pfalz aufgestellt worden war, war deshalb der extremen Gruppe des pfälzischen Nationalliberalismus, die sich um Dr. Buhl scharten, von vornherein ein Dorn im Auge. Einige Tage vor der Hauptversammlung in Kaiserslautern fuhr sie offenes Geschütz gegen Kolb auf. Seine Wahl, so führte ein im Pfälz. Kurier erschienener Artikel mit der den Ausgangspunkt kennzeichnenden Überschrift[1]) „Vom oberen Gebirg" aus, sei „keine Familienangelegenheit von Kaiserslautern", sondern gehe die ganze Pfalz an. Deshalb sei die Kandidatur Kolb zu bekämpfen, „wenn dieser eine bindende Zusage in bezug auf die deutsche Frage nicht abgegeben haben sollte". Ohne eine solche Erklärung bedeute ja seine Wahl das gerade Gegenteil von dem, was die große Mehrzahl der Wähler wolle. Unter allen pfälzischen Abgeordneten sei gerade der Mann zuerst aufgestellt worden, der allein hartnäckig gegen Preußen angekämpft habe und darin bis zum letzten Augenblicke verharrt sei, im Widerspruch mit seinen Kollegen und dem ganzen Lande. Von allen Enden habe bei der Behandlung der Verträge mit Preußen das Land gerufen: ‚Annehmen!', Kolb aber sei taub geblieben und habe sich nur gefügt, weil er mußte. Seine Richtung sei auch zur Genüge bekannt, und zwar durch Erklärungen aller Art konstatiert: im Widerspruch mit der Pfalz. Und diesen Mann stelle man nun als den Ersten für das erste deutsche Zollparlament auf, das festen Boden unter sich habe und das mitberufen sei, „die deutsche Nationalität neu zu begründen". Wenn Kolb nun ohne Bedingungen gewählt werde, dann hätten alle anderen Vertreter unrecht gehabt, als sie für die Verträge wirkten und stimmten, dann hätten alle

[1]) Nr. 13.

pfälzischen Korporationen unrecht gehabt, als sie im Oktober 1867 einmütig nach München telegraphierten, „die Verbindung mit Norddeutschland sei eine nationale Lebensbedingung". Im Gegensatz zu Württemberg und einigen bayerischen Kreisen sei die Pfalz eine entschieden deutsch gesinnte Provinz und in Deutschland keineswegs als partikularistisch bekannt. Als Nachbarprovinz von Frankreich dürfe sie auch nicht partikularistisch, sondern müsse entschieden national wählen. Werde Kolb bedingungslos gewählt, so sei das ein eklatanter Sieg der Partei, die in der Pfalz bisher für ohnmächtig gegolten habe. Es sei das dann eine augenblickliche schwere Niederlage für die nationale Partei, der doch schließlich die Zukunft gehöre. Auf nationalliberaler Seite bestehe aber immer noch die Hoffnung, Kolb möge dem Kaiserslauterer Komitee gegenüber sich klar über die deutsche Frage in dem Sinne erklärt haben, daß auch die national gesinnten Wähler ihm ihre Stimme geben könnten. Die Ausführungen schlossen mit den scharfen Worten: „Ohne bindende Zusage ist Kolbs Wahl ein Protest gegen die nationale Entwicklung Deutschlands, gegen welche wir protestieren müssen, wenn wir konsequent sein wollen".

Im Anschluß an diese Nachricht bemerkte die Redaktion des Pfälz. Kuriers, daß sie schon Ende November in der Unterredung mit einem pfälzischen Abgeordneten sich dahin ausgesprochen habe, daß vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus die Wahl Kolbs auch für die nationalgesinnte Partei der Pfalz wünschenswert sei, daß aber ohne bindende Erklärung weder seine früheren politischen Verdienste noch seine wirtschaftliche Kapazität ausreichende Motive seien, ihm auch nur eine nationale Stimme zu geben, weil seine Wahl dann die Bedeutung einer „antinationalen Demonstration" haben würde. Dieselbe Stellungnahme des Pfälz. Kuriers zeigte ebenfalls die Mahnung,[1]) der er am Tage vor der Kaiserslauterer Versammlung den dorthin abgeordneten Delegierten zurief, sie sollten nur ja prüfen, ob Kolb sich auf das nationale Programm festgelegt habe.

Dieser Rat stand in direktem Gegensatz zu der bereits erwähnten Äußerung, die der Kurier nur einige Tage vorher getan hatte, daß nämlich das Zentralkomitee den einzelnen Bezirkskomitees nichts aufdrängen und vielmehr für die von diesen aufgestellten Kandidaten wirken solle.

Auf die Frage der Männer „vom obern Gebirg" nach der Stellungnahme Kolbs hatte inzwischen das Kaiserslauterer Komitee öffentlich erwidert. Es war von der unbedingten Wahl

[1]) vgl. Pfälz. Kurier Nr. 14, 16. Januar.

seines erprobten Abgeordneten durch die Wählermasse überzeugt und antwortete daher in gemäßigtem und beruhigendem Tone[1]): „Herr Kolb wird mit aller Entschiedenheit für Förderung des beim Zollparlament zunächst in Frage kommenden materiellen Wohles und der wirtschaftlichen Entwickelung unseres Vaterlandes in allen seinen Beziehungen, und soweit beim Zollparlament sich hierzu Gelegenheit geben sollte, zur Wahrung der freiheitlichen Interessen Deutschlands, soviel die Kräfte eines einzelnen Mannes vermögen, zu wirken suchen". Das Wahlkomitee habe sich mit Kolb in Verbindung gesetzt, und die Antworten, die er sowohl ihm als auch einigen Kaiserslauterer Freunden gegeben habe, seien so unzweideutig, daß niemand, der diese Briefe gelesen habe, darüber im Zweifel sein könne, daß die Vertretung, die sich der Kaiserslauterer Wahlbezirk in Kolb geben werde, „der politischen Anschauung der liberalen Partei vollständig entspreche". Er werde vor allem dafür eintreten, daß die Bewilligung von direkten Steuern, wenn sie gewährt sei, nicht für alle Zeiten fortdauern dürfe, bis es der preußischen Regierung selbst beliebe, eine Modifikation zu verlangen. Die Bewilligung müsse vielmehr wie bei den Steuern in Bayern von selbst aufhören, wenn nicht eine neue Bewilligung erfolge, sage doch Kolb in den genannten Briefen: „Eine Volksvertretung ohne Budgetrecht ist keine Volksvertretung!" Mit dieser Argumentation verwahrte sich das Komitee dagegen, daß die Wahl Kolbs eine „antionationale Demonstration darstelle".

Neben den allgemeinen politischen Gesichtspunkten und der Wahl Kolbs wurden in den nationalliberalen Blättern andere Fragen mehr wirtschaftlicher Natur diskutiert. In der Kaiserslauterer Versammlung vom 5. Januar hatte es der Redner für geraten gehalten, sich zu Schutzzöllen zu bekennen — der Stimmung gemäß, die seit Jahrzehnten in der süddeutschen gewerblichen Bevölkerung vorherrschte. Um so mehr Interesse bietet es, festzustellen, daß die nationalliberale Presse durchweg sich sofort anschloß, als von München-Nürnberg aus ihr die Anregung zu freihändlerischer Propaganda gegeben wurde.

Mit dem Tone der Befriedigung brachte sie die Nachricht von der Aufstellung eines Programms für die Zollparlamentswahlen durch den Volkswirtschaftlichen Verein von München.[2]) Das Programm trug freihändlerischen Charakter und wurde einige Tage später durch die dortige liberale Partei akzeptiert.[3]) Dem

[1]) Pfälz. Volkszeitung Nr. 13, 15. Januar.
[2]) Am 9. Januar (Kaiserslauterer Bote Nr. 7, 12. Januar).
[3]) Am 11. Januar (Kaiserslauterer Bote Nr. 8, 14. Januar).

Volkswirtschaftlichen Verein war es darum zu tun, daß das Verständnis der volkswirtschaftlichen Interessen des engeren und weiteren Vaterlandes bei der Wahl der bayerischen Abgeordneten mit berücksichtigt werden solle. Das Programm forderte:

„1. Beseitigung der Kündbarkeit des Zollvereins, um die hiervon unzertrennlichen schweren Verkehrs- und Krediterschütterungen zu vermeiden.

2. Vervollständigung des Zollbundes durch Hereinziehung Mecklenburgs, Lauenburgs und der Hansastädte.

3. Vereinfachung des Zolltarifs mit Rücksicht sowohl auf die finanziellen als auch auf die volkswirtschaftlichen Interessen.

4. Möglichste Beseitigung der noch bestehenden Übergangssteuern.

5. Erledigung der Tabaksteuer im Zusammenhang mit einer allgemeinen Reform des Verbrauchssteuersystems und Herabsetzung der Salzsteuer.

6. Beschleunigung des Abschlusses des Zollvertrages mit Österreich mit Rücksicht auf die vielen engen Verkehrsbeziehungen der süddeutschen Staaten in dieser Richtung".

Von Nürnberg, der Hochburg des bayerischen Fortschritts, erging am 23. Januar die Aufforderung,[1]) nur solche Männer ins Zollparlament zu schicken, die die Einsicht hätten, daß Zölle überhaupt ein Übel seien, durch nichts gerechtfertigt als durch die Bedürfnisse des Staates und nur deshalb als „traurige Notwendigkeit" beizubehalten. Die zu wählenden Abgeordneten müßten erkennen, daß das Wohlsein des Volkes nur verschlechtert werde, wenn man dem verzehrenden Teile seine Bedürfnisse verteuere, und wenn der schaffende Teil die Preise seiner Erzeugnisse in demselben Maße erhöhen müsse, als ihm Rohstoffe, Hilfsstoffe und Lebensmittel durch Zölle verteuert würden. In staatsmännischer Hinsicht sei es eine Ungerechtigkeit, auf Kosten des Ganzen kostspielige Grenzbewachungen einzuführen und eine Anzahl Personen mit einer Tätigkeit zu beschäftigen, die für das Wohlergehen des Staates nutzlos sei, ja selbst schädlich werden könne. In finanzieller Hinsicht sei die schon tausendmal gemachte, aber immer wieder vergessene Erfahrung zu beachten, daß niedere Zölle mehr eintrügen als hohe. Die letzteren hätten den Übelstand im Gefolge, daß der die Gesetze des Staates achtende Volksteil sich schlechter stehe als derjenige, der sie umgehe, daß mancher ehrsame Staatsbürger sein Vermögen schwinden sehen müsse, während der Schmuggler, der

[1]) Nürnberger Anzeiger: „Allgemeines über Zollparlament und Zölle", übernommen durch den Kaiserslauterer Boten Nr. 14, 25. Januar.

bestechliche Angestellte sich bereicherten. In geschichtlicher Hinsicht müsse man wissen, daß in Ländern, die schon seit Jahrhunderten durch hohe Zölle Wohlhabenheit des Volkes, Tätigkeit und Bildung zu schaffen bemüht seien, Armut, Trägheit und Unwissenheit heimisch seien — wie in Spanien, Rußland, nächstdem Österreich und Frankreich —, während Länder und Städte, die freien Verkehr aufrechthielten, sich trotz aller Sperrmaßregeln der Nachbarn durch Wohlhabenheit, Tätigkeit und Bildung auszeichneten (Schweiz, Hamburg, Bremen und — trotz der kurzen Zeit seines Bestehens und der teilweisen Verkennung der Grundsätze seiner Entstehung — der Zollverein). Gebe es denn einen besseren Beweis des verfehlten Zustandes, als daß die Beschützten fortwährend genötigt seien, mehr Schutz, mehr Unsinn, mehr Ungerechtigkeit zu verlangen, um nur bestehen zu können (Rußland, teilweise auch Frankreich).

So hinkend auch im einzelnen manche dieser Argumente waren, die nationalliberale pfälzische Presse suchte durch sie die erwerbenden Kreise, Handel und Industrie zu gewinnen und mit freihändlerischen Ideen zu erfüllen.

Solange man sich noch nicht auf ein bestimmtes Programm festgelegt hatte, tauchte in den Januartagen 1868 noch ein anderer weitgehender Plan auf, dessen Schwierigkeiten zu beseitigen eine der Hauptaufgaben des Zollparlaments bilden sollte.[1]) Er betraf die Anregung einer internationalen Münzeinigung. Als Erklärung kann der Entstehung dieses Planes die Nachbarschaft Frankreichs dienen. Der Münzeinigung, hoffte man, werde außer Europa vielleicht auch Nordamerika beitreten. Als Grundlage wurde das französische Münzsystem, und zwar in der Form der Goldwährung empfohlen. Münzen sollten es sein von gleicher Größe und gleichem Werte. Außerdem wurde die Prägung von Vereinsdenkmünzen vorgeschlagen, die in allen beteiligten Ländern Kurs haben sollten.

Trotz all dieser wirtschaftlichen Diskussionen war das vorherrschende Interesse der nationalliberalen Partei und ihrer Presse doch politischer Natur; das Verlangen nach der deutschen Einheit drückte der nationalliberalen Wahlbewegung von vornherein ihren Stempel auf. Das fühlte man in Berlin so gut wie in München und Stuttgart. Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung"[2]) hob eigens hervor, daß sie es für verkehrt

[1]) Pfälz. Kurier Nr. 5, 7. Januar, und Kaiserlauterer Bote Nr. 10, 13. Januar. Die Anregung ging aus von der Bürgerzeitung in München.

[2]) Die konserv. „Pfälzer Zeitung" schrieb in Nr. 10, 13. Januar zu dieser Auslassung der „Nordd. Allgem. Zeitung": „Die Nordd. Allgem. Zeitung will der großpreußischen Partei ohne Zweifel unter die Arme greifen, indem sie

halte, wenn den Wahlen in Süddeutschland ausschließlich ein fachmännischer Charakter gegeben werde, da ja bei Handelssachen auch die politische Seite bedeutend sei. Dieser Mahnung bedurfte es bei den in der Pfalz zu Wort kommenden nationalliberalen Kreisen nicht. Hier war man von vornherein entschlossen, dafür zu sorgen, daß[1]) „im deutschen Zollparlament deutsch gesprochen wird und nichts lauter und eindringlicher als der Ruf der Nation: Unabhängigkeit, Einheit und Freiheit!"

II. Einigung der Nationalliberalen und Demokraten.

Die Aufgabe der zum 17. Januar einberufenen Versammlung mußte nach dem Vorangegangenen vorzüglich darin bestehen, zu entscheiden, ob die bei der Kandidatenaufstellung geübte Rücksicht des Komitees auf die demokratischen Elemente im Lande bestätigt werden solle oder nicht. Der Streit darum war hauptsächlich durch die Person Kolbs entbrannt; doch auch noch ein zweiter der in Aussicht genommenen Kandidaten — Benzino —, dessen Nennung plötzlich um den 10. Januar als ganz selbstverständlich in der Pfälzischen Volkszeitung für den Wahlkreis Kusel-Homburg erfolgte, stand anscheinend den Demokraten näher als den Nationalliberalen. Es erhebt sich daraufhin die Vorfrage, worin es begründet war, daß die Nationalliberalen so weitgehende Rücksicht geübt hatten, obwohl von einer selbständigen demokratischen Wahlbewegung in der Pfalz bis dahin nichts zu merken war.

Tatsächlich gab es noch in der Pfalz und namentlich in ihrem nördlichen Teile eine große Anzahl Demokraten. Ohne eigentliche Parteiorganisation hatten sie sich aber von vornherein von den gutorganisierten Nationalliberalen ins Schlepptau nehmen lassen; ihre Zahl war so bedeutend und das Ansehen ihres Führers Kolb so groß, daß die nationalliberalen Komitees es für richtiger gehalten hatten, ihnen freiwillig Zugeständnisse zu machen. Die Organisationslosigkeit der bayerischen Demokraten zu dieser Zeit enthüllt in unverblümter Weise ein Artikel, den die in Berlin erscheinende demokratische „Zukunft" aus Bayern

den Süddeutschen ins Gewissen redet, nicht ausschließlich Fachmänner zu wählen, sondern hierbei auch die politische Seite ins Auge zu fassen. Sie will offenbar die Metz, Völk und andere Pioniere der Verpreußung Süddeutschlands im Parlament nicht missen".

[1]) Zweibrücker Wochenblatt Nr. 10.

brachte[1]): „Der Mangel an freiheitlichen Interessen wird sich bei den Wahlen zum Zollparlament offenbaren. Die große Masse der Philister wird passiv bleiben, und der Kampf wird bloß zwischen Ultramontanen und Männern entbrennen, denen die Rechtsanwaltstellen beim Oberappellationsgericht wie die Geheimratstellen beim Bundesrate in der Nase kitzeln. Eine kräftige Agitation vermöchte trotz des Zensus einer Zahl demokratischer Abgeordneter den Weg ins Zollparlament zu bahnen, aber dazu gehörte als Vorbedingung die Gründung einer demokratischen Partei. Tausende und Zehntausende von einzelnen Demokraten sind ohnmächtig, während eine wenn auch an Zahl nicht starke Partei schon bei den Februarwahlen Erfolge erzielen könnte, — selbst in München, wo der gesetzte Bürger noch immer vor dem Worte „Demokrat" unter das Bett kriecht und von Mord, Brand und Plünderung träumt, obwohl ihn anno 1848 die Demokraten nicht um einen Pfennigswert gekränkt haben". Auf dem politischen Leben liege eine kolossale Öde. „Die besten Redner in der Kammer kauen nur den im Norddeutschen Reichstag eingeführten Brei wieder. Außer Kolb besitzt vielleicht kein einziges Kammermitglied die vielseitige Bildung, die von einem Volksvertreter oder Journalisten gefordert werden muß; und Kolb ist kein Redner. In der großen Masse freilich erneuern sich wie überall in Deutschland Kraft und Talent unablässig, aber die Masse ist durch den Wahlzensus, das mangelhafte Vereinsleben und die Abwesenheit einer im Interesse der unteren Klassen arbeitenden Presse vom politischen wie vom ganzen geistigen Leben ausgeschlossen und an den Biertisch gewiesen."

Die Demokraten bedauerten selbst am tiefsten ihre Organisationslosigkeit. Sie waren keine Bewunderer der Politik, die Preußen anscheinend mit dem Zollparlament zu treiben gewillt war, aber schließlich blieb ihnen nichts anderes übrig, als das kleinere Übel dem größeren vorzuziehen. Sie wollten, nachdem das Zollparlament[1]) — „ein recht verzwicktes Ding" zwar — nun einmal vorhanden war, da mittun,[2]) „wo der Karren am wenigsten in den Dreck kommt". Zwischen hinein mischten sich aber auch Klagen über die ganze Entwicklung des vorangegangenen Jahres, Stimmen, die etwas von wehmütiger Resignation an sich hatten. Die Frankfurter Zeitung brachte in ihrer Neujahrsnummer 1868 eine solche Auslassung aus München[3]): „Blickt man statt

[1]) Pfälz. Volkszeitung Nr. 3, 3. Januar.
[2]) Pfälz. Volkszeitung Nr. 18.
[3]) Zit. nach dem Kaiserslauterer Boten Nr. 2, 4. Januar.

durch rosafarbene, gothaische Gläser mit nüchternen Augen auf die süddeutschen Vorgänge des abgelaufenen Jahres zurück, so erkennt man, daß Süddeutschland und namentlich Bayern zur Annexion heranreift, und daß es keines allzu heftigen Sturmes bedarf, die angefaulte Frucht herabzuschütteln. Hätten die süddeutschen Regierungen sich eng aneinandergeschlossen, hätten sie durch demokratische Institutionen die ganze Fülle der Volkskraft entfesselt, sie hätten mit der Freiheit zugleich ihre Selbständigkeit gesichert. Jetzt haben sie durch Halbheit und Schwanken, wie durch Steigerung der Wehr- und Steuerlasten an Achtung und Sympathie eingebüßt. Sie wurzeln nicht im Volke, sie stützen sich auf eine Coterie, welche an ihrem Untergange zugunsten der preußischen Herrschaft arbeitet". In ähnlicher, wenn auch weniger schroffer Weise, sprach sich eine längere Betrachtung in dem demokratischen Nürnberger Anzeiger aus[1]): „Wir geben uns nicht der lächerlichen Illusion hin, daß das Parlament eines schönen Tages sich als deutsches Nationalparlament erklären und dann die höchste Autorität Deutschlands sein werde. Dazu fehlen geradezu alle Bedingungen des Könnens. Wir werden uns noch weniger mit der sonderbaren Schlußfolgerung befreunden, daß man, um die Macht des Zollparlaments zu erhöhen und jenen Augenblick womöglich doch zu erleben, einem größeren politischen Einfluß Preußens in Süddeutschland Tür und Tor öffnen müsse. Das ist's, was die Fortschrittspartei bezweckt, es mag umschrieben werden wie es wolle, und in diesem Stücke unterscheiden sich unsere Anschauungen und gewiß auch die von Tausenden der Wahlberechtigten wesentlich von denen der genannten Partei. Man kann uns nicht — wenigstens nicht mit Recht — vorwerfen, daß wir der Einigung des Vaterlandes entgegenstreben, man kann uns nicht des Partikularismus zeihen und nicht der Torheit, tatenlos im Schmollwinkel zu stehen, wenn wir aus ehrlichem Gemüte den süddeutschen Wählern und speziell unseren Landsleuten zurufen: ‚Wählt!, aber wählt keine Stützen des jetzigen Preußentums! Paktiert vertrauensvoll und mit opferwilligem patriotischem Sinn mit Preußen in allen vaterländischen Dingen, aber seht euch vor, daß ihr immer das ‚wohin kommen wir?' ermessen könnt; ergebt euch nicht in blindem Glauben einem Regiment, dessen Werkzeug für unbekannte Pläne ihr sofort sein würdet! Ist denn nicht auch so die Einigung des Vaterlandes möglich? Muß denn der eine Teil, sein Selbstbewußtsein und seine Kraft wegwerfend, sich der Willkür des anderen

[1]) Kaiserslauterer Bote Nr. 17, 30. Januar.

überliefern? Haben wir doch in den erst neuerlich abgeschlossenen Verträgen den Beweis, daß die Entwickelung Deutschlands auch ohne feiges Verzichten Süddeutschlands auf sein Selbstbestimmungsrecht voranschreiten kann, denn beide Teile brauchen einander in allen Machtfragen und in allen Fragen des eigenen Interesses — und wahrlich, noch wohnt genug Vaterlandsliebe in den deutschen Männern, daß sie ungesäumt nebeneinander treten — der Süddeutsche neben den Norddeutschen — dann, wenn äußere Gefahr droht. Glaubt es nicht, daß sich die großen Entwickelungsperioden der Völker durch gewaltsames Niederdrücken der Gefühle und Forderungen ganzer Stämme in Stunden oder Tagen abhaspeln lassen, zu deren naturgemäßer Bereifung Jahre und Jahrzehnte erforderlich! Wollt ihr nicht, daß Preußen zur Einsicht gedrängt werde, daß nur ein freiheitliches Regierungssystem und die Achtung des Rechtes ihm Sympathien sichert und der einzige rechte Weg zur Einigung des Vaterlandes ist: dann wählt die Leute, welche es nicht erwarten können, daß Preußens Gewalt auch Süddeutschland umspanne! Wollt ihr aber, daß die Nation einer freiwilligen, darum sicheren und dauernden Einigung zugeführt werde, in welcher auch der bürgerlichen Freiheit ihr Recht wird: dann wählt Leute, die durch Charakter und Gesinnung Gewähr für ernstes Streben und Arbeiten am deutschen Einigungswerk bieten, ohne daß sie aber die Meinung über euch erwecken, als preiset ihr euch glücklich, all euer Wollen und Fühlen dem Glanz äußerer Macht zu Füßen legen zu dürfen".

Die wichtigsten dieser Zuschriften gaben die beiden in Kaiserslautern erscheinenden demokratischen Blätter: „Pfälzische Volkszeitung" und „Kaiserslauterer Bote für Stadt und Land" wieder. Die Hauptvertreterin der demokratischen Interessen war die Pfälzische Volkszeitung, ähnlich wie der Pfälzische Kurier diejenige der Nationalliberalen. Der Mittelpunkt der pfälzischen Demokraten war mithin Kaiserslautern. Die Stellung der Pfälzischen Volkszeitung innerhalb der Wahlbewegung war von vornherein gemäßigt. Von der Unmöglichkeit eines eigenen Vorgehens der zersplitterten und unorganisierten Demokraten überzeugt, paktierte sie mehr und mehr mit den Nationalliberalen und deren führendem Blatte. Ihre demokratische Zugehörigkeit tat sie nur kund durch Wiedergabe von größeren Erörterungen der führenden demokratischen Blätter, namentlich derjenigen des jenseitigen Bayerns, wie ich sie oben zum Teil zitiert habe. Sie enthielt sich auch abfälliger oder feindlicher Äußerungen der nationalliberalen Agitation gegenüber, zufrieden damit, daß die nationalliberale Parteiorganisation die Kandidatur Kolbs nicht

anfocht. Nur bei Besprechung der ersten Zusammenkunft der Neustädter Nationalliberalen entschlüpfte ihr die Bemerkung, die westlichen Kreise der Pfalz, der sogen. Westrich, möge keine Männer vom Schlage der „Vorderpfälzischen Weinzünftler", sondern solche von gleicher Gesinnung mit Kolb aufstellen. Dank ihrer klugen Zurückhaltung machte der Anschluß der Demokraten an die Nationalliberalen zusehends Fortschritte. Der Zwist, der sodann um Kolb entbrannte, schien einen Moment zu einer Entfremdung führen zu wollen, aber die ruhige, sachliche Entgegnung der Pfälzischen Volkszeitung ließ keinen größeren Zwiespalt einreißen, ja sie machte sich mehr und mehr den Standpunkt des Pfälzischen Kuriers zu eigen. Die Ausgleichung ging sogar bald so weit, daß sie sich für Erweiterung der Zollparlamentskompetenzen aussprach[1]): „Daß ein bloßes Zollparlament nicht unser Endziel sein kann, sondern daß wir ein gesamtes deutsches Parlament erstreben müssen, versteht sich von selbst".

Die Entscheidung sollte nun auf der Kaiserslauterer Versammlung fallen. Hier sollte die Vereinigung der „Nationaldemokraten" und der „Nationalliberalen" auf eine feste Grundlage gestellt werden durch Vereinbarung eines für beide Teile verpflichtenden Programms, das für die definitiv aufzustellenden Kandidaten bindende Kraft haben sollte. Die Versammlung, zu der alle nationalliberalen Bezirkskomitees und auch einige Ortskomitees ihre Vertreter entsandten, fand am 17. Januar in Kaiserslautern statt.[2]) Zu der Versammlung strömte auch noch eine große Anzahl an Komitees nicht beteiligter Männer aus der ganzen Pfalz zusammen. Um 10 1/2 begann unter dem Vorsitz des Kaiserslauterer Komitees die Tagung. Als Vorsitzender fungierte J. W. Jacob, das Amt von Schriftführern versahen zwei Angehörige des Kaiserslauterer Komitees, Weber und Dr. Chandon. H. Stiebel aus Bergzabern stellte gleich zu Beginn der Sitzung einen dreifachen Antrag:

„1. Man solle die allgemeinen Eigenschaften, die ein Kandidat haben müsse, feststellen.

2. Erst wenn dies geschehen, solle man von seiten der einzelnen Wahlbezirke die einzelnen Kandidaten aufstellen und die Versammlung sich über deren Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit aussprechen.

3. Die Besprechung praktischer Fragen vornehmen, besonders der Diätenfrage."

[1]) Pfälz. Volkszeitung Nr. 14, 16. Januar.

[2]) Zu dem Berichte wurden hauptsächlich benützt: Pfälz. Volkszeitung, Kaiserslauterer Bote und Pfälz. Kurier.

Zu Punkt 1 stellte Dr. Knecht-Neustadt den Antrag: „Die Kandidaten müssen das Programm der bayerischen Fortschrittspartei vom Jahre 1866 als politisches Glaubensbekenntnis anerkennen". Das entsprach aber ganz und gar nicht den Wünschen und Ansichten der Demokraten, die hervorhoben, es sei eine „starke Zumutung, daß man heute etwas als zu Recht bestehend anerkennen solle, was allenfalls Geltung gehabt habe im Jahre 1866", sich aber nun längst überlebt habe. Da man auf beiden Seiten in starrer Weise seine Ansichten kundtat und bei ihnen beharrte, entspann sich eine „lebhafte Debatte", die erst endete, als Dr. Knecht auf Vorstellung des Bürgermeisters von Neustadt seinen Antrag zurückzog. Das Kaiserslauterer Komitee erklärte im Laufe der Debatte, daß weder es selbst noch sein Kandidat Kolb den in dem Programm der Fortschrittspartei enthaltenen Satz unterzeichnen könne, die Abgeordneten sollten dazu verpflichtet werden, „unbedingt und mit allen Mitteln in den Norddeutschen Bund zu dringen". Knecht verlangte nun aber sofort die Aufstellung eines neuen Programms. Dies geschah auch durch eine auf der Stelle gebildete Kommission, bestehend aus dem Vorsitzenden Jacob, Dr. Knecht, Anwalt Fränkel, Dr. Chandon, Notar Pasquay und Ph. Schmidt, Vertreter der beiden Richtungen. Das neue Programm lautete:

„1. Wir verwerfen die Zerreißung Deutschlands in Nord und Süd und die Bildung des Süddeutschen Bundes. Wir erstreben ein unter Parlament und einheitlicher Zentralgewalt geeinigtes Vaterland mit Autonomie seiner Glieder in ihren besonderen Angelegenheiten und mit gesicherten Freiheiten des Volkes.

2. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir auf Grund der gegebenen Tatsachen und unter möglichster Wahrung der Freiheit durch die Erweiterung der Kompetenz des Zollparlamentes ein Parlament erstreben, welches auch die jetzt noch nicht zum Norddeutschen Bunde gehörigen süddeutschen Staaten umfaßt".

Das Programm fand die allgemeine Zustimmung der Versammlung und wurde einstimmig angenommen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung brachte die Einigung auf die Kandidaten: 1. für Kaiserslautern-Kirchheimbolanden Kolb; 2. für Zweibrücken-Pirmasens Schwinn; 3. für Landau-Neustadt Jordan; 4. für Bergzabern-Germersheim v. Soyer; 5. für Speyer-Frankental Röchling; 6. für Homburg-Kusel-Landstuhl Benzino. All diese Kandidaturen wurden ohne weiteren Widerspruch angenommen mit Ausnahme derjenigen Kolbs, die zuerst zur Besprechung kam. Sie wurde naturgemäß von der Richtung der Nationalliberalen angefochten, die schon vorher im Kurier gegen Kolb Front gemacht hatte, von den „Männern vom oberen

Gebirg", einigen Herren von Neustadt und Umgebung, unter denen sich wieder besonders Dr. Knecht aus Neustadt hervortat. Ihnen war Kolb der Mann, der nach der Katastrophe von 1866 seine ganze sittliche Entrüstung gegen den Bruderkrieg zur Schau trug, „ein verbissener Preußenfeind", den man nicht nach Berlin schicken dürfe. Sie dachten an einen Gesinnungsgenossen aus ihren Reihen; die Pfälzische Volkszeitung behauptete, Dr. Buhl. Sie drangen aber nicht durch.

Die Regelung der praktischen Fragen wurde den einzelnen Komitees überlassen. Unter sie fiel auch die Diätenfrage. Man einigte sich dahin, daß die gewählten Abgeordneten aus dem zu gründenden allgemeinen Diätenfonds Entschädigung annehmen sollten, die Gestaltung des Fonds selber überließ man aber den einzelnen Bezirken. Dort geriet er bald in Vergessenheit. Die Anregung zu einer Geldsammlung anderer Art dagegen fiel auf guten Boden.[1]) In Ostpreußen war in der zweiten Hälfte des Winters 1867/68 eine große Hungersnot ausgebrochen. In der Versammlung wurde die Bildung von Unterstützungsvereinen für die Notleidenden in Ostpreußen beantragt, und die Teilnehmer sprachen untereinander ab, daß alle in der Pfalz eingehenden Beiträge zur sofortigen Weiterbeförderung an Dr. Buhl in Deidesheim eingesandt werden möchten. Zum Schlusse der Versammlung wurde das Kaiserslauterer Komitee mit der Führung der Geschäfte und der Leitung der Wahlagitation für die ganze Pfalz betraut, wobei es sich mit den auswärtigen Komitees stets auf dem laufenden halten sollte. Unter „allgemeiner Zufriedenheit" ging sodann die Versammlung zu Ende.

Die Kaiserslauterer Tagung und ihr Programm stellten einen Kompromiß dar. Die Personenfrage war so entschieden worden, daß die Nationalliberalen 4, die Demokraten 2 Mandate besetzen sollten, wobei sich erst noch erweisen mußte, inwieweit die 4 nationalliberalen Mandate als aussichtsreich anzusehen waren, während an der Wahl der beiden Demokraten kaum gezweifelt werden konnte. Der Kompromiß über das Programm war voller Zweideutigkeit, es konnte verschieden aufgefaßt und unter Umständen dementsprechend ausgedeutet werden. Der Pfälzer Kurier enthielt sich einer Würdigung, vielleicht in der Annahme, daß das Programm der nationalliberalen Anschauung genüge; er brachte nur einige trockene protokollmäßige Angaben über die Beschlüsse der Versammlung, die bei unserer Darstellung mit verwertet worden sind. Er hat sich auch später zu keiner Er-

[1]) Über die politische Bedeutung der Sammlung vgl. Rapp S. 280—282 (Tübinger Dissertation).

örterung des Programms fortreißen lassen. Diese wurde eröffnet durch die konservative Pfälzer Zeitung. Sie nannte das Programm unbedenklich[1]) „im Grunde ganz das Programm der großpreußischen Fortschrittspartei", denn ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Programmen sei nicht zu finden, führten doch beide zu demselben Ziele: dem Eintritt der Südstaaten in den Norddeutschen Bund und den Norddeutschen Reichstag; anders könne die Einigung des Südens und Nordens unter einer einheitlichen Zentralgewalt und einem einheitlichen Parlament nicht gefaßt werden, da Preußen den süddeutschen Staaten zuliebe gewiß nichts an den Einrichtungen des Norddeutschen Bundes ändern werde. Ein Unterschied sei etwa nur darin zu finden, daß das Kaiserslauterer Programm sozusagen eine „Germanisierung Preußens" wolle, während die von der bayerischen Fortschrittspartei unterstützte Politik umgekehrt auf eine „Borussofizierung Deutschlands" hinziele. Sei diese Auslegung unrichtig und wolle das Programm den Eintritt in den Norddeutschen Bund nicht, so seien wohl die Kandidaturen Kolb und Benzino, nicht aber die anderen zu verstehen, die doch alle der Fortschrittspartei angehörten, und die die Versammlung folgerichtig hätte bekämpfen müssen.

Der Behauptung, das Programm von Kaiserslautern sei dasjenige der „großpreußischen Fortschrittspartei", trat die Pfälzische Volkszeitung mit einem Artikel entgegen, der jedenfalls aus der Feder eines Mitgliedes des Zentralkomitees stammte[2]): „Das Programm sollte die Einigungspunkte der gesamten nationalen und freisinnigen Partei in ihren verschiedensten Schattierungen präzisieren. Das Programm der „großpreußischen Partei" will unbedingtes Eintreten in den Nordbund, will Weiterbau des Einheitsgedankens auf der von der preußischen Regierung angestrebten Organisation. Das Programm der Kaiserslauterer Versammlung will ein unter Parlament und einheitlicher Zentralgewalt geeinigtes Vaterland mit Autonomie seiner Glieder in ihren besonderen Angelegenheiten und mit gesicherten Freiheiten des Volkes. Es verwirft in diesem ersten Satze den preußischen Einheitsstaat. Es will dieses Ziel erreichen durch die Erstrebung eines Parlamentes, das auf Grund der gegebenen Tatsachen durch Erweiterung des Zollparlamentes mit möglichster Wahrung der Freiheit geschaffen werden soll, also nicht auf der von der preußischen Regierung angestrebten Organisation, sondern auf dem Rechtsboden einer alle Staaten umfassenden Volksvertretung".

[1]) Nr. 16, 20. Januar.
[2]) Pfälz. Volkszeitung, 23. Januar.

Dieser Interpretation des Programms konnte die Pfälzische Volkszeitung zur Bekräftigung die Veröffentlichung von „Zuschriften aus der Vorderpfalz“ [1] hinzufügen, die besagten, daß man auch dort Preußen als Führer, als Zentralgewalt des „auf Grundlage der Autonomie seiner einzelnen Glieder mit gesicherten Freiheiten des Volkes geeinten Deutschlands“ mit Begeisterung bereit sei anzuerkennen. Auch in der Vorderpfalz wolle man nicht „Deutschland nach Aufgabe aller freiheitlichen Rechte, aller Selbständigkeit seiner einzelnen Stämme auch in ihren besonderen Angelegenheiten, in den strammen Militärstaat Preußen verschwinden sehen“.

Nicht nur in der Abwehr gegen eine rein nationalliberale Ausdeutung des Kaiserslauterer Programms finden wir in diesen Tagen die Demokraten, sondern sie gingen auch zum Angriff vor gegen den ihnen feindlich gesinnten Neustädter nationalliberalen Kreis. Offenbar konnte die Pfälzische Volkszeitung nicht verwinden, daß die Neustädter in der Versammlung gegen ihren Kolb sich gestemmt hatten. In einem Artikel „Von der Lauter“ [2] führte sie aus, daß genannte Herren, nämlich die Neustädter Gruppe, mit einer Verbissenheit gegen Kolb aufgetreten seien, die die Langmut der Andersdenkenden — „und das war doch die überwiegende Mehrheit“ — auf eine harte Probe gestellt habe. Sie fährt dann fort: „Glauben denn diese Herren wirklich, sie könnten uns Kolb wegeskamotieren und dafür ihren Herrn Dr. Buhl aufschwindeln? Man ist gern bereit, die echt preußischen Gesinnungen des Herrn Buhl, vielleicht auch seine leidenschaftliche Liebe für Bismarck anzuerkennen, aber deutsch in dem Sinne, wie wir Männer des Westrichs es erfassen, ist Herr Buhl nicht, und darum möchten wir diesem Herrn und all seinen Gesinnungsgenossen den Rat erteilen, recht bald nach Preußen überzusiedeln, damit sie die „preußische Glückseligkeit“ recht bald erreicht. „Wenn man“, so fährt der Schreiber fort, „das Gebaren dieser pfälzischen Jünglinge im Kurier ansieht, wie sie sich mit aller Gewalt für das pfälzische Volk ausgeben möchten, so wird man versucht zu glauben, daß in der Pfalz noch recht viel Freiheit herrsche, da so viel Frechheit noch nicht die nötige Züchtigung erfahren hat. Doch ihr Männer des Westrichs, lassen wir diese ‚Junker‘ gehen, mögen sie fortfahren ‚den Mond anzubellen‘; ihnen zuliebe werden wir unseren deutschen Standpunkt, unsere deutsche Gesinnung und damit unseren Kolb nicht aufgeben.“

[1] Nr. 28, 1. Februar.
[2] Nr. 17, 20. Januar.

Der Angriff, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ, richtete sich hauptsächlich gegen Buhl. Seiner nahm sich nun ein ungenannter Angehöriger der Nationalliberalen an.[1] Er führte aus, daß die Nationalliberalen die offen und ehrlich dargebotene Hand in gleicher Gesinnung ergriffen hätten; das Programm sei nicht als äußere Formalität angesehen worden, und darum sei es nur billig gewesen, daß auf eine Verständigung zwischen dem Wahlausschusse des Bezirks Kaiserslautern und seinem Kandidaten hingewiesen worden sei. Einzelne Mitglieder des Wahlausschusses hätten das auch in sichere Aussicht gestellt. Der genannte Ausschuß hätte sicher auch ohne die Anregung im Kurier diese Verständigung gesucht, und so sei es unbegreiflich, daß man jetzt eine Animosität in der Anregung finden wolle. „Hat diese Verständigung zwischen Ausschuß und Kandidat stattgefunden, so kann ja in der Sache kein besserer Vertreter gefunden werden als Herr Kolb. Denn dessen persönliche Tüchtigkeit und Ehrenhaftigkeit ist ja über allen Zweifel erhaben.“ Der gehässige Angriff gegen Dr. Buhl, weil diesem am Schlusse der Versammlung die Sammlung für Ostpreußen übertragen worden sei, sei ein vom Zaun gebrochener Streit; denn was gehe diese Sammlung für die hungernden Bauern in Ostpreußen die Politik an. Die würden sicherlich nicht nach dem politischen Standpunkte des Gebers fragen. Die Pflicht wahrer Nächstenliebe sollte wahrhaftig nicht vom politischen Standpunkte betrachtet werden, „und wer sich dieser Sache warm annimmt, auf den sollte man bei diesem Anlasse nicht mit Steinen werfen“. Schließlich wurden dann noch die Angriffspunkte, die „der Mann von der Lauter“ aus dem Geschäftsleben Buhls als Weinproduzent herangezogen hatte, zurückgewiesen und als Gehässigkeiten gebrandmarkt. Diese versöhnenden und sachlichen Ausführungen verfehlten ihren Zweck keineswegs. Dem Manne von der Lauter erwuchsen keine Helfer aus der Reihe seiner politischen Gesinnungsgenossen, sondern es wurden im Gegenteil nur abfällige Stimmen laut. Eine Zuschrift[2] „Von der Sickinger Höhe“ sagte, Kolb werde zu diesem Manne im Geiste sagen: „Freund, stecke deine rostige Lanze ein! Gott schütze mich vor meinen Freunden! Von Kolb verlangt man nur Bekenntnistreue gegen das nationale Programm, dann ist er als Kandidat zum Zollparlament im Westrich allererwünscht. Und wahrlich ist das Komitee zu Kaiserslautern des nationalen Kolb sicher, den antinationalen hätte es sicher nicht vorgeschlagen“.

[1] Pfälz. Volkszeitung: „Aus der Pfalz“, 23. Januar 1868.
[2] Pfälz. Kurier Nr. 21, 25. Januar.

Auch das Kaiserslauterer Komitee mißbilligte in einer öffentlichen Erklärung[1]) den Artikel „Von der Lauter“ wegen der darin enthaltenen persönlichen Angriffe. Der Mann von der Lauter rührte sich aber noch einmal und gab auf eine öffentliche Frage Buhls, warum diese Angriffe gegen ihn denn erfolgt seien, zur Antwort[2]): „Ich halte Sie, Herr Dr. Buhl, für das Haupt der preußisch-streitsüchtigen Jugend der Pfalz, sei es, daß Sie durch Ihre Fähigkeiten diese Stelle einnehmen, oder sei es, daß man Sie dahin drängte, indem man Ihren Namen an der Spitze zu gebrauchen meinte. Da nun Ihre Partei seit langem Front gegen den Abgeordneten Kolb macht, in diesem anscheinend den bedeutendsten Gegner sieht, denselben im Kurier systematisch angriff und verfolgte, so erlaubte ich mir in der Pfälzischen Volkszeitung, Ihnen als dem Führer öffentlich entgegenzutreten“.

Das Objekt der Streitereien wurde hinfällig durch einen Brief, den Kolb an das Kaiserslauterer Komitee richtete und in dem er seine Zustimmung zu dem aufgestellten Programm aussprach[3]): „Empfangen Sie meinen besten Dank, sowohl für die freundliche Mitteilung, als für das in mich gesetzte Vertrauen. Sie hatten vollkommen Recht, vorauszusetzen, daß ich einem Programm, wie das, welches in Kaiserslautern aufgestellt wurde, ohne jedes Bedenken beitreten könne, wie ich es hiermit tue“.

Damit war der letzte Grund zu Unstimmigkeiten zwischen den Nationalliberalen und Demokraten behoben. Das Bündnis bestand die Belastungsprobe, die ihm der Streit um Kolb auferlegte, und hielt.

Alles in allem genommen hatten die Kaiserslauterer Abmachungen doch eine ganz eminente Bedeutung für die pfälzische Wahlbewegung zum ersten Zollparlament. Der Aufmarsch der demokratischen und liberalen Gruppen war vollzogen, taktisch gut geeint standen sie den „Konservativen“, die sich erst allmählich aufzuraffen begannen, in geschlossener Linie gegenüber. Durch das Zentralkomitee hatten sie sich einen festen Mittelpunkt geschaffen, von dem aus jederzeit in den einzelnen Bezirken, je nach Bedarf, die Wahlagitation verstärkt oder gestützt werden konnte. Durch die Bezirks- und Lokalkomitees war das Land wie mit einem Netze überspannt. Die bisher noch bestehenden Mißhelligkeiten zwischen den Liberalen und Demokraten waren für die Zollparlamentswahlen ausgeschaltet, und was sich an einheitlichen Wünschen und Zielen

[1]) Pfälz. Kurier Nr. 22, 26. Januar.
[2]) Pfälz. Volkszeitung Nr. 24, 28. Januar.
[3]) Kaiserslauterer Bote Nr. 14, 23. Januar.

hatte vorfinden lassen, war in einen gemeinsamen Strom zusammengeleitet. Die Parteileitung hatte durch ihre Maßnahmen tiefes Verständnis für das neue und ungewohnte Wahlrecht bekundet, sie hatte erkannt, mit welchen Mitteln die große Masse des Volkes vor dem Gange an die Wahlurne bearbeitet und geleitet werden müsse. Den Konservativen, die erst langsam und allmählich die taktische Bedeutung der Wahlbewegung zu erkennen und zu würdigen begannen, schien das Wasser abgegraben und auf die nationalliberale Mühle geleitet zu sein.

III. Tätigkeit der Konservativen.

Den vereinigten Nationalliberalen und Demokraten stand keine gleicherweise geschlossene Partei gegenüber. Wohl stellte der „Fortschritt“ in der bayerischen Kammer nur eine Minderheit dar, aber während die anderen Parteien seit 1866 wie aus dem Leime zu gehen drohten, aus Mangel klar umgrenzter und eng gesteckter Ziele, belebender Motive und vorwärtsdrängender Volksstimmungen, ersetzte er durch zielbewußtes Handeln, was ihm an Zahl gebrach.[1]) Seit des Fürsten von Hohenlohe Ministerpräsidentschaft regierungsseitig begünstigt und von vielen deshalb als Regierungspartei angesehen, hatte er in vielen Fragen das mandatenstarke „bayerische Zentrum“ mit sich fortzureißen verstanden. Dieses wurde immer unklarer und unsicherer in seiner Stellungnahme, so daß bei ihm von einem durchgeführten Programm kaum noch die Rede sein konnte. Die ausgesprochenen Konservativen hatten sich in den beiden verflossenen Jahren vor der Wucht der Tatsachen beugen müssen; ihre Hauptstütze, die Beamtenschaft, die während der Reaktionszeit nach 1849 ihre Führung innegehabt hatte, hatte zum Teil in fluchtartiger Eile ihnen den Rücken gewandt, und so waren sie nunmehr fast ohne Führung. Seitdem die Regierung unter einem neuen Kurs segelte, waren die Konservativen nur mehr wenig hervorgetreten. Es fehlte ihnen auch an innerer Einheit.[2]) Viele konservative Süddeutsche hatten von früher her einen Zug nach Preußen, sahen in ihm die deutsche Vormacht und waren in kleindeutscher Tendenz auf seine Seite getreten, sobald der Kampfruf: Hie Habsburg, hie Hohenzollern erscholl. Sie konnten auch in ihren Sympathien kaum abgekühlt werden, wenn sie das stramme preußische Regiment — der Konservativismus ist

[1]) vgl. Alex. v. Müller, Bayern im Jahre 1866 und die Berufung des Fürsten Hohenlohe.
[2]) Pfälzer Zeitung Nr. 10, 13. Januar: „Ein Wort zur Verständigung“.

in der Regel für strenge Ordnung — mit der Regierungsweise verglichen, mit der in mehr als einem der Mittel- und Kleinstaaten gleichsam auf den Ausverkauf regiert wurde.

Immerhin überwog die Anhängerschaft an das großdeutsche Programm in den konservativen Reihen, und auch außer ihnen hatte es noch viel Anhang bei den Gebildeten und namentlich bei dem Landvolke. Dieses trauerte der Scheidung von Österreich, mit dem man seit Jahrhunderten durch enge Bande verknüpft gewesen war, nach und fühlte sich durch die preußische Führung bedrückt. Von dessen straffem Militarismus wollte es nichts wissen. Nicht nur in Altbayern konnte man das beobachten, sondern auch im deutschen Südwesten, so früh auch in ihm kleindeutsche Tendenzen Widerhall gefunden hatten. Die bevorstehenden Zollparlamentswahlen hätten deshalb wohl den Konservativen wieder Mut machen können; denn diese Wahlen forderten, wie auf der anderen Seite die Nationalliberalen zur Erstrebung des nationalen Einheitsstaates, so sie heraus, an die großdeutsche Gesinnung der Bevölkerung zu appellieren. Da sie sich aber nicht aufrafften, ohne Organisation waren und den Nationalliberalen den Vorsprung ließen, kam es wenigstens in der Pfalz dahin, daß sich die nichtkonservativ gesinnten großdeutschen Wähler plötzlich ins Lager der Nationalliberalen hinübergezogen sahen.

Um so klarer sticht von diesem grauen, indifferenten Hintergrunde die Tätigkeit eines Mannes ab, der seit längeren Jahren an dem politischen Leben Bayerns und insbesondere der Pfalz rege beteiligt gewesen war und, von Hause aus Arzt, jetzt als Besitzer und Redakteur der Pfälzer Zeitung in diesem seinem Blatte eine energische Tätigkeit zur Sammlung der konservativen Kräfte zu entfalten begann — Dr. Joh. Lukas Jäger. Er war geboren in Harthausen bei Speyer am 7. Dezember 1812, besuchte das Gymnasium in Speyer und studierte dann Medizin an den Universitäten Würzburg, Heidelberg und München. 1841 wurde er zum praktischen Arzt in Annweiler ernannt — die Staatsregierung besetzte damals noch die Ärztestellen — und hatte in jener Gegend, die damals recht arm war, wenige Ärzte, keine Industrie und sehr schlechte Verkehrswege besaß, eine sehr mühsame Landpraxis. Dabei wußte er immer noch Zeit zu finden zu botanischen Studien, in welchem Fache er hervorragende Kenntnisse besaß. Die großen politischen Fragen interessierten ihn bald. Seit den Hambacher Tagen von 1832 war die deutsche Verfassungsfrage aufgerollt, und der Radikalismus nahm immer mehr die Bewegung in die Hand. Die große Aufstandsbewegung am Rhein in den Jahren 1848 und 1849,

die mit kommunistischen und republikanischen Absichten eng verquickt war, veranlaßte Dr. Jäger mit einigen wenigen Gesinnungsfreunden zur Gegenwehr. Ein innerer produktiver Drang brachte ihn zum Schreiben, und allmählich entstand so im Mai 1849 eine Zeitung, „Der Vogesenbote". Sie wurde von Jäger in Annweiler herausgegeben, in Landau gedruckt und sehr rasch das Sammelorgan der konservativ gesinnten Elemente im Lande. Im Herbste 1849, nachdem die republikanische Bewegung durch Einmarsch des rheinischen Armeekorps in der Pfalz und in Baden niedergeschlagen war und als die Regierung sich selbst energisch auf die konservative Seite stellte, wurde Dr. Jäger im Wahlkreise Germersheim in den Landtag gewählt und bis 1858 stets wiedergewählt. Er zog nun mit seiner Familie nach München, da der Landtag wegen großer Gesetzgebungsarbeiten voraussichtlich einige Jahre dauerte. 1852 kehrte er in die Pfalz zurück und verlegte seine Zeitung, jetzt Pfälzer Zeitung genannt, nach Ludwigshafen. Die konservative Partei sollte nach den Wünschen der Regierung nichts als eine reaktionäre Regierungspartei sein. Der Widerstand gegen diese Bestrebung führte Jäger in manchen Gegensatz zu der Regierung, da besonders auch ein größerer Teil der jüngeren Beamtenschaft, um Karriere zu machen, sich einer rücksichtslosen Reaktionspolitik in die Arme warf.

Zu gleicher Zeit mit den liberalen Blättern eröffnete Jäger um die Jahreswende seine Wahlbesprechungen, in scharfem Gegensatz vor allem zum Pfälz. Kurier. Bei seinem Ziele, die konservativen Kräfte der Pfalz zu sammeln, war er sich des Vorsprungs der „Nationalen" sehr wohl bewußt. Die Macht, die in ihrer straffen Organisation lag, hatte er erkannt und vermißte schmerzlich denselben Geist im eigenen Lager. Vorerst war er der einzige, der für die konservative Sache einen Finger rührte. An der Hand seiner Ausführungen ist die pfälzische konservative Bewegung in den Zollparlamentswahlen zu verfolgen. Am 2. Januar begegnen wir einem Artikel der Pfälzischen Zeitung mit der bezeichnenden Überschrift „Vom Main" und der Datierung vom 30. Dezember. Er beginnt mit einem kurzen historischen Überblick, worin die Annahme der Zollverträge in den süddeutschen Staaten als durch Pressionsmittel aller Art erreicht bezeichnet wird, und geht dann auf die unmittelbaren praktischen Ergebnisse der Verträge näher ein. Das verhängnisvollste Ergebnis liege in der Tatsache, „daß die Vertreter der Südstaaten im Zollparlament sowohl numerisch als moralisch im Nachteil sein würden". Um so gebieterischer dränge sich darum den Südstaaten die Pflicht auf, die Tätigkeit

dieser Vertreter auf das eigentliche Feld der denselben zugewiesenen Kompetenz zu beschränken. Unter keiner Bedingung dürfe also Kompetenzerweiterung zugelassen werden, da auch auf dem genannten beschränkten Gebiete große Nachteile für den Süden nur mit großer Mühe abzuwenden seien; könne doch das erdrückende Übergewicht, das der Norden sowohl im Zollbundesrat als im Zollparlament besitzen werde, leicht eine bedenkliche Verlockung hervorrufen, in bezug auf indirekte Abgaben und dergleichen Beschlüsse auf Kosten der wirtschaftlichen Lebensinteressen der Südstaaten durchzusetzen. Die weit größere Gefahr bestehe aber darin, „daß das Zollparlament zu politischen Zwecken mißbraucht werde". Die Nationalliberalen, „diese schlauen Politiker", hätten ja bereits mit „rührender Naivität" ihre eigentliche Absicht durchblicken lassen — in ihrer Presse und sogar in einzelnen Kammern sei dieser Plan unverhüllt zutage getreten —, aus dem Zollparlament den Hebel zu machen, mittels dessen die Südstaaten unvermerkt in den Norddeutschen Bund eingeschoben, „hineingeschmuggelt" werden könnten. Der Gothaismus habe die Agitation für diesen Zweck in den einzelnen Staaten bereits kräftig begonnen; den Reigen eröffneten in Hessen die „Metzianer", in Bayern die Fortschrittler Nürnbergs, diese „enfants terribles" der Partei. Zu der inneren Gefahr, daß diese Leute schließlich nach den schönsten Reden über Einheit, Freiheit und Größe der deutschen Nation „die erdrückendsten und freiheitsverderblichsten Gesetze und Einrichtungen votieren" würden, käme noch die äußere Gefahr, daß Frankreich und Österreich nicht zugeben würden, daß Süddeutschland dem Nordbunde zugeführt werde. Eine Wahlenthaltung — wie sie namentlich in Württemberg als Protest ernstlich erwogen wurde — sei unter diesen Umständen das unklügste Mittel, ein politisch ganz und gar verkehrtes und zu verdammendes Verhalten.

In dieser Weise fuhr die Pfälzer Zeitung in den ersten Januartagen 1868 fort, die Bedeutung der Zollparlamentswahlen abzuwandeln. Scharf hob sie immer wieder die ausgezeichnete Organisation der „Großpreußen" im ganzen Süden: in Baden, Hessen, Württemberg und Bayern hervor.[1]) Überall in Süddeutschland rüste sich eine Partei, „die Partei des engsten Anschlusses an Preußen bezw. des Eintritts in den Norddeutschen Bund", zu den Wahlen. Überall suche sie die Wahlagitation zu zentralisieren, Anleitungen zu geben und Kandidaten aufzustellen. Wo in einer Stadt drei Fortschrittler versammelt seien, da konstituierten sie sich als Wahlkomitee und redeten „nicht nur

[1]) Pfälzer Zeitung Nr. 3, 4. Januar.

im Namen der Stadt, sondern des Landes". Dagegen seien die anderen Parteien nicht organisiert und blieben gleichgültig und untätig. Es wird dann die bisherige erfolgreiche Tätigkeit der Nationalliberalen in den einzelnen süddeutschen Staaten näher beleuchtet. An erster Stelle marschiere Baden, wo Abgeordnete beider Kammern zusammengetreten seien und einen Zentralausschuß gebildet hätten, „bestehend aus dem unvermeidlichen Herrn Bluntschli, dann aus Herrn von Türkheim von der ersten und den Herren Eckhard, Kiefer, Kiesner, Kusel und Lamey von der zweiten Kammer, sämtlich oder doch fast sämtlich Großpreußen vom reinsten Wasser". An der Gründung des genannten Ausschusses seien auch die Minister v. Freydorff, Jolly, Matthy und Stabel beteiligt und verstärkten so die Wirksamkeit der Parteiagitation durch die Autorität der Regierung. In Hessen sei ebenfalls ein Zentralkomitee gebildet, das den Eintritt in den Nordbund erziele, nur sei dort die Stellung der Regierung ein andere, klare. In Württemberg stünden sich zwei enggeschlossene Parteien gegenüber, die Volkspartei und die großpreußische Partei. Da nun aber erstere unbegreiflicherweise sich der Wahl enthalten wolle, so sei der Sieg der anderen umso wahrscheinlicher, „als das Ministerium zwischen beiden neutral in der Mitte" stehe.

Sogleich aus dem ersten Artikel der Pfälzer Zeitung zur Sache geht hervor, daß der dominierende Gesichtspunkt bei der Wahlbewegung der Konservativen ebenso politischer Natur war wie bei den Fortschrittlern. Suchten die Fortschrittler für den Eintritt in den Norddeutschen Bund Propaganda zu machen, so galt es Jäger vor allem, das Volk mit der Ansicht zu erfüllen, daß es über die bestehenden Verträge keine weitere Gemeinschaft mit Preußen geben dürfe. Er argumentierte[1]): „Mag der Zug der Einigung zwischen Norden und Süden noch so mächtig sein, es wird sich nicht bestreiten lassen, daß die wirtschaftlichen, politischen und finanziellen Interessen beider in vielen Beziehungen verschieden sind, und daß in Berlin die Neigung besteht, den Südstaaten einen Teil der Lasten des Norddeutschen Bundes auf die Schultern zu laden". Infolge der 1866er Ereignisse seien allerdings im Süden und namentlich in Bayern die Steuerlasten bedeutend gestiegen. Mit dem Eintritt in den Norddeutschen Bund sei aber bestimmt zu erwarten, daß besonders die Militärlasten sich noch mehr steigern würden. Jäger hob vor allem die Notwendigkeit hervor, Herr zu bleiben im eigenen Hause, ohne dabei sich „den Leistungen zu entziehen,

[1]) Pfälzer Zeitung Nr. 13, 16. Januar.

welche die Abwehr eines fremden Angriffes auf deutsches Gebiet jedem Deutschen zur patriotischen Pflicht mache". Welchen Grund sollte auch die süddeutsche Bevölkerung haben, in den Nordbund einzutreten; denn diejenigen Staaten, die demselben jetzt angehörten, hätten den Eintritt nicht freiwillig, sondern gezwungen vollzogen; dabei müsse jeder denkende Mann überzeugt sein, daß der Norddeutsche Bund nur eine Übergangsform zum zentralisierten Einheitsstaat bilde, daß er zu diesem mit Naturnotwendigkeit hinführen müsse. Darum handle es sich jetzt um die Frage, ob bayerisch-deutsch oder preußisch. Früher sei die Zahl der Leute, die einen Einheitsstaat erstrebten, in Deutschland sehr gering gewesen. Der weitaus größte Teil der politischen Köpfe sei dagegen darüber einig gewesen, daß dem deutschen Wesen und Charakter, Deutschlands geschichtlicher Entwicklung, deutschen Anschauungen und Gewohnheiten nur eine Föderativverfassung entspreche und zusage, daß die höhere und allgemeine Bildung der Nation wesentlich mit ihren föderativen Einrichtungen zusammenhänge und durch eine zentralisierte Einheit nur verlieren könne. Die Einheit gedeihe in Föderationen auch weit besser als in großen Einheitsstaaten, zumal wenn diese einen militärischen Charakter trügen.

Den Liberalen machte die Pfälzer Zeitung den Vorwurf der Unbeständigkeit.[1]) Ohne Skrupel hätten sie die Schwenkung ins Bismarcksche Lager vollzogen und ersetzten ihre „früher oft mehr als plebejischen Angriffe" gegen den „junkerlichen" Minister durch Kniebeugungen aller Art. Fröhlichen Herzens habe man ihn im Süden als liberal patentiert.

Das meiste Interesse wandte Jäger naturgemäß den innerbayerischen Verhältnissen zu. Er hob hervor,[2]) daß hier der Vorsprung, den die vielen als Regierungspartei erscheinenden Fortschrittler bereits gewonnen hätten, nur wieder ausgeglichen werden könne, wenn das Preßorgan der Regierung, die „Süddeutsche Presse", eine klare und entschiedene Stellung einnehme und nicht, wie das schon geschehen sei, Namen von Kandidaten verkünde, „die notorisch für den Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund" seien. Er wünschte als sichere Grundlage für eine aussichtsreiche Gegenbewegung vor allem unzweideutige Stellungnahme der Regierung, die bei der allbekannten Anschlußtendenz der Fortschrittler, wie er hoffte, nur gegen diese Partei ausfallen konnte. Denn das Regierungsprogramm lautete auf Erhaltung der Selbständigkeit Bayerns, und

[1]) Nr. 10. 13. Januar.
[2]) vgl. Pfälzer Zeitung Nr. 3, 4. Januar.

Fürst Hohenlohe hatte bei früherer Gelegenheit ausgesprochen, daß der Organisation des Norddeutschen Bundes die Tendenz zum Einheitsstaate innewohne. Aus dieser bekannten Stellungnahme folgerte Jäger auch jetzt die Notwendigkeit einer endlichen Erklärung, die sich ja keineswegs als Parteinahme zu gestalten brauche. Die Unterlassung einer solchen Erklärung, die das Volk in Ungewißheit verharren lasse, müsse die Chancen der Fortschrittspartei notwendig günstiger und die „derjenigen Parteien, welche gleichfalls in Übereinstimmung mit dem Regierungsprogramm die Selbständigkeit des Landes zu erhalten wünschen, um so ungünstiger gestalten".

Seine Hoffnung mußte aber zunächst einer gründlichen Enttäuschung weichen. Die „Süddeutsche Presse" wies vorderhand nur ganz allgemein auf die Bedeutung der kommenden Wahlen hin, ohne ihnen gegenüber eine bestimmte Stellungnahme darzutun. In einem Artikel vom 8. Januar sprach sie sich zwar gegen den Fortschritt, aber auch gegen die Wahl von „Partikularisten" aus[1]): „Wir sind weit davon entfernt, das Interesse herabstimmen zu wollen, welches die Parteien an den Wahlen in das Zollparlament an den Tag legen. Nichtsdestoweniger möchten wir unsere Überzeugung aussprechen, daß die unmittelbare Wirkung des Wahlergebnisses, mindestens in dem bestimmten Falle, daß es zugunsten der Fortschrittspartei ausfiele, im einen wie im anderen Sinne überschätzt wird. Der gefürchtete Untergang Bayerns wird nicht eintreten, selbst wenn alle bayerischen Wahlen auf anerkannte Heißsporne der Fortschrittspartei fallen sollten. Umgekehrt aber wird der unvermeidlichen Fortentwicklung der Dinge in der Richtung zunehmender nationaler Einigung durch die Erwählung verschiedenster bayerischer Partikularisten ebensowenig eine Schranke gesetzt werden. Wir halten es für unsere Pflicht, hier ganz offen zu sprechen, und demgemäß der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß solche Wahlen die der bayerischen Selbständigkeit drohenden Gefahren nur verstärken und ihr Hereinbrechen nur beschleunigen könnten". Gegen die letztere Bezeichnung protestierte die Pfälzer Zeitung ganz entschieden und stellte an die Süddeutsche Presse die Frage, wie sie dazu kommen könne, gute „Patrioten" wegwerfend als Partikularisten zu bezeichnen und ihre Wahl als gefährlich für den Fortbestand des Staates zu erklären.

Einen Tag später, am 9. Januar, gab es eine neue Enttäuschung. Es war schon einige Zeit bekannt, daß das bayerische

[1]) Süddeutsche Presse, Morgenblatt vom 8. Januar.

Zentrum, das über die Mehrheit der Sitze in der Abgeordnetenkammer verfügte, sich mit der Absicht trage, über ein Programm eine Verständigung herbeizuführen, das im Gegensatz zu der Fortschrittspartei den Nichteintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund in seiner derzeitigen Gestaltung sowie die Fernhaltung aller dahinführenden Schritte aufstellen sollte. Die am 8. Januar stattgefundene Aussprache der Mitglieder der Fraktion hierüber führte aber zu keiner Einigung, vor allem deshalb, weil es der Partei[1]) „an gemeinsamen leitenden Prinzipien" fehlte.

Aber schon nach drei Tagen begannen die Aussichten der Konservativen zu steigen und ihre Hoffnung sich zu beleben bei der Nachricht, daß die Zentrumsfraktion sich jetzt doch zu einer Stellungnahme entschlossen habe. Am 10. Januar einigten sich nämlich 60 Mitglieder des bayerischen Zentrums auf ein Programm, das sich gegen den Eintritt in den Norddeutschen Bund und gegen Erweiterung der Kompetenzen des Zollparlaments aussprach. Das Programm lautete[2]): „1. Wir betrachten es als selbstverständlich, daß Bayern das Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen treu und aufrichtig durchführe und daher auch eine Wehrverfassung in der Art einrichte, daß es jederzeit gerüstet ist, die Interessen und die Ehre Deutschlands in Verbindung mit seinen Stammesgenossen gegen jeden Angriff zu wahren. Dagegen betrachten wir den Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund, wie er dermalen gestaltet ist, weder für notwendig noch für wünschenswert. 2. Wir sehen die durch den Vertrag vom 8. Juli 1867 gegründete Einheit im Gesamtgebiete der materiellen Interessen als eine sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen anzuerkennende Grundlage unserer weiteren nationalen Entwicklung an, zu deren gewissenhafter Ausführung jeder nach Kräften beizutragen hat. Wir erachten es aber nicht für zweckmäßig, schon jetzt im Zollparlament auf eine wesentliche Änderung der Zollvereinsverfassung hinzuwirken".

Und nunmehr bekundete auch die Süddeutsche Presse ihre Zustimmung zu diesen Sätzen und sprach die befriedigte Erwartung aus, daß[3]) „der größte Teil des bayerischen Volkes damit einverstanden sein und solche Männer ins Zollparlament wählen werde". Die Pfälzer Zeitung begrüßte das Programm und die zustimmenden Äußerungen der Süddeutschen Presse aufs

[1]) Pfälzer Zeitung Nr. 7, 9. Januar.
[2]) Pfälzer Zeitung Nr. 10, 13. Januar.
[3]) Pfälzer Zeitung Nr. 10, 13. Januar.

herzlichste. Ein Hauptwunsch Jägers war erfüllt. Hatten bisher in Bayern nur die Fortschrittler in der Wahlbewegung das Wort geführt, so war jetzt zu erwarten, daß das Volk sich an das Programm des Zentrums anschließen werde, besonders auch im Hinblick darauf, daß es nicht nur negative, sondern auch positive Sätze enthielt.

Zu gleicher Zeit erschien in der Kölnischen Zeitung eine offiziöse Berliner Korrespondenz,[1]) die gleicherweise geeignet war, die Hoffnungsfreudigkeit der Konservativen zu heben. Es wurde hier ganz entschieden Verwahrung eingelegt gegen die Behauptung, daß Graf Bismarck bereits daran denke, „mit Hilfe des Zollparlaments den Eintritt der Südstaaten in den Norddeutschen Bund herbeizuführen, um das Gebäude zu krönen und das Deutsche Kaiserreich aufzurichten. Diese Fabel — so fährt die betreffende Korrespondenz fort — ist augenscheinlich verbreitet, um der französischen Presse Stoff zur Polemik zu liefern und dadurch Einfluß auf die Wahlen zum Zollparlament in Süddeutschland zu gewinnen".

Waren somit die Hoffnungen Jägers auf bestimmte Erklärungen von kompetenter Seite einigermaßen erfüllt worden, so sollten sie gekrönt werden, als am 22. Januar die bayerische Regierung in der Süddeutschen Presse endlich ein eigenes Programm für die Wahlen publizierte. Es lautete wie das des Zentrums auf Nichteintritt in den Nordbund und gegen Erweiterung der Zollparlamentskompetenzen. Der betreffende, unverkennbar das Gepräge amtlicher Autorität tragende Artikel führte aus[2]): „Die bevorstehenden Wahlen bewegen mächtig die öffentliche Meinung, eine Reihe unserer wichtigsten wirtschaftlichen Interessen, die Gesetzgebung über das gesamte Zollwesen, über die Steuern von Salz, Zucker und Tabak, über Schleichhandel und Defraudation innerer Verbrauchsabgaben, über Handels- und Schiffahrtsverträge ist künftig der Zuständigkeit dieses aus freier Volkswahl hervorgehenden Organes übertragen. Die Lebensbedingungen des materiellen Wohlstandes der Nation liegen mit in seiner Hand. Allgemeine lebhafte Beteiligung an den Wahlen ist daher auf das dringendste geboten, und es wäre zu beklagen, wenn sich weitere Kreise von Wählern, weil sie mit dem bisherigen Gang der Dinge in Deutschland nicht einverstanden sind, deshalb von der Mitwirkung bei der Weitergestaltung derselben zurückziehen wollten. Es könnte dies nur dahin führen, daß die materielle Zukunft unseres Vaterlandes, statt von der

[1]) Pfälzer Zeitung Nr. 16, 20. Januar.
[2]) Pfälzer Zeitung Nr. 19, 23. Januar.

Gesamtheit beraten und entschieden zu werden, zur freien Verfügung in die Hand einer Partei gelangen würde.

Es ist ganz richtig, daß bei diesen Wahlen nicht allein fachmännische Rücksichten, sondern auch höhere politische Erwägungen mitzuspielen haben. Schon deswegen, weil große wirtschaftliche Fragen immer ihre Berührungspunkte mit der jeweiligen politischen Lage haben, wie denn von allen Zollvereinskrisen fühlbare Rückschläge auf die politischen Verhältnisse Deutschlands ausgegangen sind. Vor allem aber gilt es sich klar zu sein über das nächste Ziel, das in dem politischen Leben, das sich aus den Verhandlungen des Zollparlaments entwickeln wird, angestrebt werden muß. Es scheint uns wenig angemessen, wenn jetzt, während die neue mühsam errungene Organisation eben den ersten Beleg ihrer Probehaltigkeit geben soll, der Ruf nach völliger Umgestaltung ihrer Grundlagen erhoben wird. Namentlich sollte die gegenwärtige prekäre Lage der europäischen Verhältnisse von Versuchen abmahnen, welche neue Streitpunkte in Deutschland zu schaffen und auch die bisher erreichte halbe Konsolidierung wieder in Frage zu stellen vermöchten. Es ist zwar selbstverständlich, daß das Zollparlament über die Bestimmung der Verträge, auf Grund deren es zusammentritt, nicht hinausgehen und die Bedingungen seines Bestehens nicht selber verändern kann. Die Zollvereinsverträge vom 8. Juli vorigen Jahres begründen nicht nur seine Rechte, sondern begrenzen sie zugleich. Aber es ist angemessen, ausdrücklich hervorzuheben, daß die Verträge des vorigen Jahres, wie sie aus der freien Vereinbarung der Regierungen hervorgegangen sind, so auch nur auf diesem Wege verändert werden können. Die Erweiterung der Kompetenzen des Zollparlaments kann nur durch die freie Vereinbarung der beteiligten Regierungen herbeigeführt werden. Die bayerische Regierung — wir sind es überzeugt — hält die nationalen Ziele fest vor Augen und bedarf keiner Agitationen, um an ihre deutschen Aufgaben erinnert zu werden. Ebensowenig wird sie aber in der Lage sein, aus den zum Teil ungestümen Agitationen, welche für Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments ins Werk gesetzt werden, die Direktiven in bezug auf Angelegenheiten zu unternehmen, in welchen nach dem zweifellosen Inhalt der Verträge nur ihr selbst die Initiative zukommen kann.

Wir glauben dabei nicht unerwähnt lassen zu sollen, daß die Äußerungen der Staatsregierung hierüber keinen Zweifel bestehen lassen. Fürst Hohenlohe hat in seinen Reden vom 8. und 21. Oktober vorigen Jahres bestimmt erklärt, daß er den Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund nicht will; er hat

die föderative Grundlage im Gegensatz zur einheitlichen Gestaltung Deutschlands deutlich hervorgehoben und ein Übergreifen des Zollparlaments in die seiner Kompetenz nicht unterstellten politischen Angelegenheiten als unzulässig bezeichnet. Wenn daher in Wahlversammlungen das Programm des Staatsministers des Äußeren zum Agitationsmittel im Sinne der Partei verwertet wird, welche eine Umwandlung des Zollparlaments zum deutschen Nationalparlament und damit die sofortige Unifikation Deutschlands anstrebt, so darf dem entgegen wohl auf die in den Stenographischen Berichten der Kammer der Abgeordneten enthaltenen Worte des Fürsten verwiesen werden".

Hatte, wie wir weiter oben gesehen haben, die nationalliberale Bewegung ihren Ausgangspunkt genommen vom Handel, der Industrie und dem Gewerbe, deren Interessen in erster Linie von Zollfragen berührt wurden, so wandte die Pfälzer Zeitung frühzeitig den von den Nationalliberalen vernachlässigten landwirtschaftlichen Interessen ihr Hauptaugenmerk zu. In Betracht kam namentlich die Tabakfrage. Die Besteuerung des Tabaks mußte die östliche und südöstliche Pfalz, Teile der Wahlkreise Speyer und Germersheim treffen; denn hier bildete der Tabakbau einen starken Erwerbszweig der Bevölkerung. Die Erzeugung des Tabaks war bisher im Süden keiner Besteuerung unterworfen gewesen, jetzt aber mußte diese kommen. Im Zollparlament sollte sie für ganz Deutschland gleichmäßig geregelt werden, und da der Norddeutsche Bund den Tabak einer Besteuerung unterzog, so mußte man im Süden und namentlich in der Pfalz, die hier den größten Teil an Tabak baute, auf neue Lasten sich gefaßt machen. Prinzipiell war die Tabaksteuer schon in bejahendem Sinne entschieden durch die norddeutsche Bundesverfassung und die Zollverträge; die Höhe und Art der Steuer aber bot der Diskussion noch Raum. Die nationalliberale Parteileitung als solche widmete der hochwichtigen Frage kein Interesse. Das zeigt uns eine längere Zuschrift an den Pfälzischen Kurier, die auch den damaligen Stand der ganzen Frage klar wiedergab.[1]) Der Schreiber vermißte eine bisherige Besprechung im Pfälzischen Kurier, obwohl doch gerade dieser Gegenstand „für einen großen Teil der Pfalz geradezu eine Existenzfrage bilde". Drum müsse man auch mit Rücksicht darauf, daß man in Berlin mit dem Besteuern recht flink sei, Abgeordnete dort haben, die mit den Verhältnissen der Tabakproduktion und der Tabakindustrie vollkommen vertraut seien.

[1]) Pfälz. Kurier Nr. 6, 8. Januar: Die Zollparlamentswahlen und die materiellen Interessen der Pfalz.

Unter den bislang aufgestellten nationalliberalen Abgeordneten werde aber ein solcher Mann vermißt. Die Pfälzer Tabakindustrie habe seither unter der Übergangssteuer des Norddeutschen Bundes, die 1 fl. 10 kr. pro Zentner betrug, gelitten. Sei auch jetzt eine gleichmäßige Besteuerung kaum abzuwenden, so müsse man doch auf Wegfall der Übergangssteuern drängen. Es seien darum Männer zu wählen, die das Geschäft mit Pfälzer Tabaken genau kännten und wüßten, wie die Verhältnisse dieses Artikels gegenüber den ausländischen Tabaken lägen, wie diese den pfälzischen gegenüber besteuert werden müßten und unter welchen Bedingungen überhaupt der Pfälzer Tabak mit den ausländischen im Auslande selbst konkurrieren könne. Dieser Appell verhallte ergebnislos im liberalen Lager, der Pfälzische Kurier fertigte ihn mit dem lakonischen Hinweise darauf ab, daß die Besteuerung gesetzlich bereits festgelegt sei. Jäger dagegen nahm sich der Tabakfrage sehr intensiv an und wies in mehreren Nummern seines Blattes auf ihre Bedeutung hin. Ohne Einfluß auf den Ausfall der Wahl ist diese Tätigkeit nicht geblieben, wie uns später namentlich die Wahlbewegung im Kreise Speyer zeigen wird.

Es war inzwischen für die Konservativen höchste Zeit geworden, die Gestaltung der Wahlen positiv in Angriff zu nehmen; denn während die Nationalliberalen bereits alle Vorkehrungen getroffen hatten, war von konservativer Seite noch keine einzige Versammlung abgehalten, noch kein einziger Kandidat nominiert worden. Erst allmählich lösten die unermüdlichen Ermahnungen Jägers, seine immerwährenden Hinweise auf die ausgezeichnete Wahlarbeit der Nationalliberalen eine Gegenbewegung in den konservativ gesinnten Kreisen aus. Am 17. Januar konnte die Pfälzer Zeitung hervorheben, aus allen Teilen der Pfalz kämen ihr Klagen darüber zu, „daß die Konservativen" — um der Kürze wegen diese Bezeichnung zu gebrauchen — „sich für die Wahlen nicht rühren und keine eigenen Kandidaten aufstellen, sondern der preußischen Partei das Feld überlassen". Sie knüpfte daran die beruhigende Bemerkung, daß einige tüchtige Männer in Aussicht genommen waren, aber teils abgelehnt, teils sich noch nicht ausgesprochen hätten. Hoffnungsfreudig fügt sie hinzu, es seien noch drei Wochen bis zur Wahl, und das letzte Wort über die Kandidaten sei noch nicht gesprochen. Für zwei Wahlkreise sahen die Konservativen von vornherein grundsätzlich aus großdeutschen Rücksichten von Kandidaturen ab; Kolb und Benzino sollten keine Gegenkandidaten entgegengestellt werden. Jäger führte aus,[1]) es bestehe für die konservative Partei kein

[1]) Pfälzer Zeitung Nr. 35, 11. Februar.

Grund, Kolbs Wahl entgegenzutreten; „derselbe steht zwar auf einem anderen Parteistandpunkte als wir, ist aber ein Gegner der sogen. Fortschrittspartei, und somit treffen in diesem Punkte unsere Bestrebungen zusammen. Zudem ist er einer von den wenigen freisinnigen Männern, welche sich und ihren Grundsätzen treu geblieben sind und inmitten einer großen Fahnenflucht Charakter bewiesen haben". Benzino war für Jäger[1]) „ein höchst achtbarer Charakter, der die nötige Intelligenz besitzt, einen Wahlkreis in Berlin mit Ehren zu vertreten". Er zählte ihn auch nicht zu der „schroffen Verpreußungspartei", sondern wies darauf hin, daß er im Gegensatz zu dieser mehr zum Föderalismus hinneige. Dort aber, wo die Konservativen eigene Kandidaten aufstellen wollten, stießen sie auf die größten Schwierigkeiten. Viele, an die die Frage erging, ob sie gewillt seien, eine Kandidatur zu übernehmen, lehnten ab. Bezeichnend für diese Notlage der Konservativen sind die Worte der Pfälzer Zeitung vom 5. Februar, 5 Tage vor der Wahl: „Es ist eine traurige Erscheinung, daß die tüchtigsten Männer auf unserer Seite nicht so viel Hingebung zeigen, um ein Mandat nach Berlin anzunehmen, während die sogen. Fortschrittspartei an Kandidaten Überfluß hat".

Schon die erste konservative Kandidatenaufstellung, die noch Ende Januar erfolgte, endete mit einer Enttäuschung, denn der als Kandidat für Germersheim-Bergzabern in Aussicht genommene Rechtsanwalt Kuhn in Landau lehnte sofort ab.[2]) Kuhn wurde, nebenbei bemerkt, als ein feingebildeter, redegewandter und in politischen und handelspolitischen Fragen ausgezeichnet orientierter Mann gepriesen.

Erst kurz vor der Wahl gelang es, für die einzelnen Wahlkreise entsprechende Vertreter zu finden. In Landau-Neustadt bestand anfänglich kaum die ernste Absicht, Jordan die Kandidatur streitig zu machen; denn die nationalliberale Partei hatte gerade hier ihre festesten Wurzeln, und außerdem konnten auch die Konservativen gegen Jordan persönlich nichts vorbringen. Aus eben diesen Gründen hielt es auch sehr schwer, einen Gegenkandidaten zu finden, und die Pfälzer Zeitung machte zeitweise den Vorschlag, sich in dem Wahlkreis überhaupt nicht an der Wahl zu beteiligen. Am 5. Februar aber verlautete, man wolle Umbscheiden aus Lambrecht aufstellen. Endlich fand sich im letzten Augenblicke der Gegenkandidat in der Person des Anwalts Hubert Horn in Frankental. Dem Beispiele der

[1]) Pfälzer Zeitung Nr. 29, 4. Februar, u. Nr. 35, 11. Februar.
[2]) vgl. Pfälzer Zeitung Nr. 19, 23. Januar.

Nationalliberalen folgend wurde beschlossen, Wahlzettel mit seinem Namen drucken und in den einzelnen Gemeinden verteilen zu lassen.

Die Kandidatur des obengenannten Rechtsanwalts Horn wurde schon am 4. Februar von Frankental aus für den Wahlkreis Speyer-Frankental angeregt. Aber man hatte sich in Speyer bereits für einen anderen entschieden. Am 5. Februar erschien in der Pfälzer Zeitung ein vom 4. Februar datierter und von einer großen Anzahl angesehener Speyerer Bürger unterzeichneter Aufruf,[1]) der die Wahl des Kgl. Bezirksamtsmanns Römmich in Speyer in Vorschlag brachte. Am gleichen Tage schon kamen die Ortsvorstände und Honoratioren der umliegenden Dörfer[2]) in der Kreishauptstadt zusammen und stellten Römmich einstimmig als Kandidaten auf. Aus anderen Ortschaften waren bereits zustimmende Kundgebungen eingelaufen, und rasch fand die so plötzlich aufgetauchte Kandidatur Anklang.

In Germersheim-Bergzabern regten sich die Konservativen relativ sehr früh. Nach Kuhns Ablehnung wünschte eine Korrespondenz aus Bergzabern in der Augsburger Postzeitung[3]) vom 25. Januar die Kandidatur von Dr. Johann Lukas Jäger in Speyer und versicherte, daß ein großer Teil der Wähler des Bezirks rege zusammenstehen werde, um ihn zu wählen. Jäger selbst aber gab ganz kurz darauf in seiner Zeitung die Erklärung ab,[4]) an ihn sei nicht zu denken, da für diesen Wahlbezirk andere Männer in Frage kämen und bereits in Aussicht genommen seien. Der Kandidat fand sich auch endlich am 5. Februar in der Person des Eisenbahndirektors Jäger in Ludwigshafen.

Noch früher als in dem eben genannten Wahlkreise traten die Konservativen in Zweibrücken-Pirmasens auf den Plan. Sofort nach der provisorischen Aufstellung des nationalliberalen Kandidaten Schwinn traten sie mit ihrem Widerspruche hiergegen hervor. Ihren Ausgangs- und Mittelpunkt bildete das Bliestal. Schon am 17. Januar brachte die Pfälzer Zeitung eine Zuschrift „Von der Blies", die sich ablehnend gegen Schwinn verhielt und eine Gegenkandidatur in Anregung brachte. Aus-

[1]) Der Aufruf war unterzeichnet von folgenden Bürgern: G. F. Haid, Karl Lichtenberger, Chr. Sick, Dr. Nockher, Hoseus, Mühlhäuser, Dr. Mühlhäuser, Hilger, Nickel, Dr. Weltz, Heinr. Weltz, J. C. Eberhard, M. Siebert, C. P. Sues, J. Fischer, Dr. Keller, Lehmann, F. Schüpple, J. Kraft, W. Strasser.

[2]) Pfälzer Zeitung Nr. 31, 6. Februar. Vertreten waren die Ortschaften: Berghausen, Dannstadt, Dudenhofen, Hanhofen, Harthausen, Heiligenstein, Iggelheim, Mechtersheim, Otterstadt, Schifferstadt und Waldsee.

[3]) Zitiert nach dem Pfälz. Kurier Nr. 26, 31. Januar.

[4]) Pfälzer Zeitung Nr. 26, 31. Januar.

gehend von der Tatsache, daß in den Zollparlamentswahlen ja doch die politische Seite die Hauptsache sei und in erster Linie nach dem politischen Glaubensbekenntnisse der Kandidaten gefragt werde, wandten sich diese Ausführungen an den aufgestellten Kandidaten mit der Frage, welches seine Stellung im Zollparlament sein werde, gaben auch sofort die Antwort, indem sie von Schwinn als Preußen von „Geburt, Gesinnung und Tat" voraussetzten, er werde nichts Eiligeres zu tun haben, als Süddeutschland in das preußische Lager überzuführen. Weiter wurde hervorgehoben, man habe die „preußische Herrlichkeit" bereits übersatt, und darum täten viele bei der Wahl Schwinns nicht mit; denn, so schließt der Artikel: „Das zollparlamentliche Kuckucksei, das Graf Bismarck in das bayerische Nest gelegt, wollen wir nicht ausbrüten helfen". Aber erst in elfter Stunde schritt man zur Aufstellung eines Kandidaten, es war Dr. Lukas Jäger selbst.[1]) Die Anregung zu der Kandidatur erging aus dem Bliestale, und von hier nahm auch die Propaganda für sie ihren Ausgangspunkt.[2]) Es wurde hervorgehoben, daß schon 1863 bei der Wahl zum bayerischen Landtage die Fortschrittspartei große Versprechungen gemacht und nicht gehalten habe. Es wurde ihr ferner vorgeworfen, sie treibe politischen Mummenschanz, indem ein antipreußischer Demokrat (Gulden) für den Preußen Schwinn rede, und indem die nationalliberale Partei ein Programm aufgestellt habe, das für Kolb und Jordan passe.

IV. Wilde Kandidaturen.

Neben den Kandidaturen der vereinigten Liberalen auf der einen und der Konservativen auf der anderen Seite tauchten noch sogen. wilde Kandidaturen auf, die in der Hauptsache lokalen Sonderwünschen entsprangen.

In zwei Aufrufen sah sich das Zentralkomitee in Kaiserslautern veranlaßt, gegen diese „Neben- oder Gegenkandidaturen" seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um der übernommenen Mission gerecht zu werden. Der erste Aufruf erschien am 24. Januar[3]) in der Pfälzischen Volkszeitung und forderte die Wählerschaft auf, wie ein Mann zur Wahlurne zu schreiten. Den Kandidaten wurde nahegelegt, dem Beispiele Kolbs zu folgen und ihre Zustimmung zu dem Kaiserslauterer Programm zu erklären. Die Wahl wurde als zu wichtig hingestellt, um daraus eine Ehren-

[1]) Zweibrücker Wochenblatt, 7. Februar.

[2]) Pfälzer Zeitung Nr. 32, 7. Februar.

[3]) Nr. 21.

frage zwischen einzelnen Männern zu machen. Nochmals wurde energisch darauf hingewiesen, daß das allgemeine Stimmrecht Einmütigkeit aller Gleichgesinnten erfordere. Den zweiten Aufruf erließ das Zentralkomitee kurz vor der Wahl am 8. Februar.[1]) Es hob hervor, daß durch die genannten Neben- und Gegenkandidaturen den Gegnern der Sieg in die Hände gespielt werden könne; die abweichenden Ansichten hätten bei der Delegiertenversammlung vorgebracht werden müssen.

Darnach könnte es den Anschein gewinnen, als seien die wilden Kandidaturen nur aus nationalliberal-demokratischen Kreisen hervorgegangen. Ganz deutlich trugen aber einige den Stempel konservativer Hinneigung auf der Stirn, was namentlich darin seine Erklärung finden mag, daß die konservative Partei als solche für die Wahlbezirke Kaiserslautern und St. Ingbert aus den früher angedeuteten Gründen keine Kandidaturen aufstellen wollte. Und gerade in diesen beiden Wahlkreisen tauchten diese Kandidaturen auf, mit Ausnahme derjenigen von Beer in Zweibrücken-Pirmasens. Die erste Nebenkandidatur war diejenige des Landwirtes Janson in Harxheim. Auf dem landwirtschaftlichen Kränzchen in Göllheim wurde gewünscht, auch die Landwirtschaft möge vertreten sein. Janson, damals Landtagsabgeordneter, wurde vorgeschlagen und 3 Mitglieder gewählt, die sich mit dem Komitee in Kaiserslautern ins Benehmen setzen sollten. Die Kandidatur war aus bäuerlichen Interessen hervorgegangen und kam über die Namennennung nicht hinaus. Janson erklärte nämlich am 1. Februar,[2]) er lehne die ihm zugedachte Aufstellung als Kandidat ab. Die Anregung zu einer anderen Gegenkandidatur im Kaiserslauterer Bezirk ging vom Alsenztale aus und trug stark konservativen Einschlag, was sich schon aus dem benützten Organe, der Pfälzer Zeitung, erkennen läßt. Motiviert wurde sie in etwas eigenartiger Weise[3]): Das Land sei durch den „Fortschritt“ in eine schlimme Lage gebracht. Kolb sei der richtige Mann, aber seine Aufstellung, die auch durch die Nationalliberalen erfolgt sei, sei eine Finte; man wolle Kolb von München entfernen, während es doch sehr wünschenswert sei, daß er an diesem Orte seiner Tätigkeit verbleibe. Vorgeschlagen wurde dann Carl Freiherr v. Gienanth auf dem Hochsteiner Eisenhüttenwerke. Namentlich wurde seine soziale Stellung hervorgehoben, dann seine genaue Bekanntschaft mit Zoll- und Handelsangelegenheiten, die er als Besitzer

[1]) Kaiserslauterer Bote Nr. 22.
[2]) Pfälz. Volkszeitung Nr. 28, 1. Februar; Pfälz. Kurier Nr. 14, 17. Januar.
[3]) Pfälzer Zeitung Nr. 26, 31. Januar.

mehrerer Eisenhüttenwerke und Etablissements besitzen müsse, sowie sein höchst ehrenhafter Charakter, der ihn bei den Bewohnern des Alsenztales als würdigen und geeigneten Vertreter erscheinen lasse. In dieser Kandidatur lag also angeblich keine Spitze gegen Kolb, sondern nur Widerspruch gegen die Nationalliberalen und ein gut Stück lokaler Sonderwünsche. Die dritte wilde Kandidatur entstand im Wahlkreise Homburg-Kusel und sollte den Anwalt Golsen aus Zweibrücken ins Zollparlament bringen. Diese „Wahlumtriebe“ gingen aus von Personen, die mit Golsen in geschäftlicher Beziehung standen. Dem Landvolke wurde in einem anonymen Aufruf vorgehalten,[1]) Golsens Wahl gebe die größtmögliche Sicherheit gegen den Malzaufschlag und die Branntweinsteuer; letztere war für einen ansehnlichen Teil des Wahlkreises, wo Branntweingewinnung aus Zwetschen betrieben wird,[2]) nicht ohne Bedeutung. Es wurde ferner geltend gemacht, unter den aufgestellten Kandidaten, die fast alle Kapitalisten, Fabrikanten, Kaufleute und dergleichen seien, fehle ein Jurist. Golsen sei außerdem Grundbesitzer, und der an den Zollparlamentswahlen so sehr interessierte Grundbesitz der Pfalz werde durch ihn würdig vertreten werden, besonders da er auch ein tüchtiger Redner sei. Das Zentralkomitee trat dieser Kandidatur sofort kräftig entgegen und forderte seine Gesinnungsgenossen zu einmütigem Eintreten für Benzino auf.[3]) Die Anhänger Golsens stammten aus dem Glantale, wo sie in den ersten Tagen des Februar zu einer gemeinsamen Besprechung sich zusammenfanden.[4]) Eine wilde Kandidatur in Zweibrücken-Pirmasens kam völlig unerwartet und trat erst bei der Abstimmung zutage. Bezirksamtmann Beer, der hier eine ziemliche Anzahl von Stimmen auf sich vereinte, war vorher nirgends genannt worden.

V. Wahlkampf und Wahlergebnis.

1. Kaiserslautern-Kirchheimbolanden.

Kaiserslautern, der größten Stadt der Pfalz, war am 17. Januar die Ehre zuteil geworden, die Generalversammlung der vereinigten fortschrittlich-demokratischen Parteien in ihren Mauern zu bergen

[1]) Pfälz. Volkszeitung Nr. 27, 31. Januar.
[2]) Namentlich auf der Sickinger Höhe.
[3]) Pfälz. Volkszeitung Nr. 27, 31. Januar.
[4]) Der Wahlaufruf und die Einladung zu dieser Besprechung waren unterzeichnet von Bürgern aus: Quirebach, Glanmünchweiler, Bettenhausen, Schönenberg, Ohmbach, Bruchmühlbach, Sand, Gries, Altenkirchen und einigen andern Orten.

und dem dortigen Komitee in dem Wahlkampfe als Zentralorgan die Geschäfte zu führen.

Da die große Mehrheit des Bezirkes einmütig für den altbewährten Kandidaten Kolb einstand, herrschte nach dem 17. Januar auf einige Tage Ruhe, soweit die eigentliche Wahltätigkeit in Frage kommt. Erst am 22. Januar begann die Bewegung wieder, und zwar diesmal in Kirchheimbolanden. Hier hatte man es bisher an einer Erklärung für Kolb fehlen lassen. Das wurde nun in einer von dem dortigen Gewerbeverein einberufenen Versammlung nachgeholt und Kolb aufgestellt, besonders auch auf die Mitteilung hin, daß [1]) „Kolb den im Nordbunde bestehenden Tatsachen unter Wahrung der Rechte und der Wohlfahrt des Volkes Rechnung tragen werde". Dem Beispiele anderer Orte folgend wurde ein Komitee von 12 Personen gewählt.

Am 30. Januar brachte der Pfälzische Kurier die Resolution einer Versammlung von Urwählern aus den Kantonen Göllheim und Kirchheim, die dahin ging, man werde nur im Interesse der Parteidisziplin Kolb die Stimme zuwenden, und zwar „nur unter der Bedingung, daß er seinen Beitritt zum Programm der nationalliberalen Partei ausspreche". Mit Recht konnten hier die beiden Kaiserslauterer Blätter, Pfälzische Volkszeitung und Kaiserslauterer Bote,[2]) darauf hinweisen, daß das Kaiserslauterer Programm „dasjenige der vereinigten nationalliberalen und national-demokratischen Partei" sei und Kolb sich darauf verpflichtet habe, daß ferner abweichende Meinungen bei der Delegiertenversammlung hätten vorgebracht werden müssen. Die Mißhelligkeiten im Wahlkreis waren mit dieser Resolution erledigt.

Am 2. Februar kam Kolb selbst in Kaiserslautern an und besuchte die aus Anlaß seines Besuches anberaumte Versammlung im Stadthause.

Ein letzter Aufruf an die Wähler des Wahlkreises erging am 4. Februar.[3]) Nach einem historischen Rückblick auf Nickolsburg und seine Ergebnisse hob dieser Appell hervor, daß das Zollparlament nur ein Schatten sei von dem, was es sein könnte. Die Kandidaten wurden nicht nur als Vertreter für materielle und wirtschaftliche Fragen hingestellt, sondern auch als Repräsentanten und berufene Kämpfer für die Wünsche des Volkes und seine „unveräußerlichen Rechte auf ein vollkommenes, geeinigtes

[1]) Pfälz. Volkszeitung Nr. 19.
[2]) Pfälz. Volkszeitung Nr. 29 und Kaiserslauterer Bote Nr. 20.
[3]) Kaiserslauterer Bote Nr. 20, 4. Februar.

freies Vaterland". Als geeigneter Mann wurde Kolb bezeichnet und betont, daß er gegen übermäßige Tabaksteuern und für die Herabsetzung der Salzsteuer stimmen und wirken werde, daß er den Militarismus bekämpfen und gleichmäßige Verteilung der notwendigen indirekten Steuern verlangen werde. Am 8. Februar folgte der schon erwähnte Aufruf an die Urwähler der Pfalz. Anschließend an ihn forderte das Komitee in seiner Eigenschaft als Lokalkomitee die Bürger von Kaiserslautern auf, für Kolb einzutreten, und die Arbeitgeber, ihren Arbeitern am Wahltage die nötige freie Zeit zum Wählen zu geben.

Mit erdrückender Mehrheit wurde Kolb am festgesetzten Wahltage gewählt; von 7760 abgegebenen Stimmen fielen 7212 auf ihn, in Kaiserslautern selbst hatten alle Wähler, 1055 an der Zahl, für ihn gestimmt. Freiherr v. Gienanth bekam 442 Stimmen im Alsenztale, einige andere fielen auf Janson und Golsen. Die Wahlbeteiligung selbst war ziemlich gering, die schwächste von allen pfälzischen Wahlkreisen.

2. Kusel-Homburg.

Einen ähnlichen Charakter wie die Kaiserslauterer Wahl trug diejenige von Kusel. Für diesen Wahlkreis war auf der Generalversammlung vom 17. Januar Landtagsabgeordneter Benzino aus Kusel als Kandidat aufgestellt worden. Kurz nach der erwähnten Versammlung der Anhänger Golsens trafen sich die Fortschrittler am 6. Februar in Landstuhl in zahlreich besuchter Versammlung.[1]) Mit Ausnahme von 4, die von Glan kamen, waren sämtliche Anwesenden für Benzino und beschlossen einen Wahlaufruf zur Verbreitung unter dem Landvolke. Der Aufruf wurde in der Versammlung selbst entworfen. Damit erschöpfte sich die Wahlagitation. Die Wahlbeteiligung selbst war auch hier gering; sie betrug im Bezirk Homburg 68 %, im Bezirk Kusel nur 48 % der Wahlberechtigten. Von 8993 abgegebenen gültigen Stimmen erhielt Benzino 5256 und war somit gewählt. Sein Gegenkandidat brachte es immerhin auf 3732 Stimmen.

3. Landau-Neustadt.

Hatte in den beiden nordpfälzischen Wahlkreisen die Wahl einen ruhigen Verlauf genommen, so war in dem Bezirke Landau-Neustadt bei dem wesentlich lebhafter gearteten Charakter der Bevölkerung, den besseren Verkehrsmitteln und der größeren

[1]) Pfälz. Kurier Nr. 34, 9. Februar.

gegenseitigen Nähe der einzelnen Ortschaften von vorneherein lebhafteres Interesse an der Wahl und Lebendigkeit bei derselben zu erwarten. Da der größere Teil des Bezirkes von dem Weinbaugebiete eingenommen wird und hier schon früher immer seit den 48er Jahren die Parole ertönte: „Mit Preußen müssen wir gehen, denn das bezieht den meisten Wein aus der Pfalz", so war der Ausfall der Wahl klar vorauszusehen. Er mußte im Sinne und in der Tendenz des Anschlusses an den Norddeutschen Bund sich gestalten, weil man dabei nur zu gewinnen hoffte. Bei der Generalversammlung in Kaiserslautern war der Wahlkreis entschieden am stärksten vertreten gewesen, und es waren die Fortschrittlichsten der Fortschrittler, die Delegierten aus Neustadt, die dort den Antrag auf Annahme des Programms der bayerischen Fortschrittspartei und damit auf Eintritt in den Norddeutschen Bund stellten und verfochten. Als Kandidat wurde schon vorher und dann in Kaiserslautern definitiv Jordan aufgestellt. Den Anweisungen und Bestimmungen der Delegiertenversammlung folgend beriefen die Komitees alsbald Urwählerversammlungen. Am 26. Januar tagten deren zwei für die Kantone Edenkoben und Landau in beiden Kantonshauptorten.[1]) Die Landauer Versammlung war präsidiert von S. Levy, den zur Jahreswende das Frankfurter Journal als Kandidat genannt hatte. Nach dem Berichte des Delegierten bei der Generalversammlung, L. Meyer, wurde das Kaiserslauterer Programm und die Kandidatur Jordan einstimmig angenommen, ein Komitee gegründet und die Verteilung gedruckter Wahlzettel beschlossen. Die Urwählerversammlung in Edenkoben, „bei welcher die intelligenten und wohlhabenden Elemente der Bevölkerung aus fast allen Gemeinden in erfreulichster Weise vertreten waren", sprach sich ebenfalls einmütig für Jordan aus, bestellte für jede Gemeinde einen Vertrauensmann und richtete in Edenkoben ein definitives Komitee ein. Am 2. Februar hielt die Fortschrittspartei ihre letzte Heerschau in Neustadt ab.[2]) Die hier einberufene Urwählerversammlung folgte dem Beispiele der anderen Kantone und erklärte sich mit den Kaiserslauterer Abmachungen einverstanden. Damit hatten sich alle vier Kantone für Jordan ausgesprochen.

Den konservativen Kandidaten Horn suchte die liberale Presse persönlich herunterzusetzen, was um so mehr auffallen muß, als von konservativer Seite kein einziges Wort schriftlich

[1]) Pfälz. Kurier Nr. 24, 29. Januar.
[2]) Pfälz. Kurier Nr. 29, 4. Februar.

gegen Jordan fiel. Ein „Eingesandt" der Neustädter Zeitung[1]) wandte sich gegen Horn, bezeichnete seine Wahl, wenn sie erfolgen würde, als „die politische Vernichtung von Neustadt und der ganzen Vorderpfalz". Der Artikel versuchte auch, die Diskussion auf das kirchliche Gebiet hinüberzuspielen, indem er hervorhob, wer Jordan nicht wähle, der arbeite den Ultramontanen in die Hände. Gegen diesen Versuch wandte sich aber ein Protestant in der Pfälzer Zeitung[2]) und stellte die Frage, ob es sich denn in Berlin um römisch-katholische oder überhaupt um kirchliche Fragen handle.

Wie nicht anders zu erwarten war, ging Jordan aus der Wahl mit überwiegender Majorität, nämlich 9701 Stimmen, als Kandidat hervor, Horn vereinigte nur gegen 1500 Stimmen auf sich. Die Konservativen vergaßen darauf allerdings nicht hervorzuheben,[3]) daß ein großer Teil der Bevölkerung sich der Wahl enthalten habe.

4. Speyer-Frankental.

Schon vor der definitiven Kandidatenaufstellung hatte die nationalliberale Partei auch im Wahlkreise Speyer-Frankental ihren Kandidaten bestimmt. Der schon genannte Kaufmann Röchling aus Ludwigshafen fand aber von vornherein Opposition und Bekämpfung durch die Konservativen. Die Pfälzer Zeitung[4]) nannte ihn einen Preußen von Geburt und Gesinnung und führte ins Feld, die Kreishauptstadt solle sich nicht mundtot erklären lassen, auch hob sie hervor, in den Wahlen habe die Landbevölkerung den Ausschlag zu geben, und an ihr liege es, ob sie sich einen Kandidaten aufoktroyieren lassen wolle. Schon früher wurde erwähnt, welche Bedeutung die Tabakfrage gerade für diesen Wahlkreis hatte, und daß die Nationalliberalen ihr nicht das nötige Interesse entgegenbrachten. Zudem versprach deren Anschlußtendenz den Tabakbauern kaum ein energisches Eintreten gegen eine hohe Besteuerung. Den Angriffen der Pfälzer Zeitung trat der Pfälzische Kurier[5]) entgegen und machte geltend, daß in dem Kreiskomitee von 6 Leuten 3 Speyerer säßen, und daß der in Speyer selbst in Aussicht genommene Kandidat L. Heydenreich freiwillig zugunsten des von v. Soyer

[1]) Die Neustädter Zeitung ist eingegangen, der Jahrgang 1868 war nicht aufzutreiben; zitiert nach der Pfälzer Zeitung Nr. 35, 11. Februar.
[2]) Nr. 35, 11. Februar.
[3]) Pfälzer Zeitung Nr. 39, 15. Februar.
[4]) Nr. 10, 13. Januar.
[5]) Nr. 13, 16. Januar.

warm empfohlenen Röchling zurückgetreten sei. Die Pfälzer Zeitung[1] ihrerseits hob demgegenüber hervor, niemand kenne Röchling und wisse, ob er die nötigen Eigenschaften besitze, um den Wahlkreis in Berlin entsprechend zu vertreten. Man wisse von ihm weiter nichts, als daß er Preuße und preußisch gesinnt sei; man könne aber doch den Pfälzern nicht zumuten, einen Preußen zu wählen, nachdem die preußischen Abgeordneten sowieso im Zollparlament die ungeheuere Mehrheit bildeten.

Die Wahl Röchlings war von vornherein sehr zweifelhaft. Das schienen auch die Nationalliberalen sehr gut selber zu fühlen; denn schon am 17. Januar hob der Kurier eigens hervor, daß das, was die Ultramontanen allein vielleicht nicht fertig brächten, leicht einer ultramontan-pietistisch-bureaukratischen Koalition gelingen könne. Bei dieser ungewissen Stimmung ist es mehr als begreiflich, daß nach der Kaiserslauterer Versammlung die nationalliberale Agitation sofort wieder einsetzte. Aber auch der Führer der konservativen Bewegung Dr. Jäger blieb nicht müßig. Wo sich nur Gelegenheit bot, suchte er auf die Landbevölkerung einzuwirken, indem er der Tabakfrage in seinem Blatte einen entsprechenden Platz einräumte.

Am 29. Januar trafen sich die Nationalliberalen ein zweites Mal in Grünstadt,[2] wo sie sich schon am 16. Januar ein Stelldichein gegeben hatten. Vor einer gutbesuchten Urwählerversammlung, die in der Jakobslust stattfand, entwickelte Röchling selbst sein Programm und gab seine volle Zustimmung zu den Kaiserslauterer Abmachungen zu erkennen. Die Versammlung stellte ihn dann auch einstimmig auf und beschloß, nach dem Beispiele anderer Wahlkreise gedruckte Wahlzettel zur Verteilung kommen zu lassen. Mit bedeutend weniger Erfolg sprach Röchling am 2. Februar in Speyer. Die zu dem Behufe einberufene Versammlung war nur schwach besucht; am Schlusse zählte sie nur noch 24 Teilnehmer. Röchling versprach gegen alle indirekten Steuern zu stimmen.

Dazu bemerkte die Pfälzer Zeitung spöttisch[3]: „Es wäre schade, wenn der Herr Kandidat seine ohnehin noch zu erprobenden Kräfte an einer so völlig unlösbaren Aufgabe versuchen wollte".

Ein „Eingesandt"[4]: „Weißblau oder schwarzweiß" behauptete sogar, Röchling habe in der Versammlung gezeigt, daß

[1] Nr. 23, 26. Januar.
[2] Pfälz. Kurier Nr. 26, 31. Januar.
[3] Nr. 29, 4. Februar.
[4] Pfälzer Zeitung Nr. 29, 4. Februar.

er „weder genaue Kenntnis der einschlägigen Materie noch die erforderliche Redegewandtheit besitze, um der einem Mitgliede des Zollparlaments gestellten Aufgabe gewachsen zu sein". Wie dem auch sei, Röchling hatte auf keinen Fall in Speyer gut abgeschnitten, das geht vor allem auch aus dem Umstande hervor, daß der Pfälz. Kurier die Speyerer Versammlung gar nicht erwähnte.

Am gleichen Tage fand eine nationalliberale Urwählerversammlung in Frankental statt unter dem Vorsitze des dortigen Adjunkten Wille.[1] Die Kandidatur Röchling wurde angenommen und ebenfalls die Verteilung gedruckter Wahlzettel beschlossen.

Die plötzlich auftauchende Kandidatur Römmich zu bekämpfen, dazu blieb der nationalliberalen Presse nur sehr wenig Zeit. Das einzige, was sie tun konnte und tat, ist, daß sie ausstreute, er habe abgelehnt, und daß sie darlegte, Römmich verstehe von der Tabakfrage nicht mehr als Röchling und überdies sei er „antinational". Die Wahl nahm einen ruhigen Verlauf; die Wahlbeteiligung war ziemlich gering. Römmich wurde mit einer Mehrheit von 650 Stimmen gewählt; der Kanton Speyer trat nahezu geschlossen für ihn ein, und auch in den anderen Kantonen fiel beinahe die Hälfte der Stimmen auf ihn. Für Röchling stimmten hauptsächlich die Städte Ludwigshafen und Frankental sowie die Gegend um Grünstadt.

5. Germersheim-Bergzabern.

Unterlagen in Speyer die Nationalliberalen, so wurde ihnen im Wahlbezirke Germersheim der Sieg zum mindesten recht erschwert. Vor der Kaiserslauterer Generalversammlung war in diesem Wahlkreise von einer eigentlichen Wahlbewegung nichts zu merken, nicht einmal die Nationalliberalen hatten positive Schritte getan. Der erste einleitende Schritt geschah durch eine am 16. Januar im Pfälz. Kurier erschienene Annonce, die für den 20. Januar zu einer Besprechung im Schulhause zu Kandel einlud. Als Unterschriften dieser Einladung waren zu lesen: Die Handelsräte von Annweiler und Bergzabern, das Bürgermeisteramt Germersheim und der Bürgermeister von Kandel. Die letzten beiden Unterschriften gaben der Pfälzer Zeitung Anlaß zur Kritik.[2] Mit der Aufstellung des Eisenbahndirektors Jäger durch die Konservativen begann in dem Wahl-

[1] Ludwigshafener Anzeiger Nr. 16, 6. Februar und Pfälz. Kurier Nr. 31, 6. Februar.
[2] Pfälzer Zeitung Nr. 19, 23. Januar.

kreise eine scharfe Agitation. Mit Jägers Kandidatur wurden nach der Behauptung des Pfälz. Kuriers [1]) Eisenbahninteressen der einzelnen Kantone verknüpft, so besonders das Zustandekommen der projektierten Eisenbahnlinie Wörth-Germersheim.

Am 6. Februar behauptete der Pfälz. Kurier, Dr. Jäger habe in den ersten Tagen des Februar den Wahlkreis bereist, um für die Konservativen Propaganda zu machen. Er warf ihm außerdem vor, als er im Jahre 1855 im gleichen Wahlkreise durchgefallen sei, seien vielen Leuten gleichsam die Geschäfte geschlossen worden, und ein schwacher Bürgermeister habe Leuten, die nicht für Jäger gestimmt hätten, die Arbeit entzogen. Gegen beide Behauptungen verwahrte sich Dr. Jäger ganz entschieden und bezeichnete sie als erlogen.[2])

Am 8. Februar brachte der Kaiserslauterer Bote die Meldung aus den Kantonen Bergzabern und Annweiler, die dortige Landbevölkerung sei mit der Aufstellung des Herrn v. Soyer nicht zufrieden und die Mehrzahl der Stimmen dürfte auf Eisenbahndirektor Jäger fallen. Der Pfälz. Kurier berichtete am gleichen Tage, Kanzel und amtliche Autorität stünden zusammen, um die Bevölkerung energisch „für Jäger zu bearbeiten". Das religiöse Moment spielte in diesen beiden Tagen vor der Wahl eine Rolle und beeinflußte den Wahlkampf in nicht unbedeutendem Maße, selbst für den Fall, daß die diesbezüglichen Äußerungen des Pfälz. Kuriers [3]) und des Landauer Anzeigers übertrieben sein mögen. Typisch ist auf alle Fälle die Bemerkung des Pfälz. Kuriers am 9. Februar: „Hie Katholik, hie Protestant ist ganz schreckhaft zur Parole des Tages geworden".

Für Eisenbahndirektor Jäger waren zwei Aufrufe in Zirkulation, und als Beilage zum Bergzaberner Wochenblatt [4]) erschien ein Flugblatt, das v. Soyer bekämpfte. Eine von den Nationalliberalen in Annweiler einberufene Versammlung [5]) erlebte die Obstruktion der Konservativen, indem in der Versammlung der katholische Pfarrer Würrer aus Ramberg für Jäger sprach.

Das Zünglein stand in der Wage; ungewiß, welche Schale sich herunterbeugen werde; — da traf die Konservativen ein harter Schlag. Eisenbahndirektor Jäger lehnte im letzten

[1]) Nr. 30, 5. Februar.
[2]) Pfälzer Zeitung Nr. 31, 6. Februar.
[3]) In Nr. 37, 13. Februar, brachte er z. B. die Nachricht aus der südöstlichen Pfalz: „Mit dem Namen des Eisenbahndirektors Jäger wird schnöder Mißbrauch getrieben. Die Geistlichen treiben Wahlpolitik sogar im öffentlichen Wahllokal".
[4]) Pfälz. Kurier Nr. 34, 9. Februar.
[5]) Pfälz. Kurier Nr. 34, 9. Februar.

Moment ab. Das wüste Treiben und Toben des Wahlkampfes mag ihn widerwillig gestimmt haben. Bemerkenswert sind die Auslassungen der Pfälzer Zeitung zu dieser Ablehnung [1]): „Damit sind uns unmittelbar vor der Wahl die Waffen in der Hand zerbrochen, und wir müssen nun, da keine Zeit mehr zur Aufstellung eines neuen Kandidaten vorhanden ist, das Feld wehrlos der Gegenpartei überlassen. Die Gewißheit unseres Sieges ist plötzlich in die Gewißheit unserer Niederlage verwandelt worden. Die Gegenpartei wird triumphieren, und sie hat Ursache dazu. Andererseits aber kann man begreifen, daß ein dem Parteileben fernstehender, ganz seinem Berufe lebender Mann sich mit Widerwillen abwendet, wenn er sieht, welche Parteimittel von gegnerischer Seite angewendet wurden".

Die Konservativen gaben ihre Wahlzettel trotzdem für Jäger ab; manche mögen wohl der Wahl auch ganz fern geblieben sein.

Mit ganz geringer Majorität ging v. Soyer als Abgeordneter aus der Wahlurne hervor. Er vereinigte 6863 Stimmen auf sich, auf Jäger waren 6452 gefallen. Nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen ist daher die Behauptung der Pfälzer Zeitung, [2]) daß Jäger v. Soyer überflügelt hätte, wenn nicht im letzten Moment seine Ablehnung erfolgt wäre.

6. Zweibrücken-Pirmasens.

Auch in Zweibrücken hatte sich die nationalliberale Partei früh gerührt und ihren Kandidaten bereits aufgestellt, als ihre Delegierten nach Kaiserslautern abgingen. Den in Kaiserslautern festgelegten Anordnungen folgend, hielt sie am 23. Januar eine große Urwählerversammlung im Fruchthallensaale in Zweibrücken ab.[3]) Anwalt Gulden, ein früher ausgesprochener Demokrat, sprach über die Bedeutung des Zollparlaments und stellte es als Frucht der Hoffnungen von 1848 dar. Als geeigneten Vertreter empfahl er Schwinn, der auch annahm und versprach, sein Bestes leisten zu wollen.

Nach dieser Kundgebung stockte die Wahlagitation, wenigstens soweit sie sich in der Öffentlichkeit abspielte, nahezu 10 Tage. Sie setzte wieder ein am 2. Februar [4]) mit einem großen Aufruf der liberalen Partei. Einleitend nahm dieser Aufruf die täglich zu hörenden Einwände, Preußen lasse seine eigenen Untertanen

[1]) Nr. 34, 10. Februar.
[2]) Nr. 38, 14. Februar.
[3]) Zweibrücker Wochenblatt Nr. 21, 23. Januar.
[4]) Zweibrücker Wochenblatt Nr. 28, 2. Februar.

verhungern, es gehe mit der Absicht um, einen Staat nach dem anderen zu verschlucken usw., vorweg und stellte sie als Ausfluß des traditionellen Preußenhasses hin. Dann hob er hervor, daß viel Geld aus Preußen in den Wahlkreis komme und von pfälzischen Arbeitern in Preußen selbst verdient werde.[1]) Die Ereignisse des Jahres 1866 hielt der Aufruf für beide Teile gleich vorteilhaft: „Die Schlacht von Königgrätz war das Glück für Österreich und Preußen". Wäre nicht die französische Politik hindernd in den Weg getreten, so wäre damals ganz Deutschland vereinigt worden. Aber, so fährt der Aufruf fort: „Ein Hintertürchen ist trotz der Kniffe der Diplomatie für Süddeutschland offen geblieben: die Vereinigung sämtlicher deutschen Stämme im Zollparlamente". Mit der Hervorhebung der Bedeutung des Zollparlamentes für Süddeutschland und der Empfehlung Schwinns als geeignetsten Vertreter schlossen die umfangreichen Ausführungen.

Wieder vergingen 5 Tage ohne ein bedeutungsvolles Ereignis. Erst am 7. Februar begann der öffentliche Wahlkampf, aber jetzt mit einer Intensität, die geradezu in Verbissenheit ausartete und an Heftigkeit die Wahlbewegungen aller anderen pfälzischen Wahlkreise dann auch weit zurückließ. Den Anstoß gab die Aufstellung des Führers der Konservativen, Dr. Jäger, als Kandidat. Die Konservativen traten sofort energisch für ihn ein. In einem Appell an die konservativen Wähler, der im Zweibrücker Wochenblatt[2]) erschien, verurteilten sie die „Fortschrittsphrasen" und gaben den Anhängern des Fortschritts den schon oft gehörten Rat, sie sollten doch nach Preußen übersiedeln. Auf der anderen Seite wurde Dr. Jäger und sein Blatt entsprechend hervorgehoben und betont, daß gerade die fortwährend erneuerten Angriffe der beste Empfehlungsbrief für die Tüchtigkeit und Charakterfestigkeit des Genannten seien. Unterzeichnet war der Aufruf mit dem Wunsche „Gott schütze das bayerische Vaterland!" „Mehrere konservative Wähler." Um die Wirkung dieser Ausführungen abzuschwächen, hob das Zweibrücker Wochenblatt in derselben Nummer noch hervor, Schwinn sei wohl geborener Preuße, aber seit 25 Jahren bayerischer Staatsbürger, und gerade seine Zugehörigkeit zur Fortschrittspartei müsse ihn in dieser vorwärtsschreitenden Zeit empfehlen. Im Gegensatz zu den Behauptungen und Wünschen des Aufrufs vom 2. Februar wurde ferner betont, durch die Fortschrittspartei werde weder Bayern noch irgendein anderer der süd-

[1]) Gemeint waren die Kohlengruben im angrenzenden Saargebiet, wo viele Arbeiter aus der westlichen Pfalz beschäftigt waren.

[2]) Nr. 34, 9. Februar.

deutschen Staaten preußisch werden, das Zollparlament habe ja gar keine politische Mission, sondern befasse sich nur mit Fragen, die den Geldbeutel des Volkes angingen.

Die Agitation für Dr. Jäger wurde energisch geführt. Der Pfälzer Kurier[1]) führte an, es seien an hervorragende Katholiken Briefe gekommen, für den konservativen Kandidaten zu wirken; die katholische Geistlichkeit sei rege für seine Wahl tätig. Täglich kämen die katholischen Geistlichen der Gegend in größerer Zahl zu Besprechungen zusammen, „ohne Frage lediglich in dieser brennenden Wahlangelegenheit".

Da sich die beiden Parteien ungefähr die Wage hielten, so gelang es keiner, die absolute Majorität zu erreichen. Bei 12249 abgegebenen gültigen Stimmen betrug diese 6125. Schwinn erhielt 5693 und Dr. Jäger 4036 Stimmen. Daneben entfielen 2506 Stimmen auf Bezirksamtmann Ludwig Beer in Pirmasens.

In der folgenden Stichwahl mußten die auf Beer gefallenen Stimmen den Ausschlag herbeiführen. Die Stichwahl selbst wurde sofort auf den 28. Februar festgelegt. Die dadurch hervorgerufene Kraftprobe der beiden Parteien gestaltete sich für diese Zeit recht imposant. Der nunmehr mit erneuter Heftigkeit einsetzende Wahlkampf erinnert in der Art seiner Durchführung, die die Flugblätter und Aufrufe zu einer kleinen Flut anschwellen ließ, an den Verlauf von Wahlen in unseren Tagen.

Am 22. Februar erließ das Zentralkomitee in Kaiserslautern einen spaltenlangen Aufruf im Kaiserslauterer Boten zugunsten Schwinns. Mit Vorwürfen gegen die konservative Partei wurde darin nicht sparsam umgegangen. Vor allem wurde ihr vorgeworfen, sie habe immer darnach gestrebt, die freiheitlichen Rechte und Sonderrechte der Pfalz zu unterbinden; aus der unglücklichen Bewegung für die deutsche Reichsverfassung im Jahre 1849 habe sie ihr Kapital geschlagen. Der Aufruf schob ihr ferner die Schuld zu an der mehrmaligen Kammerauflösung unter Max II., machte ihr den Vorwurf, den religiösen Haß geschürt zu haben und gegen die Reform der Schwurgerichte sowie gegen den Handelsvertrag mit Frankreich angegangen zu sein; kurzum: er brandmarkte sie als die Partei der krassesten Reaktion. Auf der anderen Seite wurden die Bestrebungen der geeinigten Liberalen und deren Festlegung im Kaiserslauterer Programm entsprechend hervorgehoben und das letztere gegen den Vorwurf verteidigt, als verstoße es in seinen Tendenzen gegen die bayerische Selbständigkeit und beabsichtige, die Pfalz zur preußischen Provinz zu machen. Das Ziel der nationalliberalen Be-

[1]) Nr. 34, 9. Februar.

strebungen wurde nochmals genau formuliert als das Streben nach Vereinigung aller Glieder des deutschen Vaterlandes, und der preußische Einheitsstaat verworfen. Das sich daraus mit Notwendigkeit ergebende Verhalten faßte schließlich der Aufruf in die Worte zusammen: „Wenn wir bayerisch bleiben wollen, müssen wir deutsch werden".

Aber auch die Konservativen blieben nicht müßig in der Bearbeitung ihrer Wähler. Selbst das bei Dr. Jäger in Speyer erscheinende katholische Sonntagsblatt, der „Christliche Pilger", brachte einen Wahlaufruf für Dr. Jäger, in dem die auf Beer gefallenen Stimmen als konservative genommen und für die Stichwahl Jäger zugezählt wurden. Auf beiden Seiten wartete man mit grotesken Wortspielen auf; hier wurden z. B. die Nationalliberalen als Leute bezeichnet, „die die preußische Schwinn-sucht haben".

Am 25. Februar erfolgte ein erneuter Aufruf des Zweibrücker Bezirkskomitees für Schwinn, veröffentlicht in dem Zweibrücker Wochenblatt. Diese Ausführungen ergingen sich in Ausfällen gegen Dr. Jäger: er besitze nicht die nötigen Fähigkeiten zum Kandidaten, seine Wahl würde den Wahlkreis dem Spotte der ganzen Pfalz preisgeben. Ähnliche Äußerungen waren kurz vorher im Pfälzer Kurier erschienen. Ausgegangen waren sie von drei Zweibrücker Bürgern. In seiner Entgegnung auf diese Angriffe[1]) konnte sich Jäger nicht enthalten, dieser seiner „Befähigungskommission" die nötigen Schmeicheleien zu sagen; sie setzte sich zusammen aus „dem Schreiner" Ph. Keller, dem „Färber" Ludwig Lang und J. B. Wolff.

Zu gleicher Zeit wurde ein nationalliberaler Aufruf — mehr ein Pamphlet — gegen Dr. Jäger im Wahlkreise kolportiert. Er war unterzeichnet „Ein Landmann" und stammte nach Angabe des Pfälzer Kuriers[2]) von Hauter auf der Kirchbacher Mühle bei Zweibrücken. Hierin wurde vor allem dargetan, die Konservativen seien 1866 schuld gewesen, daß Bayern am Kriege teilgenommen habe.

Tag für Tag erschienen neue Aufrufe; am 25. und 26. Februar je ein nationalliberaler im Zweibrücker Wochenblatt und im Pirmasenser Wochenblatt. Namentlich derjenige im Zweibrücker Wochenblatt vom 26. Februar ließ es an persönlichen Verdächtigungen gegen Jäger nicht fehlen und zog, ganz ähnlich wie das vorher im Wahlkreise Germersheim-Bergzabern geschehen war, das religiöse Moment in den Vordergrund.

[1]) Pfälzer Zeitung Nr. 47, 25. Februar.
[2]) Nr. 50, 28. Januar.

Auf konservativer Seite diente man mit gleicher Münze. Am 27. Februar publizierten „mehrere Wahlmänner der konservativen Partei" einen Aufruf für Jäger im Zweibrücker Wochenblatt, das somit von beiden Parteien als Sprachrohr benutzt wurde. In diesem Aufrufe begegnen wir einer Verurteilung des „Terrorismus der Nationalliberalen". Schwinn wurde erneut „als unbeliebter Preuße" hingestellt.

Ein letzter nationalliberaler Aufruf[1]) vom 28. Februar hatte es nur mit der Person Dr. Jägers zu tun; gegen ihn wandte sich hier ein Zweibrücker Bürger in ziemlich derber Weise.

Jäger hatte inzwischen selbst eine 15 Seiten starke Flugschrift losgelassen. Er schrieb, wie der Pfälzer Kurier[2]) bemerkte, „mit Glacéhandschuhen", die „grobknochige Hand", die sonst in der Pfälzer Zeitung die Feder führe, sei in diesem Manifest nicht sichtbar, er gehe „so zart, als ob es Wickelkinder wären, selbst mit den Gegnern um".

Neben dieser Fülle von Aufrufen wurde für beide Kandidaten durch umherziehende „Agenten" gearbeitet. Die Pfälzer Zeitung[3]) beschwerte sich, daß daran Beamte beteiligt seien, der Pfälzer Kurier[4]) darüber, daß zwei katholische Geistliche sich besonders hervortäten, so daß die Gegend manchmal „ganz schwarz" sei. Bei dieser scharfen Tonart waren Entgleisungen ernsterer Art leicht verständlich. Der religiöse Haß hatte einen lange nicht mehr erlebten Höhepunkt erreicht.

In Pirmasens mußte für den Wahltag die Gendarmerie verstärkt werden, da infolge der Hetzereien eine große Aufregung Platz gegriffen hatte; wie die Pfälzer Zeitung[5]) hervorhebt, wurde hier wegen unerlaubter Wahlumtriebe zugunsten Schwinns gegen eine Anzahl Personen Strafantrag gestellt. Das bedauerlichste Vorkommnis ereignete sich nach Angabe des konservativen Organs[6]) in Zweibrücken, wo mehrere Konservative Drohbriefe erhielten. Hier in der Stadt Zweibrücken nahm der Wahlkampf eine recht starre Form an und zeugte von tiefgehender gegenseitiger Erbitterung; auf beiden Seiten wurde das religiöse Moment bei jeder Gelegenheit in den Vordergrund gerückt. Die Nationalliberalen waren, wenn die Behauptungen der Pfälzer Zeitung[7]) stimmen, an Mitteln und deren Ausnützung

[1]) Zweibrücker Wochenblatt Nr. 50.
[2]) Nr. 49, 27. Februar.
[3]) Nr. 50, 28. Februar.
[4]) Nr. 50, 28. Februar.
[5]) Nr. 51, 29. Februar.
[6]) Pfälzer Zeitung Nr. 51, 29. Februar.
[7]) Nr. 53, 3. März.

überreich; Fabrikanten und Revierförster versahen ihre Arbeiter mit Wahlzetteln und der Drohung, sie zu entlassen, wenn sie nicht für Schwinn eintreten würden. Selbst im Preußischen wurde nach einer Auslassung der Pfälzer Zeitung[1]) für Schwinn geworben, „preußische Bergbeamte hielten an ihre bayerischen Arbeiter Reden, verteilten an sie Schwinnsche Wahlzettel und schickten alle mit dem Auftrage nach Hause, ihn zu wählen gegen das Versprechen, ihnen zwei Schichtlöhne aufzuschreiben. Für den entgegengesetzten Fall drohte man mit Entlassung von der Arbeit". Bemerkenswert dürfte immerhin der Umstand sein, daß die nationalliberale Presse auf die beiden letzteren Anschuldigungen kein Dementi folgen ließ.

Am Wahltage selbst durchzogen „Wahlapostel" den Bezirk, um für ihre Kandidaten zu wirken. Ihre Tätigkeit soll hier und da durch drastische Zwischenfälle unterbrochen worden sein. Die Pfälzer Zeitung wußte von einem solchen Vorfall zu berichten[2]): „In Dahn mußten einige Pirmasenser ihr Mittagsessen im Stiche lassen und ausrücken". Die Wahlbeteiligung war bei dieser Erregung naturgemäß recht stark, im Bezirksamt Pirmasens wählten 86,2 %, im Bezirksamt Zweibrücken sogar 88,8 % der Wahlberechtigten. Von 15 852 Berechtigten machten 13 904 von ihrem Wahlrechte Gebrauch. Es entfielen auf Schwinn 7603, auf Dr. Jäger 6289 Stimmen; 12 Stimmen waren ungültig. Ersterer war somit gewählt. Die Nationalliberalen hatten in einem heißen Ringen gesiegt, wie sie selbst stolz hervorhoben, durch ihre Organisation,[3]) die selbst das Radikalmittel der Konservativen, die Kanzel, übertroffen habe. Letztere sei besonders im Bliesgau und im Hornbacher Kanton in Tätigkeit getreten.

Mit Ausnahme von Speyer-Frankental, wo es den Konservativen gelungen war, ihren Abgeordneten durchzubringen, hatte die Pfalz sich in der Mehrheit für die alliierten Nationalliberalen und Demokraten ausgesprochen und damit ihre Bereitwilligkeit zum eventuellen Anschluß an den Norddeutschen Bund (oder zum direkten Eintritt in denselben) dokumentiert. Denn daß diese Tendenz die Gemüter beherrschte, wird man billigerweise nicht bezweifeln können, sprachen es doch die berufenen Organe ganz offen aus, wenn sie auch dann und wann aus taktischen Rücksichten die Frage noch als offen hinstellten oder gar erklären ließen, sie dächten nicht daran. Der Ausfall der Wahlen in dem rechtsrheinischen Bayern aber, wo in der Hauptsache nur Mittelfranken und je ein Wahlkreis Oberfrankens und Schwaben-Neuburgs, in welch letzterem der uns schon bekannte Völk gewählt wurde, sich für den Fortschritt erklärten, mußte auf die hoffnungsfrohen Gemüter der Nationalliberalen niederschlagend wirken und für den Augenblick den Gedanken einer Wiedervereinigung Deutschlands in weite Ferne rücken. Viel besser für sie gestaltete sich die Lage auch durch die später erfolgten Wahlen in Baden, Württemberg und Hessen nicht. Wohl drangen in letzterem Lande und in dem nördlichen Teile von Baden die nationalliberalen Kandidaten, namentlich der redegewandte Metz und der nimmermüde Bluntschli durch, aber das südliche Baden und der größte Teil Württembergs sprachen sich entschieden gegen eine engere Vereinigung mit Preußen aus. Die Württemberger, Moritz Mohl an der Spitze, zeigten sich sogar als eingefleischte Preußenhasser und bedauerten selbst die Verbindung, die durch die Schutz- und Trutzbündnisse gegeben war. Von Süddeutschland stand somit nur der nordwestliche Teil: Hessen, der nördliche Teil von Baden und in gewissem Grade auch die Pfalz auf dem nationalliberalen Boden, und selbst in diesen Gebieten hatte es aller Anstrengungen bedurft, die Oberhand zu gewinnen. Ihren Sieg in den letztgenannten Gebieten verdankten die Nationalliberalen — das kann nicht genug betont werden — vor allem ihrer guten Organisation. Die Konservativen kamen ihnen geradezu entgegen — allerdings sehr gegen den Willen ihrer wenigen Führer —, indem sie erst im letzten Augenblick mit ihren Kandidaten an die Öffentlichkeit traten, als die Nationalliberalen bereits einen großen Teil der infolge der 66er und 67er Ereignisse in ihrer Stellungnahme unentschieden gewordenen Elemente der Bevölkerung auf ihre Seite gezogen hatten. In der Pfalz hatten die Konservativen übrigens von vornherein nur auf 3 Wahlkreise ihre Hoffnung gesetzt, und bei ihrer Organisationslosigkeit hielten sie sich — dies Lob wird man ihnen nicht vorenthalten können — hier gut. Speyer nahmen sie im ersten Anlauf, in Germersheim, das fühlten die Nationalliberalen selbst, hätte die Wahl sich leicht anders gestalten können, wenn nicht Eisenbahndirektor Jäger zwei Tage vor der Wahl abgelehnt hätte, und in Zweibrücken waren sie den Gegnern auf den Fersen.

Die Wahlbeteiligung in der Pfalz stellt sich nun folgendermaßen:

Von 105 811 Wahlberechtigten stimmten 65 878 ab, also ungefähr 62½ %. Von den abgegebenen Stimmen vereinigten die gewählten Kandidaten 42 459, also ungefähr 64½ % auf sich. Die größte Beteiligung hatte in Zweibrücken-Pirmasens

[1]) Nr. 54, 4. März.
[2]) Nr. 53, 3. März.
[3]) Pfälz. Kurier Nr. 55, 5. März.

stattgefunden, wo von 15852 Wahlberechtigten in der Stichwahl 13904 abstimmten, mithin $87^{7}/_{10}$ %; die geringste Beteiligung wies Kaiserslautern auf, wo bei 19539 Wahlberechtigten nur 7760, also nur $39^{2}/_{3}$ % sich an der Wahl beteiligten. Die Wahlbeteiligung der anderen Kreise stellt sich folgendermaßen: Landau-Neustadt 51 %, Homburg-Kusel $58^{1}/_{3}$ %, Speyer-Frankental $66^{2}/_{5}$ % und Germersheim-Bergzabern $78^{9}/_{10}$ %. Von den abgegebenen Stimmen fielen auf: Kolb 93 %, Jordan $86^{1}/_{3}$ %, Benzino $58^{1}/_{2}$ %, Schwinn $54^{2}/_{3}$ %, Römmich $53^{2}/_{5}$ %, v. Soyer $52^{1}/_{2}$ %.

Die Wahlbeteiligung war größer, als bei der seit Jahren herrschenden politischen Gleichgültigkeit zu erwarten war. Diese Erscheinung zeigte sich auch im rechtsrheinischen Bayern und in den übrigen süddeutschen Staaten.

Was das Ergebnis der bayerischen Wahlen angeht, so ist zu konstatieren, daß es die Nationalliberalen entschieden verstimmte. Den unerwarteten Ausfall der Wahl verschuldete nach ihrer Ansicht aber lediglich[1]) „der geringe politische Bildungsgrad des Volkes und der dominierende Einfluß der Klerisei". Damit werde es aber, so trösteten sie sich, schon besser werden, sobald nur Preußen in liberale Bahnen einlenke. Außerdem hoben sie hervor, Preußen sei für den Moment mit vielen süddeutschen Nationalliberalen ja auch gar nicht gedient, da dadurch nur die Empfindlichkeiten Frankreichs, die man doch sorgfältig zu schonen bemüht sei, von neuem verletzt würden. Einen weiteren Trost fanden die Nationalliberalen in der Qualität ihrer Wähler. Sie konstatierten, daß[2]) „die Zentren der Intelligenz, die Städte", für das nationale Programm gestimmt hätten, während die am Gängelbande der Geistlichkeit geleitete Landbevölkerung überall für das partikularistische Programm den Ausschlag gegeben habe.

Die Konservativen dagegen fanden gerade in der Stellungnahme des Landvolkes den[3]) „richtigen politischen Instinkt und die größere Charakterfestigkeit gegenüber dem leicht beweglichen und durch hohle Phrasen leicht zu gewinnenden städtischen Element".

In Berliner Regierungskreisen mußte der Ausfall der Wahlen in Bayern verstimmen, weniger schließlich wegen der Verstärkung der Opposition, als weil man fürchtete, daß[4]) damit die Stellung des Fürsten Hohenlohe, mit dessen Leitung der Angelegenheiten

[1]) Kaiserslauterer Bote Nr. 34, 29. Februar.
[2]) Pfälz. Kurier Nr. 41, 18. Februar.
[3]) Pfälzer Zeitung „Vom Main" Nr. 41, 18. Februar.
[4]) vgl. Ludwigshafener Anzeiger Nr. 22, 20. Februar (Berlin, 17. Februar).

man in Preußens Hauptstadt sehr zufrieden war, ernstlich erschüttert sei.

Nicht uninteressant ist auch die Stellungnahme des französischen Regierungsblattes „Le Moniteur",[1]) dem die Wahlen als erste Anwendung des allgemeinen Stimmrechts in Süddeutschland von großem Interesse waren. Es betonte, die Wahlen hätten besonders in Bayern die Bedeutung der „konservativen Elemente und des Autonomiegedankens" in diesem Lande dargetan; das gleiche Wohlgefallen fand in Paris später auch der Ausfall der württembergischen Wahlen.

Durch die rege Wahlagitation wurde das politische Interesse in Süddeutschland sehr angeregt; das zeigte sich namentlich auch in der Bildung neuer politischer Gruppen. Um den 10. April entstand eine neue Mittelstandspartei, die sogen. „liberale Mittelpartei",[2]) die sich mit ihrem Programm an ein Ausschreiben des Ministers Hörmann anlehnte. Sie versprach die Unterstützung des Ministeriums in seiner derzeitigen Gestalt und strebte, ohne den Eintritt in den Norddeutschen Bund zu wollen, eine engere Einigung Süddeutschlands mit Norddeutschland an, gleichviel ob das durch Sonderverträge oder durch eine erweiterte Kompetenz des Zollvereins geschehen sollte.

Ebenso konsolidierten sich die beiden extremen Gruppen, die Fortschrittspartei und die bayerischen Partikularisten. Erstere beschloß am 23. März die Bildung eines Zollparlamentsklubs,[3]) der in Berlin regelmäßige Zusammenkünfte halten sollte; letztere taten sich mit ihren Gesinnungsgenossen aus den übrigen süddeutschen Staaten am 28. April in Berlin zu einer föderalistischen „Süddeutschen Fraktion" zusammen, unter dem Vorsitze des Abgeordneten Freiherr v. Thüngen. Die Anregung war ausgegangen von Mitgliedern der bayerischen Kammer der Reichsräte, in deren Sitzungssaale sich zuerst am 10. März eine größere Anzahl — gegen dreißig — der gewählten Abgeordneten zusammengefunden hatte.[4]) Von den pfälzischen Abgeordneten trat

[1]) Kaiserslauterer Bote Nr. 34, 29. Februar.
[2]) Kaiserslauterer Bote Nr. 61, 16. April.
[3]) An der Gründung dieses Klubs waren beteiligt: Schlör, Feustel, Stauffenberg, Marquard Barth, Schneider, v. Soyer, Benzino, Völk, Crämer und Kestner (Kaiserslauterer Bote Nr. 49, 26. März).
[4]) Ihr Aufruf lautete: „Die unterzeichneten zum Deutschen Zollparlament gewählten Abgeordneten sind gesonnen, für diese Versammlung einen Zusammentritt zu veranlassen. Sie laden somit ihre Gesinnungsgenossen unter den zum Zollparlament Gewählten in Bayern und den übrigen süddeutschen Staaten freundlich ein, sich zu diesem Zwecke mit je einem von ihnen oder den zwei zuletzt Unterzeichneten, als Schriftführer, in Verbindung setzen zu wollen, um weitere Vorbereitungen zu verlassen.
München, 10. März 1868. Wilh. Freiherr v. Thüngen, A. Freytag,

Römmisch naturgemäß der „Süddeutschen Fraktion“ bei; Kolb fand Anschluß an einige württembergische Abgeordnete demokratischer und großdeutscher Gesinnung. Die andern schlossen sich dem sogen. Zollparlamentsklub an, bei dessen Gründung zwei von ihnen, v. Soyer und Benzino, bereits beteiligt waren. Die Parteizugehörigkeit der pfälzischen Abgeordneten ist ersichtlich aus der Zusammenstellung, die Dr. A. Philipps in seinem Buche „Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1883“ auch über die Zollparlamentswahlen gegeben hat.[1])

Wahlstatistik.

Das Archiv des Reichstags enthält für die Zollparlamentswahlen kein amtliches Material. Das geringe amtliche Material, das überhaupt existiert, besteht in einer Übersicht, die Dr. A. Philipps in seinem Buche „Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1883“ [2]) gegeben hat. Interessant ist hierin besonders die Angabe der Parteizugehörigkeit:

1. Römmich, bayer. Kons.,
2. Jordan, nationalliberal (bayer. Linke),
3. v. Soyer, später Petersen, bayer. Fortschrittspartei,
4. Schwinn, nationalliberal,
5. Benzino, Linke,
6. Kolb, großdeutsch-demokratisch.

Eine Zusammenfassung der den einzelnen Kandidaten zugefallenen Stimmen erschien mit Ausnahme des Wahlkreises Zweibrücken-Pirmasens, wo bei der Veröffentlichung die Stichwahl noch nicht stattgefunden hatte, im [3]) „Kreisamtsblatt der Pfalz“ und ist im letzten Kapitel verwertet worden. Für die einzelnen Orte gebe ich hier die Wahlstatistik, wie sie in den pfälzischen Tageszeitungen erschienen ist. Sie ist für einzelne Wahlkreise recht dürftig.

1. Kaiserslautern: Kaiserslautern (Stadt) Kolb 1035 Stimmen.
2. Homburg-Kusel: —.
3. Landau-Neustadt: Neustadt Jordan 566, Horn 10.

---

v. Neumeyer, Freiherr v. Zu-Rhein, Freiherr v. Schrenk, Meixner, Graf Arco-Valley, Graf Arco-Stepperg, Edmund Jörg, Karl Baron v. Aretin, Karl M. v. Aretin, Dr. Albert Wild, Dr. K. Barth, Karl Freiherr v. Ow.“ (Kaiserslauterer Bote Nr. 43, 15. März.)

[1]) s. Anhang Wahlstatistik S. 70.
[2]) Erschienen 1883 in Gerschels Verlagsbuchhandlung, Berlin.
[3]) Kgl. Bayer. Kreisamtsblatt der Pfalz 1868 I S. 343.

4. Speyer-Frankental [1]):

	Römmich	Röchling		Römmich	Röchling
Speyer	883	159	Heiligenstein	157	—
Schifferstadt	412	64	Otterstadt	168	—
Mechtersheim	145	13	Waldsu	204	2
Berghausen	134	—	Flommersheim	12	105
Hanhofen	105	—	Heßheim	21	124
Dudenhofen	200	—	Obrigheim	30	64
Harthausen	261	—	Mörsch	77	—
Iggelheim	287	11	Asselheim	28	59
Oggersheim	194	118	Albsheim	1	55
Ludwigshafen	155	266	Kleinbockenheim	11	99
Frankental	115	336	Gerolsheim	22	99
Oppau	17	203	Dirmstein	102	116
Edigheim	30	100	Großkarlbach	14	101
Mutterstadt	69	234	Ottersheim	84	35
Friesenheim	47	132	Heuchelheim	—	139
Rheingönnheim	61	121	Eppstein	46	58
Mundenheim	138	23	Großniedersheim	4	90
Böhl	118	26	Neuleiningen	81	7
Grünstadt	80	260	Klein-Niedesheim	—	76
Ebertsheim	1	92	Roxheim	99	16
Darstadt, Hochdorf und Schauernheim	123	107	Mühlheim	—	54
			Lambsheim	52	283

5. Germersheim-Bergzabern [2]):

	v. Soyer	Jäger		v. Soyer	Jäger
Erlenbach	106	1	Albersweiler	189	85
Freckenfeld	213	19	Annweiler	405	34
Freisbach	78	7	Billigheim	188	21
Germersheim	266	231	Dörrenbach	—	221
Hatzenbühl	—	176	Gleiszellen-Gleishorbach	111	26
Hayna	3	112			
Hördt	2	212	Gossersweiler	1	151
Jockgrim	8	132	Gräfenhausen	226	56
Knittelsheim	27	65	Minfeld	140	41
Kuhhardt	—	111	Neupfotz	—	214
Leimersheim	25	179	Ottersheim	5	130
Lingenfeld	2	228	Rheinzabern	6	253

---

[1]) Speyerer Anzeiger Nr. 86, 12. Februar.
[2]) Pfälzer Zeitung Nr. 36, 12. Februar.

	v. Soyer	Jäger		v. Soyer	Jäger
Rülzheim	14	395	Oberhausen	92	2
Scheibenhardt	2	108	Oberotterbach	85	1
Schwegenheim	236	1	Pleisweiler	101	7
Sondernheim	20	101	Rechtenbach	75	54
Steinweiler	171	89	Schweigen	124	3
Vollmersweiler	41	2	Schweighofen	125	—
Weingarten	68	87	Silz	—	102
Westheim	93	17	Stein	—	74
Winden	102	4	Steinfeld	29	302
Wörth	126	155	Waldhambach	9	66
Kapsweyher	—	167	Wernersberg	8	79
Klingenmünster	160	60	Büchelberg	47	104
Mühlhofen	117	5			

6. Zweibrücken-Pirmasens, 1. Wahl[1]):

	Schwinn	Dr. Jäger		Schwinn	Dr. Jäger
Zweibrücken	910	25	St. Ingbert	245	320
Ixheim	137	2	Pirmasens	397	50
Ernstweiler-Bubenhausen	158	1	Pirmasens	Beer 12 Stimmen	

Stichwahl[2]):

	Schwinn	Dr. Jäger		Schwinn	Dr. Jäger
Zweibrücken	992	18	Heltersberg	134	58
Ernstweiler	166	2	Waldfischbach	157	55
Ixheim	141	—	Höheinöd	142	2
Wörschweiler	19	1	Schopp	60	4
Einöd	151	—	Lemberg	147	10
Mittelbach	85	—	Niederwürzbach	49	65
St. Ingbert	304	373	Weselberg	16	138
Blieskastel	163	34	Saalstadt	70	9
Münchweiler	166	6	Oberhausen	61	9
Contwig	79	74	Hinterweidental	94	9
Pirmasens	934	76	Niederauerbach	140	17
Thaleischweiler	166	55	Schmitzhausen	23	38
Wallhalben	62	5	Ensheim	133	70
Clausen	2	112	Hornbach	183	17
Hermersberg	54	91	Mittelbach	85	—
Schmalenberg	84	20			

[1]) Zweibrücker Wochenblatt Nr. 36, 12. Februar.

[2]) Zweibrücker Wochenblatt Nr. 52, 1. März, und Pfälz. Kurier Nr. 52, 1. März.

Übersicht des Wahlergebnisses.

Fortlaufende Nr.	Wahlkreis	Zahl der Wahlberechtigten	Zahl der abgegebenen Stimmen	Des Gewählten: Name u. Stand	Des Gewählten: Wohnort	Zahl der erhaltenen Stimm.
1.	Germersheim	16653	13141	v. Soyer, Ferdinand, Kgl. Oberzollinspekt.	Ludwigshafen	6863
2.	Homburg	15408	8993	Benzino, Josef, Rentner	Landstuhl	5256
3.	Kaiserslautern	19539	7760	Kolb, Gg. Friedrich, Landtagsabgeordn.	z. Z. München	7217
4.	Landau	22009	11227	Jordan, Ludwig Andreas, Gutsbesitz.	Deidesheim	9701
5.	Speyer	16350	10853	Römmich, Ludwig, Kgl. Regierungsrat u. Bezirksamtmann	Speyer	5819
6.	Zweibrücken	—	—	Ist eine engere Wahl notwendig	—	—

Speyer, 19. Febr. 1868.

Kgl. Bayer. Regierung der Pfalz, Kammer d. Innern:
v. Pfeuffer.

Robert Noske, Borna-Leipzig, Großbetrieb für Dissertationsdruck.

Lebenslauf.

Ich bin geboren am 4. April 1887 zu Silz (Pfalz). Meine Vorbildung genoß ich auf dem Gymnasium zu Speyer a. Rh., wo ich Sommer 1906 die Reifeprüfung ablegte. Ich genügte dann meiner militärischen Dienstpflicht beim Fußartillerie-Regt. Nr. 10 in Straßburg i. Els. und studierte hierauf Deutsch, Geschichte und Französisch an den Universitäten München und Straßburg. Im Dezember 1910 erwarb ich an der Universität Straßburg das Zeugnis pro fac. doc. Mein Seminarjahr legte ich von Herbst 1911 bis ebendahin 1912 am Kgl. Hohenzollern-Gymnasium in Düsseldorf ab. An derselben Anstalt leistete ich die erste Hälfte des Probejahrs ab und bin seit Ostern 1913 am Realprogymnasium in Benrath a. Rh.

Herrn Prof. Spahn, der mir die Anregung zu vorliegender Arbeit gab und mich bei der Fertigstellung unterstützte, spreche ich hier meinen besten Dank aus.

Ludwig Allmann.

MSH 28050

END OF
TITLE